

Rosa-Luxemburg-Stiftung

Texte 31

Rosa-Luxemburg-Stiftung

RAIMUND KRÄMER, ARMIN KUHN

**Militär und Politik in
Süd- und Mittelamerika**

Herausforderungen für demokratische Politik

Karl Dietz Verlag Berlin

Zu den Autoren:

Dr. habil. Raimund Krämer, geb. 1952, Dozent für internationale und vergleichende Politik, Universität Potsdam, Chefredakteur der außenpolitischen Zeitschrift WeltTrends, Forschung und Lehre zu politischen Regimen in Süd- und Mittelamerika, speziell zu Kuba, sowie zu den internationalen Beziehungen in der Region; mehrjährige Arbeits- und Studienaufenthalte in Nicaragua und Kuba, Visiting Fellow am St Antony's College, Oxford, Geschäftsführer der Politikberatung BABELconsult; E-Mail: babelconsult@t-online.de

Armin Kuhn, geb. 1980, Student der Politikwissenschaft, Geschichte und Philosophie an der Universität Potsdam und der UNAM, Mexico-City. Arbeitsgebiete sind politische Theorie und soziale Bewegungen, mit Schwerpunkten auf Süd- und Mittelamerika und urbane Räume; E-Mail: armin.kuhn@jpberlin.de

Raimund Krämer / Armin Kuhn: Militär und Politik in Süd- und Mittelamerika
Herausforderungen für demokratische Politik
(Reihe: Texte/Rosa-Luxemburg-Stiftung; Bd. 31)
Berlin: Karl Dietz Verlag 2006

ISBN 3-320-02089-7, 978-3-320-02089-7

© Karl Dietz Verlag Berlin GmbH 2006

Satz: Marion Schüttrumpf

Umschlag: Simone Beier, unter Verwendung einer Karikatur aus der Ausstellung der Chile Freundschaftsgesellschaft »Salvador Allende« e.V.

Druck und Verarbeitung:

Mediaservice GmbH Bären Druck und Werbung

Printed in Germany

Inhalt

Einleitung

1. Macht Militär Staat

Überlegungen zum Verhältnis von Politik, Staat und Militär	9
Das Militär von der Antike bis zum Frühkapitalismus	10
Staat und Militär zu Beginn der Moderne	12
Staat und Soldat in der Neuzeit	14
Staat, Militär und linkes Denken	15

2. Militärische Interventionen in die Politik

Bonapartismus	17
Wann intervenieren Militärs in die Politik?	18
The State of the Art – Zur Forschung über die Militärs	20

3. Über Staatlichkeit in Süd- und Mittelamerika

Benennung des Raumes	23
Was ist der Staat?	24
Über die Schwäche des kreolischen Leviathans	25
Einige Anmerkungen zur historischen Entwicklung	26
Nicht nur schwach, auch brutal – ein kreolischer Behemoth?	28
Violencia in der Gesellschaft	29
Wenn nicht der Staat – wer dann?	30
Demokratische Transformation und die Suche nach dem guten Regieren	31
Starker Staat gesucht	32
Staat und Zivilgesellschaft	34

4. Militär in Süd- und Mittelamerika

Etappen in der historischen Entwicklung	35
Zu einer Typologie des Militärs in Süd- und Mittelamerika	46

5. Die USA und die Streitkräfte der Region

Zur Geschichte dieser Beziehungen	53
Möglichkeiten und Grenzen US-amerikanischer Einflußnahme	59
Die Militärbeziehungen nach dem Ende des Kalten Krieges	65

6. Die aktuelle Debatte über das Militär in der Linken

Die Aufarbeitung der Vergangenheit	75
Die Streitkräfte als Instrument US-amerikanischer Hegemonie	78
Der militärische Kampf als Weg linker Politik	80
Die Militärpolitik linker Regierungen	83

7. Über die Notwendigkeit eines zivil-militärischen Dialogs

97

8. Anhang

95

9. Literaturverzeichnis

103

Einleitung

Wozu über Militärs in Süd- und Mittelamerika reden? Die Zeit der Diktaturen mit finsternen Generälen an der Spitze jener Staaten und hochgerüsteten Soldaten in den Straßen der Hauptstädte des südlichen Amerikas scheint doch vorbei zu sein. Ende der 80er und dann in den 90er Jahren des vergangenen Jahrhunderts zogen sich die Militärs aus der Politik zurück; selten freiwillig, meist unter dem Druck der Massen. Heute regieren – in der Regel – gewählte zivile Politiker diese Länder; ja zum Teil kommen sie von linken Parteien und Bewegungen. Die Transformation von Militärdiktaturen zu zivilen Regierungen war auf das engste mit einer Neujustierung der militärisch-zivilen Beziehungen verbunden. Das war ein schwieriger politischer Prozeß, der bis heute nicht abgeschlossen ist. Die Debatten und Auseinandersetzungen um die Stellung des Militärs in den süd- und mittelamerikanischen Gesellschaften halten an und die Ereignisse der jüngsten Zeit zeigen auch, daß dies weiterhin schwierig, manchmal sogar dramatisch ist: die Aufarbeitung der brutalen Menschenrechtsverletzungen durch die Militärs in Chile, Argentinien und Uruguay; die immer stärkere Einbeziehung des Militärs in den Anti-Drogenkampf in Kolumbien oder bei der Verbrechensbekämpfung in Brasilien; der Einsatz von Militärs im Rahmen der UNO in *Peace Keeping*-Missionen, neue militärische Institutionen in Zentralamerika, Militärs an der Spitze von wichtigen Ministerien in Kuba, die Rebellion von Militärs in Peru oder das neue Bündnis von zivilen und militärischen Kräften, das heute in Venezuela propagiert wird.

Das Militär ist für zivile Politik in Süd- und Mittelamerika – aber nicht nur dort – weiterhin eine Herausforderung. Politiker aller demokratischen Parteien sind dabei gefragt, das Primat der zivilen Politik gegenüber dem Militär zu gestalten – und dies nicht nur bei Haushaltsdebatten. Das gilt heute auch und besonders für die linken Parteien und Bewegungen in der Region. Leider schlägt sich dies weder in den Debatten in diesen Parteien noch in den Forschungsschwerpunkten in und über diese Region nieder. Das Militär wird vernachlässigt. Das läßt sich oft aus einer gefühlsmäßigen Ablehnung, die lebensweltlich begründet ist, erklären. Viele heutige chilenische Minister und Staatssekretäre waren unter Pinochet verfolgt, eingekerkert und gefoltert worden.

Jedoch wäre es ein machtpolitischer Trugschluß, das Militär in diesen Ländern heute zu marginalisieren oder gar zu ignorieren. Das wird von linken Kräften in diesem Raum auch immer mehr anerkannt. Deshalb hat die Rosa-Luxemburg-Stiftung in Zusammenarbeit mit dem chilenischen *Instituto de Ciencias Alejandro Lipschutz (ICAL)* im November 2004 eine internationale Konferenz über die Streitkräfte und deren Platz in den Gesellschaften Süd- und

Mittelamerikas in Santiago de Chile organisiert. In Vorbereitung auf diese Konferenz wurde von den Autoren ein Thesenpapier erarbeitet, das zusammen mit den Ergebnissen der Konferenz die Grundlage für die vorliegende Studie war. Die Tabellen und Statistiken wurden von Sascha Krämer zusammengestellt.

Die Autoren hoffen, daß diese Studie nicht nur die Kenntnisse der hiesigen Leserinnen und Leser über die wechselvolle Rolle der Streitkräfte in Süd- und Mittelamerika erweitert, sondern auch Anregungen für die strittigen Debatten über das Militär in unserer Gesellschaft gibt.

1. Macht Militär Staat

Überlegungen zum Verhältnis von Politik, Staat und Militär

In welchem Verhältnis stehen Staat und Militär, Staatlichkeit und Gewalt, Militär und politische Macht? Macht der Staat das Militär oder eher das Militär den Staat? Ist der Staat ein Kind des Krieges oder ist Krieg das Produkt des Staates? Was ist das Militär? Wie und wozu entsteht es? Wie soll – wenn es denn sein muß – das Militär am besten organisiert werden? Berufarmee oder Wehrpflicht? Und alternativ kann man fragen: Ist Politik ohne Militär möglich? Kann es eine Gesellschaft ohne Militär geben? All diese Fragen sind nicht neu. Sie wurden bereits vor 2.500 Jahren gestellt und sie kommen beim heutigen Nachdenken über das Militär wieder. Auch hierzulande, wenn über die Wehrpflicht und den Sinn und Zweck der Bundeswehr heftig diskutiert wird.

Im folgenden Abschnitt sollen im Sinne einer Vorverständigung bisherige Überlegungen zum Verhältnis von Politik und Militär im Überblick – ohne Anspruch auf Vollständigkeit – vorgestellt werden. Damit möchten wir deutlich machen, daß es sich bei dieser Fragestellung um eine generelle, vielleicht sogar zentrale Thematik des Politischen handelt. Das Verhältnis des Militärs in und zur Gesellschaft, das ist ein Problem, das in allen (uns bekannten) politischen Gemeinschaften – von den Sumerern und Assyrern, über Kreter, Griechen und Römer der Antike bis zu modernen Gesellschaften unserer Tage – diskutiert und letztlich sehr verschieden gestaltet wurde und wird. Es ist ein Thema, mit dem sich viele Denker des Politischen beschäftigten: von Platon, Aristoteles und Cicero, über Machiavelli und Luther, Kant und Hegel bis zu Marx, Bebel, Schmitt und Kautsky.

Die Frage des Militärs ist also an sich nichts Spezifisches für Süd- und Mittelamerika und es ist – zumindest in der Vergangenheit – bei Denkern aller politischer Lager präsent gewesen. Dabei sind es folgende drei Fragen, die immer wieder debattiert wurden und die auch den folgenden Streifzug durch die politische Ideengeschichte strukturieren sollen:

- Wie wird das Militär begründet und legitimiert?
- Wer hat das Primat in den zivil-militärischen Beziehungen?
- Wie sollen die Streitkräfte am besten organisiert werden?

Was die Begründung und Legitimierung angeht, so weist Franz Kernic zu recht in seiner »historischen Spurensuche« der politischen Ideengeschichte darauf hin, daß das Militärische im abendländischen Denken zwar »Gegenstand einer moralischen Sorge« gewesen sei, aber zugleich »ein ununterbrochenes reflexives Bemühen... um eine ethische Rechtfertigung militärischer Gewalt« zu finden ist.¹ Beides, Sorge und Rechtfertigung, durchzieht unser po-

litisches Denken und es scheint, daß sie noch zu keinem Abschluß kommt. Hinsichtlich des Primats in den zivil-militärischen Beziehungen geht es um die komplizierte und vielschichtige Gestaltung des Wechselverhältnisses zwischen politischen Führern und Militärs. Wie autonom ist das Militärische mit seinen Besonderheiten in Organisation und Struktur gegenüber dem Politischen und wie souverän ist Politik, wenn es in der Gesellschaft letztendlich über die Frage von Krieg und Frieden geht? Militärische Expertise wird dabei stets gefragt sein, aber inwiefern wird diese Entscheidung von (zivilen) Politikern oder (politischen) Militärs getroffen? Und bei der bestmöglichen Organisation des Militärischen geht es hier vornehmlich um die Fragen Berufsarmee oder Milizen, Wehrpflicht oder Freiwilligkeit des militärischen Dienstes.

Das Militär von der Antike bis zum Frühkapitalismus

Die Geburt des Politischen in der griechischen Antike, die ungefähr im 6. Jahrhundert v.u.Z. angesetzt werden kann, war auch mit der Debatte über das Militärische verbunden. Das Militär als Gesamtheit der Soldaten eines Landes, die in einer sozialen Großorganisation vereint ist, gab es schon vorher. Vor allem bei den Assyryern, die vielleicht den ersten Militärstaat schufen, hatte sich diese streng hierarchische und dauerhaft organisierte Institution herausgebildet. Stehende Heere wurden zum Rückgrat der Herrschaft. (Zeitlich zwar deutlich später, aber in seiner starken militärischen Ausrichtung und im expansiven Charakter sehr ähnlich war das Reich der Azteken im heutigen Mexiko.) Gewalt und Militär wurden jetzt nicht mehr als Ergebnis göttlicher Entscheidungen gesehen, auch wenn die Götter immer wieder angerufen wurden. Krieg oder Frieden? Wozu Militär? Wie sollen die Streitkräfte organisiert werden? Wer soll, wer darf am Militär teilnehmen? Dies wurde nun in den griechischen Stadtstaaten öffentlich diskutiert.

Der griechische Geschichtsschreiber Thukydides beschreibt im 5. Jahrhundert v.u.Z. den Peloponnesischen Krieg. Seine acht Bücher zeigen nicht nur eine Pathologie des Krieges, der von 431 bis 404 v.u.Z. dauerte, sondern er sucht nach den Motiven (und findet sie in den Trieben und Begierden der Menschen). Machtkämpfe (zwischen Athen und Sparta) sind die Ursache des Krieges, die mit dem Ausbau des Militärs und auch dessen zunehmendem Einfluß verbunden waren.

Das Nachdenken über das Militär begann (meist) mit der Suche nach dessen Begründung. Bei Platon (427-347) war das Militär in der Idee des Guten eingebettet. Notwendig sei ein starker Staat; nur dadurch könnten Unrecht,

1 Kernic 2001. Kernic gibt hier eine komprimierte Übersicht über das Militärische im politischen Denken seit den Anfängen, die informativ und lesenswert ist.

Knechtschaft und Kriege (der Griechen untereinander) verhindert werden. Dafür sei (gut ausgebildetes) Militär nötig. Zugleich betonte Platon das Primat der Politik gegenüber dem Militär: Die Entscheidungen über Krieg und Frieden haben nicht Militärs, sondern (zivile) Politiker zu treffen. Dem folgte auch Aristoteles (384-322). Er sah ebenfalls die Notwendigkeit des Militärs (für einen starken Staat, der die Grundlage für die *Eudaimonia*, die Glückseligkeit, schaffe). Und er betonte wie Platon, daß das Militärische der Politik untergeordnet sein müsse. Das Militär sei ein Instrument zur Verteidigung der Freiheit – und könne entsprechend gegen Andere, konkret »Barbaren« und Unfreie, eingesetzt werden, und damit gegen die Mehrheit der eigenen Bevölkerung. Für beide Denker war der Militärdienst zugleich Voraussetzung für die Teilhabe am Politischen: Bürger war der, der Waffendienst leistete – und auch umgedreht. Die *Hopliten*, die schwerbewaffneten attischen Fußsoldaten, die aus Bürgern bestanden, waren dem Adel, der die Reiterei stellte, weitestgehend gleichgestellt. Mit der Ausweitung des Waffendienstes wurde der Kreis jener erweitert, die am öffentlichen Leben teilnehmen konnten. Somit wurde jene politische Form mit dem Wehrdienst befördert, die wir heute Demokratie nennen. Das galt besonders für Athen, wo ärmere Bürger ihren Waffendienst als Ruderer bei der expandierenden Flotte machten. Und es ist sicherlich bemerkenswert, daß mit der Herrschaft der 30 Tyrannen im Jahre 404 v.u.Z. nicht nur die Demokratie, sondern auch die Wehrpflicht beendet und die Entwicklung zum Söldnertum eingeschlagen wurde.

Das Verhältnis Wehrpflicht, Berufsarmee und Söldner war für die Stellung des Militärs im Römischen Reich sehr prägend. Das Ende der Republik bedeutete auch das Ende der Wehrpflicht und die Herausbildung einer Berufsarmee, die sich zunehmend verselbständigte. In der Kaiserzeit entwickelte sich dann der *corpus militare* der Weltmacht: eine dauerhafte, straff organisierte Institution, die sich zunehmend aus »Fremden«, d.h. Söldnern, rekrutierte und die immer stärker als eigenständige (politische) Macht auftrat. Ciceros Wort, wonach es süß und ehrenvoll sei, für das Vaterland zu sterben – *dulce et decorum est pro patria moriri* – geriet in Vergessenheit. Militärführer, wenn sie denn erfolgreich waren, nutzten skrupellos ihre Truppen für die eigene politische Karriere und ließen sich »auf den Schild heben« und als (Gegen-)Kaiser proklamieren. Der Niedergang und Zerfall des Reiches war dann vom Kampf rivalisierender Militärs begleitet bzw. wurde dadurch auch beschleunigt.

Wurde das Militär bisher vorrangig aus einer Staatsphilosophie heraus begründet, so trat mit der Ausbreitung des Christentums im frühen Mittelalter die Theologie an diese Stelle. Das Militärische wurde in den Dienst des Glaubens gestellt. Da das Weltliche allein der göttlichen Vorsehung zu dienen habe, wurde auch das Militärische ein Mittel, um die göttliche Ordnung zu erreichen. Und wer diese Ordnung anstrebte, mußte zum militärischen Kampf be-

reit sein. Im Umkehrschluß erhielten Töten (und Sterben) die religiösen Weihen. Wer für das Reich Gottes, die *Civitas Dei*, kämpfte (und starb), blieb unschuldig, wurde zum Märtyrer. »Bei den wahren Verehrern Gottes sind auch Kriege Friedenswerk«, so Thomas von Aquin.² Ja, die Kirche selbst mutierte zum militärischen Akteur, wurde zum Heerlager und der Papst zu dessen oberster Autorität, zur *Auctoritas Principis*, die zur Führung »gerechter Kriege« berechtigt war. Die Lehre vom gerechten Krieg, die bei Cicero schon ihren Anfang nahm, wurde nun zur Legitimation militärischer Aktionen der Kirche in den nächsten Jahrhunderten, sei es bei den Kreuzzügen gen Osten oder der Conquista, der Eroberung Amerikas, im Westen.

Für die Organisation des Militärischen in dieser Zeit war wichtig, daß sich auf der Basis der Naturalwirtschaft eine »Arbeitsteilung« im Militärischen dahingehend entwickelte, daß nur noch eine kleine Gruppe, die Ritter, Kriegsdienst (als Vasallen) leistete, die große Masse der Bevölkerung, vor allem Bauern, jedoch kaum bzw. nicht mehr am Militärischen beteiligt wurde. Die aufkommende Geldwirtschaft des Frühkapitalismus veränderte jedoch auch in diesem Bereich die Geschäftsgrundlagen. Ritter (mit und ohne Ehrenkodex) waren nun käuflich, sei es für Kreuzzüge in der Ferne oder Fehden zuhause, und in den allmählich erstarkenden Städten formierten sich eigene militärische Strukturen (Milizen).

Staat und Militär zu Beginn der Moderne

Politische Gemeinwesen, gleich welcher Bezeichnung, sind durch Herrschaftsverhältnisse charakterisiert, die mit Gewalt, d.h. physischem und psychischem Zwang, unterschiedlichster Art verbunden sind. Dieser Aspekt stand auch bei der historischen Herausbildung des Staates in Westeuropa im 15. und 16. Jahrhundert im Mittelpunkt. Dabei gehörte die Konstruktion von Herrschaftsstrukturen sicherlich zu den zentralen Themen politischen Denkens. Niccolò Machiavelli (1469-1527) löste die Politikwissenschaft von der Theologie ab. Er sah im staatlichen Gemeinwesen ein *Artefaktum* und diskutierte deshalb so intensiv die Frage, wie dieses künstliche Gebilde gestaltet werden müsse, um das »ewige Auf und Ab« zu beenden und Stabilität zu erreichen.

Damit war auch die Frage nach der Stellung des Militärischen wieder aufgerufen. Im Falle Machiavellis nicht nur konzeptionell bei der Konstruktion des Staates, sondern auch unmittelbar lebensweltlich. Machiavelli war als Sekretär des Rates der Zehn der norditalienischen Stadt Florenz zuständig für die Organisation des Militärs. Er hatte gesehen, daß Söldnerheere nicht nur

2 Zitiert nach Kernic 2001, S. 118.

teuer, sondern auch noch unzuverlässig waren. Deshalb schlug er Milizen vor – wobei deren Mitglieder wegen der dauernden Rivalitäten verschiedener Familien in der Stadt wiederum nicht aus Florenz selbst stammen sollten. Aus dem intensiven Studium der römischen Geschichte zog er Lehren für sein Staatskonzept generell und speziell für die Einbindung des Militärs. Der Staat, so Machiavelli in seiner Schrift »Der Fürst«, müsse über eigene Streitkräfte verfügen. Das Militär sei die Basis für erfolgreiche Politik, sei ein Instrument der Politik. Machiavelli machte deutlich, daß das Primat bei der Politik liegen müsse: Militärs werden genutzt, und wenn sie erfolgreich waren, entledigt man sich schnell ihrer, wie das berühmte Beispiel des Othello in Venedig zeigt. »Der Mohr hat seine Schuldigkeit getan«, heißt es bei Shakespeare dazu. Erlangung und Erhalt politischer Herrschaft – *mantenere lo stato* – waren Fluchtpunkt beim Nachdenken über das Militär und begründeten auch den Krieg als Notwendigkeit staatlicher Selbsterhaltung. Daran anknüpfend entwickelten andere italienische Denker wie Guicciardini und Botero das Konzept von der Staatsräson – der *ragione di stato*: dem Staat sei alles unterzuordnen, er sei der Grund allen politischen Handelns, ihm habe alles zu dienen – auch und vor allem das Militär.

Das war zwar das Bestimmende im politischen Denken jener Zeit, und auch die reformatorische Lehre eines Martin Luther sieht die Notwendigkeit von (militärischer) Gewalt. »Wo ein Streit und schlacht ist, da müssen etliche fallen und wund werden; wer aber redlich ficht, wird gekrönt werden«, so Martin Luther an die Fürsten zu Sachsen im Jahre 1524. Dieses Denken war (und ist bis heute) sicherlich das Dominante – aber es war (und ist) nicht das Einzige. Erasmus von Rotterdam, der große unangepaßte europäische Denker, der die Friedenssehnsucht jener Zeit artikulierte, stellte sich gegen Machiavellis Ansichten und kritisierte grundsätzlich militärische Gewalt. Für ihn gab es keinen »gerechten Krieg«; in seiner radikalen »Kritik der militärischen Gewalt« ließ er weder Gott noch den Staat als Grund für militärische Gewaltaktionen gelten und geißelte scharf die vorgegebene Frömmigkeit der »Gotteskrieger«. Jedoch sei hier mit Kernic darauf verwiesen, daß die »Nicht-Erfahrung militärischer Gewalt« jene Erfahrung ist, die noch nicht gemacht wurde und die »erst zu erfahren wäre«³ und dann in unser politisches Denken auch einfließen könnte. Im Gegenteil, gerade die Erfahrung des Krieges war prägend für das neuzeitliche politische Denken.

Kritik am Militär seiner Zeit formulierte auch der Königsberger Philosoph Immanuel Kant (1724-1804). Zwar verstand er den Krieg als unentbehrliches Mittel der Zivilisation, als Triebfeder der Geschichte, aber das bedeutete für ihn keine Akzeptanz der Militärpolitik seiner Zeit. Im Gegenteil. Die stehenden Heere waren für ihn Instrumente, manchmal auch nur Spielzeuge, der ab-

3 Kernic 2001, S. 15.

solotistischen Herrscher und damit eine permanente Gefahr für den Frieden. Mehr noch: In den absolutistischen Monarchien wie Preußen hatte die Armee den Staat »übernommen«, d.h. das Militärische dominierte das Politische. Deshalb forderte Kant die Abschaffung der *milies perpetuus*, der stehenden Heere, und trat für eine Milizarmee ein, die auf Freiwilligkeit beruhe. Sie sei allein in einer Republik zu erreichen, wo die Bürger – und nicht der Monarch – über Krieg und Frieden entscheiden. Republikanische Verfassung und Milizen schienen ihm eine Gewähr für Frieden; zumindest aber für einen vernünftigen Umgang mit dem Militärischen im Miteinander der Völker.

Staat und Soldat in der Neuzeit

Ende des 18. und zu Beginn des 19. Jahrhunderts wurde so manche der Ideen Kants aufgegriffen und in freier Interpretation in Nordamerika und Europa umgesetzt. Die Gründungsväter der USA lehnten ein stehendes Heer ab und setzten auf Milizen. Damit sei die Freiheit des Gemeinwesens am besten gesichert. Und im Zuge der Französischen Revolution wurde zunächst die neue Armee konsequent auf dem Prinzip der Freiwilligkeit aufgebaut. Jedoch veränderte sich dies schon im Juli 1793. Die *levée en masse*, die Volksaushebung, sollte die schwindende militärische Kraft sichern. Alle Franzosen waren nun permanent im Kriegsdienst – sei es an der Front, bei der Herstellung von Waffen, der Betreuung der Verletzten oder bei der moralischen Erbauung der Krieger. Bürger war gleich Soldat; allgemeines Wahlrecht beutete auch allgemeine Wehrpflicht. Zwar wurde 1814, nach der Niederlage Napoleons, in Frankreich die Wehrpflicht abgeschafft, jedoch blieb diese aus militärischer Sicht ganz neuartige Erfahrung – die Einbeziehung von Massen in das Militär – in der europäischen Politik erhalten. Die allgemeine Wehrpflicht, die mit neuen inneren Strukturen, der Verkürzung der Dienstzeit und auch einer Besserstellung der einfachen Soldaten sowie intensiveren Beziehungen mit der Gesellschaft verbunden war, verbreitete sich in Europa: sei es in Preußen 1814, Österreich-Ungarn im Jahre 1868, Frankreich wieder 1872 oder in Rußland 1874. (Die Kolonialmacht England blieb bei der Berufsarmee.) Die entstehenden Nationalstaaten setzten militärisch auf die Wehrpflicht. Die Einführung der Wehrpflicht bedeutete keineswegs eine Demokratisierung dieser Gesellschaften. Meist waren die Militärreformen im Kontext genereller autoritärer Modernisierungsschritte (nach politischen Krisen und militärischen Niederlagen) eingeleitet worden. In den Monarchien, die starke autoritäre Züge trugen, diente die Wehrpflicht auch und in erster Linie diesem System. Es formte die (jungen) Männer in ihrem Geiste – Nationalismus wird zur tragenden Ideologie – und band sie an »König und Vaterland«. Jedoch verbreitete sich damit

auch die Idee der Bürgerrechte, der Gleichheit – auch wenn im realen Leben tiefe soziale Ungerechtigkeiten bei der Umsetzung dieser Wehrpflicht alltäglich waren. Und die Armee bot Chancen für den sozialen Aufstieg junger Männer der mittleren und unteren Schichten, was vor allem für »technische« Waffengattungen wie die Artillerie galt.

Die ideologische Grundierung für diese Entwicklung bot – zumindest für Deutschland – der Philosoph Georg Friedrich Wilhelm Hegel (1770-1831). In der Tradition Platons verband er das Militärische auf das engste mit dem Staat. Der Staat an sich sei Produkt der Gewalt – und kein Produkt eines Vertrages. Und dieser Staat mache militärische Gewalt notwendig; ja er benötige sie zum Erhalt. Wie das Wasser ohne Winde faule, so verkümmere der Staat ohne Krieg. Im Krieg trete der Einzelne gegenüber dem Ganzen zurück. Dementsprechend sei auch der Krieg sittlich. Im Krieg verkörpere sich »die sittliche Substanz, die absolute Freiheit des sittlichen Selbstwesend von allem Dasein.«⁴ Es versteht sich, daß in diesem Sinne die Militärs, die Krieger, eine besondere Stellung haben. Sie verkörpern mit ihrem Opfergeist diese höchste Sittlichkeit und heben sich somit von der übrigen Gesellschaft ab. In dieser Sittlichkeit liegt zugleich die Tendenz, die Unterscheidung zwischen Zivilem und Militär aufzuheben. Der Krieg wird zum Volkskrieg, zur gesamtgesellschaftlichen Anstrengung, zur seelischen Regenerierung des Volkskörpers. Hier ahnt man die Langzeitwirkung Hegelscher Gedanken für das Militär. Zusammen mit den aufkommenden nationalistischen, ja oftmals chauvinistischen Strömungen, rückwärtsgewandten romantisierenden Gedanken, aber auch mit der Idee vom Krieg als Triebfeder des Fortschritts bildeten sie das geistige Marschgepäck vieler deutscher Militärs des ausgehenden 19. und vor allem des 20. Jahrhundert.

Staat, Militär und linkes Denken

Die aufkommende Arbeiterbewegung im 19. Jahrhundert und ihre politischen Parteien in Europa standen den Streitkräften ihrer jeweiligen Staaten kritisch bis ablehnend gegenüber. Das galt auch und besonders für Deutschland, konkret für Preußen. Drill und Demütigungen, die die meist aus den Unterschichten stammenden Soldaten in den Kasernen erlebten, die feste Bindung der Streitkräfte an die Monarchie (und nicht an die Verfassung) und der Einsatz von Militärs in sozialen Kämpfen im Innern führten von Beginn an zu einer kritischen Position gegenüber dem Militär. Zwar gab es auch Hoffnungen, das Militär irgendwann völlig abzuschaffen und das Ziel der allgemeinen Ab-

4 Hegel zitiert nach Kernic 2001, S. 224.

rüstung wurde zu einer Konstante linker Politik. Jedoch war die grundsätzliche Kritik an den existierenden Streitkräften – im Unterschied zum anarchistischen Denken – mehrheitlich mit alternativen Überlegungen zum Militär verknüpft. Wie kann das Militär für die angestrebten sozialen und politischen Umwälzungen genutzt werden? Wie sollte das Militär in einer Herrschaft des Volkes organisiert werden? Wie soll sich die Arbeiterbewegung in den Fragen von Krieg und Frieden entscheiden?

Gewalt (als Instrument des Fortschritts und der Abwehr von Feinden) wurde bei den Gründungsvätern der Arbeiterbewegung, sei es Karl Marx und Friedrich Engels oder Ferdinand Lassalle, als legitim angesehen. Entsprechend plädierten sie für eine Organisation der bewaffneten Kräfte des Volkes in einer (starken) Armee. Volksbewaffnung war die allgemeine Forderung, Milizen die konkrete Alternative. Eine Volkswehr an die Stelle des stehenden Heeres, so die Forderung des »Eisenacher Programms« von 1869. Auf dem Wege dahin sollten die Dienstzeit verkürzt, das tägliche Leben der Soldaten in den Kasernen verbessert und die Karrierechancen für die unteren Schichten verbessert werden. Letztlich sollte das Militär bei Wahrung der Wehrpflicht demokratisiert werden; nicht mehr auf den König, sondern auf die Verfassung sollte das Militär den Treueid ablegen. Daß Anfang des 20. Jahrhunderts die europäische Arbeiterbewegung, so auch die deutsche Sozialdemokratie, sich an der Frage von Krieg und Frieden zunehmend rieb und dann, im Ersten Weltkrieg, daran scheiterte und schließlich auch spaltete, macht das Gewicht dieser Problematik für die Linke in Europa in jener Zeit dramatisch sichtbar. Aber auch heute steht diese Frage. In der Linken werden militärischen Themen, sei es im Innern die Wehrpflicht und der sich ausweitende Einsatz der Bundeswehr in »humanitären Missionen« oder außenpolitisch die sich herausbildenden militärischen Strukturen in der Europäischen Union, recht kontrovers diskutiert. Die Frage des Militärs ist im politischen Diskurs auch und besonders der Linken weiterhin präsent.

2. Militärische Interventionen in die Politik

Kein Staat ist gegenüber einem militärischen Putsch oder einem Regierungswechsel unter dem Druck des Militärs immun. Die Geschichte ist reich an Beispielen dafür.

Bonapartismus

Als erste Form der militärischen Intervention der Neuzeit kann der *Bonapartismus* bezeichnet werden. Dieses Phänomen analysierte (und benannte) Karl Marx in seiner brillanten Schrift »Der achtzehnte Brumaire des Louis Bonaparte« aus dem Jahre 1852. Darin untersucht Marx den *Coup d'Etat* von Napoleon III. im Jahre 1851. Dieser Staatsstreich war eine Farce des »18. Brumaire des Jahres VII« – das war der 9. November 1799 –, als Napoleon Bonaparte das Direktorium durch den »ersten modernen Staatsstreich« (Curzio Malaparte) stürzte und sich unter dem Titel eines »Ersten Konsuls« anschließend zum Diktator machte. Im Anschluß schuf Napoleon III. ein politisches System, das Vorbild für viele moderne autoritäre Systeme – auch in Süd- und Mittelamerika – wurde. Es kombinierte konstitutionelle und plebiszitäre Elemente – Wahlrecht, Verfassung, viele Volksentscheide – mit einer strikten militärischen Herrschaftsstruktur des Kaisers und seiner Berater. Man kann auch von einem plebiszitären Cäsarismus sprechen. Vertrauen von unten, Macht von oben – so könnte das Motto dieser Herrschaftsform heißen. Für unsere Debatte ist von Relevanz, daß Karl Marx hier (erstmal) die relativ eigenständige Rolle des Militärs als politischer Akteur formuliert. Marx fragte, »sollte das Militär nicht endlich auch einmal in seinen eigenen Interessen und für sein eigenes Interesse Belagerungszustand spielen und zugleich die bürgerlichen Börsen belagern?«⁵ Das Militär bricht die politische Macht des Bürgertums, wobei zur gleichen Zeit die materielle Macht dieses Bürgertums (gegen das Proletariat) geschützt wird. Das Bürgertum etabliert nicht seine »historisch angemessene Herrschaftsform«, die bürgerliche Demokratie, wie Marx es forderte, sondern ergibt sich einer autoritären Militärdiktatur. Dabei kann sich diese Herrschaftsform nach Marx auf die konservativen Bauern, speziell auf die »Unklasse« der Parzellenbauern und auf das Lumpenproletariat stützen. Der Begriff Bonapartismus steht in der Folgezeit für eine verselbständigte politische Exekutive, die meist, jedoch nicht immer, militärisch geprägt war. Im 20. Jahrhundert wurde der Begriff sowohl für die Interpretation des Faschis-

5 Marx, Bd. 8, S. 241.

mus (August Thalheimer⁶) als auch des Stalinismus (Leo Trotzki) herangezogen.

Wann intervenieren Militärs in die Politik?

Daß es zu militärischen Interventionen in die Politik kommt, hängt nach Juan Linz von mindestens drei Faktoren ab.⁷

Erstens spielt in schweren Krisen der staatliche Sicherheitsapparat, insbesondere die Polizei und die Streitkräfte, eher eine Rolle; Kriege bzw. deren Möglichkeit oder innere Unruhen erhöhen diese Wahrscheinlichkeit. Bestimmte Parteien oder Fraktionen finden dann größere Sympathie unter den Offizieren. Zugleich werden die Interessen der Streitkräfte von diesen Politikern eher gehört. Somit erhöht sich in Krisenzeiten die Wahrscheinlichkeit direkter oder indirekter Intervention des Militärs, und so manche schwache demokratische Regierung wurde in Krisenzeiten von der Unterstützung durch das Militär abhängig.

Dabei beschränken sich die Beziehungen zwischen ziviler Gesellschaft und Militär nicht allein auf die Rolle des Militärs in der Innenpolitik. Dazu gehören auch der Bereich der internationalen Beziehungen sowie die militärischen und politischen Erwägungen in der Kriegsführung,

Zweitens sind die institutionellen Kontrollmechanismen in den politischen Systemen von großer Bedeutung, ob und wann die Militärs die Schwelle zur Intervention überschreiten. Dabei bestehen in verschiedenen politischen Systemen unterschiedliche Qualitäten in der Unterordnung der Streitkräfte unter die politische Führung. Nach Juan Linz finden wir unter den politischen Systemen, in denen das Primat der Politik gegenüber dem Militär behauptet wird, recht verschiedene: sultanistische, liberale, autoritäre und auch totalitäre Systeme. Das liberale Modell, das auf einer starken zivilen Kontrolle des Militärs beruht, ist seiner Meinung nach solange nicht möglich, wie zivile Gruppen nicht bereit sind, ein politisch neutrales Offizierskorps zu akzeptieren, und solange sie eher darauf bedacht sind, ihre Macht im militärischen Bereich bzw. mittels des Militärs zu maximieren.

6 »Der beste Ausgangspunkt für die Untersuchung des Faschismus scheint mir die Marxsche und Engelsche Analyse des Bonapartismus (Louis Bonaparte) zu sein. Wohlverstanden, ich setze nicht Faschismus und Bonapartismus gleich. Aber es sind verwandte Erscheinungen mit sowohl gemeinsamen als auch mit abweichenden Zügen, die beide herauszuarbeiten sind.« Thalheimer 1974, S. 14. Im weiteren Text verweist Thalheimer zur Illustration auch explizit auf »die extremen Fälle des Regimes, der Formen der Staatsmacht in südamerikanischen Republiken. Auch hier ist das Heer Träger der politischen Macht, die Exekutive ›verselbständigt.« Ebd. S. 27.

7 Wir beziehen uns im Folgenden auf die Ausführungen von Juan Linz in seinem Buch »Totalitäre und autoritäre Regime«, speziell auf den »Exkurs über Militärs in der Politik« (Linz 2003).

Und *drittens* hängen militärische Interventionen auch von ihrer jeweiligen politischen Legitimität ab. Oft sind es die Zivilisten selbst, die in den Kasernen um Hilfe beim Sturz oder bei der Verteidigung von verfassungsmäßigen Regierungen nachsuchen, und viele Gesellschaften räumen in ihren zivilen und »demokratisch« eingerichteten Verfassungen dem Militär eine »moderierende« Macht ein. So werden die Interventionen der Militärs in der Politik letztlich konstitutionell »legitimiert«.

Der Erfolg einer militärischen Intervention ist abhängig vom Maße öffentlicher Legitimation, die der Exekutive und dem Militär jeweils zukommt. Typisch ist eine Situation, bei der wir angesichts der häufigen Konflikte zwischen Präsident und Parlament einen recht schwachen Zusammenhalt der relevanten politischen Schicht finden. Gute Indikatoren für solch einen fehlenden Zusammenhalt der zivilen politischen Kräfte sind u.a. eine knappe Stimmenmehrheit bei Wahlen und der geringe Konsens für einen Kompromißkandidaten. Dazu gehört auch der (fehlende) Glaube an die gegebene Legitimität der Institutionen, besonders der Exekutive, an deren Konformität mit der Verfassung. Bemerkenswert ist in diesem Kontext das Vertrauen in die persönlichen Qualitäten des Präsidenten, das Vertrauen in seine Bereitschaft, gesetzlichen oder konventionellen Regeln zu folgen und nicht einen *Continuismo* zu praktizieren, d.h. seine ständige Wiederwahl zu sichern, sowie die Autonomie von Institutionen, einschließlich der Streitkräfte, zu respektieren, was wiederum entscheidend für deren Antwort in Krisensituationen ist. Bei solchen Konstellationen werden die Positionen jener Kräfte entscheidend, die die Exekutive unterstützen.

Die Stärke und der politische Einfluß des Militärs in der Politik sind in den unterschiedlichen Phasen nicht gleichbleibend, sie sind verschieden stark und schwanken. Solche Phasen sind die Zeit vor der Bildung einer konspirativen Gruppe, in der Periode der Formierung und der zunehmenden Ausweitung einer Gruppe, zum Zeitpunkt der Entscheidung zum Handeln, in der Zeit unmittelbar nach dem Putsch und im politischen Prozeß in den Monaten und Jahren nach der Machtübernahme.

Dabei ist auch zu beachten, daß meist die militärischen Aktivisten – seien sie für oder gegen die Regierung – immer in der Minderheit sind. Sie müssen die große Mehrheit der Offiziere, die entweder strikte Legalisten oder einfach politisch nicht aktiv sind, von ihrem politischen Anliegen überzeugen. Diese Aktivisten wollen kein Blutvergießen oder die Spaltung der Streitkräfte riskieren; sie müssen warten, bis ein Konsens bzw. eine deutliche Mehrheit, vor allem in der obersten militärischen Führung, entstanden ist. Dafür ist wiederum auch die öffentliche Meinung, wie sie u.a. in Artikeln der führenden Zeitungen oder anderswo veröffentlicht wird, sehr wichtig, um das Militär von der Notwendigkeit einer Intervention zu überzeugen (so in Chile 1973).

Sicherlich sind nicht alle militärischen Interventionen darauf aus, autoritäre Regime zu schaffen, doch führen sie letztlich alle zu deren Etablierung. Der autoritäre Charakter wird durch »interne«, d.h. spezifisch militärische Faktoren, wie die Mentalität der Offiziere, hierarchische Befehlsstrukturen und institutionelle Interessen, beeinflusst. Deswegen wäre es gewiß falsch, allein von der sozio-politischen Natur und Funktion des Regimes, das mit Hilfe des Militärs errichtet wird, auf die Motive der Offiziere und die Umstände, die zum Sturz eines demokratischen Regimes führen, zu schließen. Die Spannung zwischen den höchst unterschiedlichen Intentionen der Putschisten einerseits und dem institutionellen Rahmen und politischen Kontext andererseits macht es oft schwierig, den politischen, sozialen und wirtschaftlichen Kurs einer Militärjunta nach der Machtübernahme vorherzusagen.

The State of the Art – Zur Forschung über die Militärs

Die Ansätze zur Analyse von militärischen Interventionen in die Politik sind sehr verschieden. Das beginnt mit der fast diametralen Bewertung der politischen Stärke des Militärs, die einige Autoren betonen und andere negieren. Der Mangel an systematischen, theoretisch orientierten Fallstudien hat auch oft zu übereilten Verallgemeinerungen geführt.

Methodisch kann man zwischen vergleichenden – zum Teil auch quantitativen Analysen – Studien und konkreten Fallstudien unterscheiden. Dabei sollte man beachten, daß es schwierig, wenn nicht gar unmöglich ist, zu erklären, warum in einem Land häufiger militärische Putsche stattfinden als in anderen, wenn man *allein* die statistischen Daten analysiert. Wir finden hier eine Komplexität, die mit einer statistischen Analyse, selbst wenn sie länderübergreifend ist, einfach nicht aufgelöst werden kann.

Inhaltlich, also was die Themen betrifft, sieht Linz folgende Gruppierungen in der wissenschaftlichen Debatte seit den 50er Jahren des 20. Jahrhunderts:

a) die Betonung der institutionellen Charakteristika, die zur Einmischung führen bzw. diese erleichtern, ohne daß anderen Akteuren im politischen und sozialen System besondere Beachtung geschenkt wird;

b) die Unterstreichung der politischen Motive und weniger der militärischen. Die sozialen und organisatorischen Charakteristika des militärischen Establishments werden kaum beachtet, sondern mehr die politische und institutionelle Struktur der Gesellschaft. Gesucht wird nach den »wirklichen« Interessen des Militärs, d.h. es wird als soziale Gruppe oder als »Instrument« bzw. »Repräsentant« von sozialen oder ökonomischen Interessen verstanden.

c) Ansätze, die der sozialen und politischen Entwicklung sowie den kulturellen Traditionen, manchmal auch unter der Bezeichnung »politische Kultur« zusammengefaßt, besonderes Gewicht geben und

d) Analysen, die die konkrete historische Situation, die zur Intervention führte, untersuchen. Ihnen geht es konkret um die Formierung einer »Putsch-Koalition«. Gefragt wird, wie die Basis für eine militärische Intervention erweitert, wie potentielle Gegner neutralisiert wurden und zu welchen politischen Ergebnissen die militärische Intervention geführt hat.

e) In der Zeit des Kalten Krieges und im Kontext der Dependencia-Theorie, die die Außenabhängigkeit der peripheren Gesellschaften Asiens, Afrikas und Lateinamerikas herausstellte, wurden die Militärs im Kontext globaler Konflikte und ausländischer Einflüsse, vor allem der USA, analysiert. Damit hatten Studien über die Bindungen der Militärs an die jeweilige hegemoniale Macht Konjunktur; man diskutierte Ausbildungsprogramme, Militärmissionen, Waffenlieferungen und Militärdoktrinen.⁸

Quantitativ, und sicherlich auch qualitativ, überwiegt in der politikwissenschaftlichen Militärforschung ganz eindeutig der angelsächsische Raum. Das gilt für die generelle Problematik Militär in Entwicklungsländern, die in den 1950er/1960er Jahren vergleichend diskutiert wurde.

Was die in dieser Studie diskutierte Region Süd- und Mittelamerika betrifft, so sei hier auf folgende Arbeiten verwiesen, die in den letzten Jahrzehnten zu diesem Thema entstanden sind.⁹

In den 1960er Jahren – meist im methodischen Rahmen der Regionalstudien (Area Studies) – John J. Johnson (1964) und Edwin Lieuwen (1961 und 1964). Diese waren in vergleichende Diskussionen über die generelle Rolle des Militärs (als »Modernisierer«) in den Entwicklungsländern eingebettet. Dazu gehörten vor allem die Arbeiten von Samuel Huntington (1962 und 1967). In den 1970er Jahren wurde die wissenschaftliche Debatte über das Militär von Guillermo O'Donnells Arbeit über militärisch-bürokratische Regime (1973) geprägt. Hier stand die Rolle des Militärs bei der Etablierung von autoritären Regimen (Brasilien, Chile, Argentinien) im Mittelpunkt. Angeregt von O'Donnell und in Auseinandersetzung mit seinen Thesen entstand eine Vielzahl von Büchern zum Militär, so von Alfred Stepan (1973), Philippe C. Schmitter (1978) oder von Brian Loveman (1978). Bei europäischen Autoren sei auf den Franzosen Alain Rouquié verwiesen (1981). Im deutschsprachigen Raum arbeiteten zu jener Zeit sehr umfangreich zur Thematik Militär (speziell in Süd- und Mittelamerika) der Leipziger Historiker Manfred Kossok (1966) sowie Klaus Lindenberg (1971). In den 1980er Jahren konzentrierten sich die Arbeiten auf die Frage Demokratisierung und Militär (O'Donnell/Schmitter/Whitehead, 1986, darin auch: A. Rouquié, *Demilitarization and the institutionalization of military-dominated polities in Latin America*). In der Bundesrepublik stehen dafür Manfred Mols (1987, 1995) und Dieter Nohlen (1994) sowie in den

8 Hier sei auf die umfangreichen bibliographischen Hinweise bei Linz 2003, S. 179, Fußnote 12, verwiesen.

9 Vgl. den bibliographischen Essay von Varun Sahni, in: Bethell 1998, S. 418-439.

1990er Jahren Wolfgang Heinz (1991) und Christoph Wagner. Weiterhin sei auf Alfred Stepan (1988) verwiesen, der sich in »Rethinking Military Politics. Brazil and the Southern Cone« polemisch mit O'Donnell auseinandersetzt.

Am Ende des 20. Jahrhunderts werden die Militärs als Faktor der Demokratie in diesem Raum diskutiert – wobei dies meist von Autoren aus den USA und aus Europa erfolgt. Hinzu kommt die Frage nach den »neuen Sicherheitsrisiken«. In diesem Kontext steht oftmals auch die (existenzielle) Frage nach der Zukunft des Militärs in Süd- und Mittelamerika. (Dazu Richard Millett und Michael Gold-Biss, 1996). Bei den deutschsprachigen Autoren sind hierzu neben Heinz (auch 2001) und Wagner weiterhin Sabine Kurtenbach (1991), Michael Radseck (2002) und Daniel Flesmes (2004) zu nennen. Es ist bemerkenswert (und zugleich bedauerlich), daß dieses Thema unter lateinamerikanischen Wissenschaftlern keine große Beachtung findet. Meist wird das Militär im Kontext von genereller sozialer Gewalt, dabei oft zusammen mit der Polizei, der früheren Menschenrechtsverletzungen oder als Aspekt in der (neuen) geopolitischen Strategie der USA behandelt.

3. Über Staatlichkeit in Süd- und Mittelamerika

Der kursorische Überblick hat deutlich gemacht, daß die Frage des Militärs – wenn wir sie denn politisch diskutieren – unbedingt in den Kontext des Staates gestellt werden muß. Dieser Logik entsprechend soll in diesem Kapitel die Frage des Staates in Süd- und Mittelamerika in verschiedenen Dimensionen behandelt werden. Bevor wir damit beginnen, noch ein Wort zur

Benennung des Raumes.

Was den in dieser Studie zu behandelnden geographischen Raum, genauer gesagt seine Benennung betrifft, so sei hier Folgendes angemerkt: Es ist in unseren Breitengraden (fast) selbstverständlich, die mehr als 30 Staaten zwischen dem Rio Grande im Norden Mexikos und Feuerland im Süden Chiles mit ihren sehr verschiedenen sozialen Strukturen und Kulturen unter dem Begriff »Lateinamerika« zu fassen. Belize und Chile, Grenada und Brasilien sind die so differenten Realitäten, die wir mit einem Begriff benennen, der als Kampfbegriff des 19. Jahrhunderts begann, als Napoleon III. seiner kurzatmigen Offensive in diesem Raum die kulturelle Aura des Kampfes zwischen dem lateinischen und dem angelsächsischen Amerika geben wollte. Es ist zu bezweifeln, ob dieser Begriff der Unterschiedlichkeit und Differenzierung in diesem Raum gerecht wird. Das Gegenteil ist zu vermuten. Im politischen Leben drückt er oft den Wunsch nach einer regionalen Gemeinsamkeit und Homogenität aus, die es womöglich nie gegeben hat und dient somit weiter – bewußt oder unbewußt – als politisches Programm bzw. ideologisches Konzept. Bei der wissenschaftlichen Analyse ist eine solche Pauschalisierung, wie sie letztlich mit dem Begriff Lateinamerika vorgenommen wird, nicht nur wenig hilfreich, sondern eher ein geistiges Hindernis. Er führt immer wieder zu drastischen Abweichungen von der Realität und setzt die wohlbekanntesten Klischees fort. Das gilt auch für die hier geführte Debatte über Staat und Militär in diesem Raum. Selbst hinsichtlich des Begriffs Südamerika weist Peter Waldmann darauf hin, daß es Südamerika eigentlich nicht gibt, weil die Verhältnisse in jedem Land etwas anders liegen. Dessen eingedenk werden wir dort, wo dieser Raum generell benannt werden soll, auf die stärker geographisch ausgerichteten Begriffe Südamerika oder Mittel- bzw. Zentralamerika sowie Karibik zurückgreifen, wohlwissend, daß dies eine Vereinfachung ist.¹⁰ Die Bezeichnung »Ferner Westen«, *Extrême-Occident*, mit der der französische

10 Aus Gründen der Lesbarkeit und der Sprachökonomie verwenden wir als Adjektiv jedoch auch »lateinamerikanisch«. In Zitaten wird selbstverständlich der dort genutzte Begriff wiedergegeben.

Diplomat und Wissenschaftler Alain Rouquié das südliche und mittlere Amerika benannte, stellt die historischen und kulturellen Bindungen der Neuen Welt zur Alten, d.h. zu Europa, heraus. Sie ist sicherlich intellektuell anregend, jedoch sprachlich recht ungewohnt, weshalb wir hier darauf verzichten.

Was ist der Staat?

Für Thomas Hobbes, den englischen Philosophen des 17. Jahrhunderts, ging es darum, im Geiste der Euklidischen Geometrie eine politische Ordnung zu konstruieren, die jenen Zustand beendet, in dem das »*bellum omnium contra omnes*«, der Krieg aller gegen alle, gilt. Es sind die bitteren Erfahrungen des 16. und 17. Jahrhunderts, der konfessionellen Kriege seiner Zeit, die sein politisches Denken bestimmten. Es ging um das physische Überleben, um Frieden in einem politischen Gemeinwesen. Die *securitas publica*, die öffentliche Sicherheit, mittels einer politischen Konstruktion, die man nun Staat nannte, zu erreichen, wurde mit Hobbes zu einem Kerngedanken politischen Denkens in Europa. Der *Leviathan*, der sterbliche Gott, sollte vom Bürger die alleinige Gewalt erhalten und im Austausch dafür diesem Schutz garantieren. Dieser Gedanke wurde zwar durch die Ideen der Säkularisierung, der Souveränität und der Gewaltenteilung ergänzt, blieb aber bis heute im Mittelpunkt staats-theoretischen Denkens. Das staatliche Gewaltmonopol wurde 200 Jahre später auch bei Max Weber zu jenem entscheidenden Spezifikum, das diesen politischen Verband von anderen sozialen Verbänden unterscheidet. »Man kann vielmehr den modernen Staat soziologisch letztlich nur definieren aus einem spezifischen Mittel, das ihm, wie jedem politischen Verband, eignet: das der physischen Gewaltsamkeit«. Und einige Zeilen weiter definiert er den Staat als »diejenige menschliche Gemeinschaft, welche innerhalb eines bestimmten Gebietes – dies: das ›Gebiet‹, gehört zum Merkmal – das Monopol legitimer physischer Gewaltsamkeit für sich (mit Erfolg) beansprucht«. ¹¹ Das staatliche Gewaltmonopol erscheint hier als Voraussetzung, um in einer Gemeinschaft konkurrierender Interessen das friedliche Zusammenleben und damit auch die Möglichkeit der Entwicklung zu gewährleisten.

Die Hervorhebung des staatlichen Gewaltmonopols bedeutet jedoch nicht, jener Allmacht des Staates das Wort zu reden, wie sie in totalitären Systemen angestrebt und zum Teil erreicht wurde. Diese Macht des politischen Verbandes Staat muß durch Parlament, Recht und zivile Partizipation eingehegt werden. Die »legitime Gewaltsamkeit« des Staates (Max Weber) heißt dann, daß kein politischer Akteur mit physischer Gewalt die Durchsetzung seiner Ziele

11 Weber 1986, S. 1043.

anstrebt bzw. anstreben kann. Die Mittel der Gewalt sind beim Staat konzentriert, konkret bei den entsprechenden bürokratischen Institutionen: die Polizei für die innere Dimension und die Streitkräfte für äußere.

Über die Schwäche des kreolischen Leviathans

Die brutale Realität in den süd- und mittelamerikanischen Militärdiktaturen der 70er und 80er Jahre des 20. Jahrhunderts provozierte bei Soziologen und Politologen der Region auch eine intensive Debatte über den Staat und (legitime und illegitime) Gewalt. Hierzulande wurde die Problematik von dem Augsburger Soziologen und Argentinien-Spezialisten Peter Waldmann thematisiert, wobei er seine Arbeiten vor allem dem Phänomen der parastaatlichen Gewalt und des Staatsterrorismus widmete (Waldmann 1991, 1994, 1995). Die Thematik wurde auch von anderen Länderspezialisten aufgegriffen und diskutiert. Vor allem standen die Militärdiktaturen des *Cono Sur*, des Südkügels von Südamerika, sowie die *Violencia*, die Gewalt, in Kolumbien im Mittelpunkt der Untersuchungen (Nolte 1991, Kurtenbach 1991, Heinz 1988 und 1991, Mansilla 1993 und 1995, Pfadenhauer 1995). Es wäre sicherlich vermessend, wollte man die verschiedenen Aufsätze hier zusammenfassen. Jedoch lassen sich trotz unterschiedlicher Fallbeispiele und differierender Sichten *zwei gemeinsame Aussagen* herausfiltern.

Die *erste* wichtige Erkenntnis aus den Fallbeispielen besteht darin, daß der Staat in diesem Raum ein schwacher ist und ein staatliches Gewaltmonopol in den wenigsten politischen Systemen Süd- und Mittelamerikas erreicht werden konnte. »Es scheint, daß der lateinamerikanische Staat, im Unterschied etwa zum westeuropäischen, nie ein effektives Gewaltmonopol gegenüber der Gesellschaft erlangt hat.«¹² In einer späteren Arbeit differenziert Waldmann diese Aussage dahingehend, daß er als Ausnahmen relativ starke Staaten in den postrevolutionären Entwicklungen in Mexiko und Kuba sowie in Chile ausmacht.¹³ Ansonsten aber blieb dieser kreolische Leviathan schwach. Es gelang ihm weder über die eigenen Bürger noch über die eigenen Institutionen eine effektive Kontrolle herzustellen.

Die Schwäche des Staates in dieser Region zeigte sich vor allem:

- in seinen geringen finanziellen Ressourcen (kaum Steuereinnahmen),
- in der schwachen Legitimation

12 Waldmann 1994, S. 94.

13 Waldmann 1996, S. 21. Norbert Lösing polemisiert im gleichen Buch mit Waldmanns Aussage und stellt dem entgegen, daß Länder wie Chile, Argentinien, Uruguay und Costa Rica ebenfalls über ein Gewaltmonopol verfügten, das nicht weniger entwickelt gewesen sei als jenes in verschiedenen europäischen Ländern. (*«poseen un monopolio de fuerza no menos desarrollado que varios países europeos.»*) Lösing in: Waldmann 1996, S. 384.

- der geringen nationalen Kohäsion (größere Gruppen blieben marginalisiert, starke separatistische Tendenzen) sowie
- in der geringen Kontrolle über seine eigenen Strukturen und Institutionen (Polizei, Justiz, Militär).

Der Staat ist oftmals ohnmächtig. Politische Gewalt wurde nicht eingehegt, sondern sie vagabundiert in diesen Gesellschaften. In Kolumbien finden wir seit Jahrzehnten neben dem Staat drei mehr oder weniger organisierte Träger politischer Gewalt: die Guerrilla-Bewegungen, die paramilitärischen Gruppen und die Drogenmafia, wobei die Verbindungslinien und Koalitionen zwischen diesen Akteuren beachtet werden müssen. In einigen Ländern besteht die größte Herausforderung in der nur fragmentarischen Präsenz des Staates, sei es in peripheren ländlichen Zonen oder in marginalisierten Gebieten der Metropolen.

Einige Anmerkungen zur historischen Entwicklung

Die Schwäche des Staates in Süd- und Mittelamerika hat historische Ursachen. Die *Herausbildung von nationaler Staatlichkeit* erfolgte im 19. Jahrhundert im Spannungsfeld von ideologisch propagierter und politisch beanspruchter Allmacht des Zentralstaates einerseits und der tatsächlichen Unfähigkeit des Staates andererseits, das legitime Gewaltmonopol in seinem Gebiet gegenüber konkurrierenden politischen Akteuren durchzusetzen. Der Anspruch lag im spanischen Etatismus des 16. und 17. Jahrhunderts begründet, der von der Identität von Glaubensziel und Staatslenkung ausging und grundsätzlich den Einheitsgedanken über Konflikt und Konkurrenz in der Politik stellte.¹⁴ Dementsprechend begann unmittelbar mit der *Conquista*, der Entdeckung und Eroberung Amerikas Ende des 15. und zu Beginn des 16. Jahrhunderts, die Etablierung einer stark vertikalen hierarchischen Gesellschaftsstruktur, die kaum politische Autonomie und nur geringe soziale Dynamik zuließ. Den militärischen Eroberern, den *Conquistadoren*, wie Pizarro oder Cortéz, folgten die Rechtsgelehrten und Beamten auf dem Fuße. Die Handelsmetropole Sevilla in Spanien war das Zentrum für die neuerobernten Gebiete, die man *Las Indias* nannte, später kam Madrid als das politische hinzu. Eine starke, ausufernde, sich überlappende (und ständig behindernde) Bürokratie des spanischen Staates, der zu Beginn der Neuzeit, speziell unter Philipp II. als der modernste (bürokratische) Staat gesehen werden kann, organisierte das politische Leben auch in diesen Räumen. Aber der starke Zentralismus und Bürokratismus in den Beziehungen zwischen Spanien und *Las Indias* und innerhalb Spanisch-

14 Dazu der empfehlenswerte Aufsatz von Manfred Mols (1987).

Amerikas selbst führte die soziale und politische Realität der folgenden 200 Jahre in diesem Raum einerseits zu einem aufgeblähten Institutionengefüge, das eher formal die politische Macht verkörperte, und andererseits zu einer Vielzahl paralleler, informeller Strukturen, in denen sich auch die neue einheimische, kreolische Oberschicht politisch artikuliert. »Ich gehorche, aber ich führe nicht aus.« Dies war das gängige Motto der (oftmals kreolischen) *Presidentes*, *Governadores* und *Capitanes* hinsichtlich der Unmengen von Dekreten aus Madrid im 17. und 18. Jahrhundert. Durch die administrativen Modernisierungen im Zuge der Bourbonen-Reformen in der 2. Hälfte des 18. Jahrhundert versuchte man, die alte spanische Hierarchie mittels Peninsulares, also Spaniern aus Europa, wiederherzustellen und zugleich unter finanzwirtschaftlichen Aspekten, d.h. ein erhöhtes Steueraufkommen, für die sich auf dem Abstieg befindende spanische Krone zu effektiver zu gestalten.

Nach dem Wegfall der spanischen Krone als der zentralen politischen Macht zu Beginn des 19. Jahrhunderts und der Erlangung der politischen Selbständigkeit durch die kreolischen Eliten kam es in den folgenden Jahrzehnten zu gewaltsamen Auseinandersetzungen innerhalb dieser Eliten bei der Etablierung der einzelnen Staaten. Zwar gelang es jeweils einzelnen *Caudillos*, sich gegenüber Rivalen mit militärischer Gewalt durchzusetzen und – wie in Mexiko unter Porfirio Díaz am Ende des 19. Jahrhunderts – für »Ordnung und Fortschritt« zu sorgen. Jedoch konnte trotz brutaler Gewaltanwendung letztlich nirgends, auch nicht in Mexiko zu jener Zeit, der entstehende Nationalstaat ein wirkliches Gewaltmonopol über sein Territorium durchsetzen. In Mexiko und Kuba, so Waldmann, gelang das erst im Zuge der jeweiligen Revolutionen.

Konzeptionell wurde im 20. Jahrhundert die alte spanische Idee vom Staat als mächtiger zentraler Agentur säkularisiert und in verschiedenen autoritären Staatsideen wie auch Staatspraktiken fortgeführt. Es sei hier auf den *Cesarismo Democrático* des Venezolaners Vallenilla Lanz zu Beginn des 20. Jahrhunderts, auf das Konzept des *Estado Novo*, des neuen Staates, und dessen Umsetzung durch Getulio Vargas im Brasilien der 30er Jahre und den *Justicialismo*, die Gerechtigkeitsidee des Peronismus von Juan Domingo Perón im Argentinien der 40er und 50er Jahre des 20. Jahrhunderts verwiesen. Drei autoritäre Staatsdoktrinen, denen gemeinsam war, daß sie vor dem Hintergrund kapitalistischer Modernisierungsprozesse und unter dem Druck der Weltwirtschaftskrise von 1929 eine starke zentrale, sich wirtschaftlich national verstehende staatliche Gewalt unter kontrollierter Einbeziehung der Massen anstrebten. Dies erfolgte oftmals unter politischen Slogans wie Fortschritt, Ordnung und Wohlstand mit brutaler Gewalt gegenüber den politischen Konkurrenten.

Besonders in den Ländern Zentralamerikas, in denen die traditionellen Oligarchien weiterhin dominierten, war dies einerseits mit der Ausgrenzung breiter Bevölkerungsschichten vom politischen Prozeß und andererseits mit der

brutalen Einbeziehung von Bevölkerungsschichten, speziell indianischen, in den kapitalistischen Produktionsprozeß verbunden.

Nicht nur schwach, auch brutal – ein kreolischer Behemoth?

Die *zweite Erkenntnis*, die aus den verschiedenen Untersuchungen über Staat und politische Gewalt in diesem Raum für unsere Erörterung von Gewicht ist, besteht darin, daß der schwache Staat auch ein brutaler ist. Oftmals gehen gewaltsame Übergriffe in diesen Gesellschaften gerade von staatlichen Einrichtungen, besonders der Polizei selbst, aus. Der einst als Leviathan konzipierte Staat wird für den Bürger vielfach zum *Behemoth*, zum Unstaat, der seine eigenen Regeln verletzt und selbst Quelle von unkontrollierter Gewalt ist. Die geringe Institutionalisierung, eine Konstante politischer Systeme in der Region, der oftmals irrational-verbürokratisierte Aufbau der staatlichen Verwaltung und deren chaotisches Funktionieren schwächen keineswegs die vom Staat ausgehende *violencia*, die politische Gewalt ab, sondern kanalisieren sie und ritualisieren sie unter spezifischen Modalitäten. Der prekäre Zustand der öffentlichen Verwaltung und deren chronische Finanzschwäche behindern keineswegs das brutale Vorgehen der staatlichen Sicherheitskräfte gegen einzelne Bevölkerungsgruppen. Im Gegenteil: besonders der schwache Staat neigt zu gefährlicher Brutalität und verstärkt somit selbst die soziale und politische Anomie in der Gesellschaft.

Die Unfähigkeit des Staates, Sicherheit für den Bürger zu gewährleisten, ist vor allem mit den gravierenden Problemen in der Polizei, einer der zentralen Sicherheitsinstitutionen des Staates, verbunden. Oft geht physische Gewalt gegen Bürger gerade von dieser Institution aus. Unfähigkeit zur Professionalität, Korruption und brutale Arroganz, verknüpft mit einer ausgeprägten Subkultur der gegenseitigen Unterstützung und institutionellen Solidarität, haben dazu geführt, daß die Bürger dieser Institution stark mißtrauen und ihr nur eine geringe Legitimität geben. Zugleich greifen Sektoren der Gesellschaft, die es sich finanziell leisten können, auf private Firmen und Leibwächter zurück. Es bilden sich Selbstschutzgruppen mit all den Gefahren, die für das staatliche Gewaltmonopol entstehen, wenn sich Gruppen vervielfältigen, die den Willen und die Kapazität zu autonomer Gewaltanwendung haben. Die herrschenden Eliten versuchen, die politischen Strukturen mit illegalen Mitteln zu erhalten und destabilisieren mit der zunehmenden repressiven Gewalt, d.h. der illegalen bzw. heimlichen Gewalt, die politische Ordnung selbst. Unter diesen Bedingungen fehlt vielfach der Konsens zur Begründung legitimer Herrschaft. Anomie und Gewalt führen zur Auflösung von Staatlichkeit und lassen die Chancen für eine zivile Gesellschaft extrem schrumpfen.

Langandauernde politische Gewalt hat in ausgedehnten Gebieten einzelner Staaten, wie z.B. Perus und Kolumbiens, eine Militarisierung des gesellschaftlichen Lebens zur Folge. Zwar sind die zivilen Behörden weiterhin existent, jedoch liegen wesentliche Funktionen der Staatsgewalt, wie das Justizwesen und der Strafvollzug, Polizei, Fernmeldewesen und Straßenbau, in den Händen der Militärverwaltungen. Verfassung und ziviles Recht haben nur fragmentarische Geltung. Die Ankündigung der kolumbianischen Regierung, daß im Falle des Fehlens ausreichender Mandatsträger bei Kommunalwahlen Militärs als Bürgermeister eingesetzt werden, ist ein Beispiel dieser Tendenz.

Violencia in der Gesellschaft

Hinzu kommt das hohe Maß an politischer Gewalt, das die Gesellschaften dieses Raumes prägt. Oftmals kommen sie dem Hobbes'schen Trauma vom Kampf aller gegen alle sehr nahe. Die *Violencia*, die politische Gewalt, tritt in verschiedenen Formen auf: in Auseinandersetzungen innerhalb der Machtelite, die mittels privater »Armeen« ausgefochten werden, als bäuerliche Selbstschutzverbände, die sich gegen die Willkür von Großgrundbesitzern und Polizei wehren, als ethnisch-kulturelle Protestformen, die teilweise zu bewaffneten Konflikten eskalieren, in »klassischen« Arbeits- und Lohnkämpfen, die nicht mit friedlichen Mitteln gelöst werden können, und nicht zuletzt in einem sozialen Banditentum, das heute besonders mit dem Drogenhandel verbunden ist. Diese Gewaltphänomene tendieren zunehmend zu einer Eigendynamik, so daß Erscheinungen politischer Gewalt und deren eigentliche Ursachen in einem kaum noch nachzuvollziehenden Wechselverhältnis stehen (Mansilla 1993). In einer unerbittlichen Komplexitätsreduzierung erhält die politische Gewalt die Funktion eines natürlichen Mittels für eine umfassende Sinnstiftung. Sie allein wird als Mittel zur Veränderung der gesellschaftlichen Realität und zur Durchsetzung eigener Interessen angesehen. Dazu kommen ausgeprägte Elemente des Autoritarismus in der politischen Kultur, die sowohl eine unkontrollierte Staatsgewalt als auch die exzessiven Aufstandsbebewegungen in der Region begünstigen. Dieser Autoritarismus hat eine lange Vorgeschichte und eine ebenso bemerkenswerte Kontinuität in den süd- und mittelamerikanischen Gesellschaften und beeinflusst noch immer stark sowohl Interessenartikulation als auch Konfliktaustragung in diesen Gesellschaften (Mols 1987, Mansilla 1991, 1995). Politische Gewalt verselbständigt sich zunehmend. Ethische Prinzipien und Kosten-Nutzen-Kalküle verlieren gegenüber einer eingeübten Praxis, die aus oft nicht erklärbaren Gründen fortgesetzt wird, an Bedeutung. Die Verselbständigung finden wir auch in Situationen, in denen es keine eindeutigen Sieger und Verlierer gibt (zum Bei-

spiel in Kolumbien). Dazu kommt der kriminelle Einsatz politischer Gewalt, der sich in der Nutzung der bewaffneten Truppen, sowohl der regulären Armee als auch der Guerrilla, zur Bereicherung zeigt (Mansilla 1995). In Nicaragua wurden aus den Kämpfern des Bürgerkrieges der 1980er Jahre marodierende Banditen, die – mit dem Anspruch auf Gerechtigkeit – Städte überfielen und Banken ausraubten.¹⁵ Die ehemaligen sandinistischen Soldaten, die *Recompas*, konnten ähnlich wie ein Großteil der ehemaligen Contra, die *Recontras*, nach ihrer Demobilisierung nicht wieder in das zivile Leben eingegliedert werden.

Wenn nicht der Staat – wer dann?

Angesichts der gezeigten Schwächen des Staates in der Region, speziell bei der Schaffung und Gewährleistung einer gewaltfreien politischen Ordnung, taucht die Frage nach Alternativen zum Staat auf. Können poststaatliche politische Gemeinwesen den inneren Frieden schaffen? Inwieweit sind Regionen, suprastaatliche Institutionen, wie die EU, ethnische Gemeinschaften oder eine Zivilgesellschaft politische Optionen zum Staat? Aber die Gesellschaftswelt sei nicht friedlicher, zivilgesellschaftliche Organisationen seien nicht die besseren Akteure, und das Transnationale sollte nicht idealisiert werden – so die Warnungen. Die Erfahrungen in weiten Teilen Afrikas wie Kenia, Liberia und Ruanda und in Nachfolgestaaten der Sowjetunion zeigen, daß der allmähliche Verfall und das anschließende Verschwinden staatlicher Strukturen weder zu herrschaftsfreien noch zu gewaltlosen politischen Zuständen führen. Reprivatisierung der politischen Gewalt und Fragmentierung der Akteure verringern sogar die Möglichkeiten, gewaltsame Konflikte zu lösen bzw. zu verhindern. Es steigt die Gefahr, daß aus der Krise autoritärer Modelle und der außerordentlichen Dimension der sozialen Probleme in vielen Ländern nicht eine *civil society* triumphierend entsteht, sondern normen- und regellose, eben anomische Staatsgebilde herauskommen, wo das Gewebe der Gesellschaft immer mehr abstirbt und – wie Ralf Dahrendorf schrieb – überall Gewalt in der Luft lag. Der *Caracazo* im Februar 1989, jener spontane Aufstand in der Hauptstadt Venezuelas, das bis dahin als relativ stabil (und reich) eingeschätzt wurde, hat deutlich gezeigt, wie fragil die politischen Strukturen in diesen Gesellschaften sind.

Zugleich sollten wir angesichts der gegenwärtig, auch im Kontext der über »Terrorismusbekämpfung« geführten Debatten zu *failed states*, also über ge-

15 Im Juli 1993 überfielen zirka 150 ehemalige Soldaten der Sandinistischen Volksarmee (EPS) die Stadt Estelí. Das Militär stellte mit einer blutigen Operation, die 45 Tote, 96 Verwundete und umfangreiche Zerstörungen kostete, die »Ordnung« wieder her.

scheiterte Staaten (als »internationales Sicherheitsrisiko«), bedenken, daß wir in der Region Süd- und Mittelamerika – vielleicht mit Ausnahme von Haiti – dieses Phänomen nicht vorfinden. Das Konzept wurde an empirischen Fällen im subsaharischen Afrika und in Zentralasien entwickelt. Die Übernahme dieses modischen Konzeptes auf die staatliche Realität in Süd- und Mittelamerikas, wie z.B. auf Kolumbien, führt eher zu Fehlschlüssen als daß damit ein Erkenntnisgewinn erzielt werden könnte.

Demokratische Transformation und die Suche nach dem guten Regieren

Ende der 1970er und im Verlaufe der 1980er Jahre wurden die Krise und letztlich das Scheitern des autoritären Staatsmodells immer offensichtlicher. Wir konnten sowohl Übergänge von autoritären Diktaturen zu politischen Demokratien durch Wahlen, als auch von blutigen Bürgerkriegen zu Gesellschaften mit kompliziert ausgehandelten Konkurrenzverhältnissen beobachten. Das Militär »flüchtete« nach sorgsamer Sicherung von Privilegien in die Kasernen. Viele süd- und mittelamerikanische Gesellschaften stehen seitdem vor der Aufgabe, ein neues Ordnungsmodell zu finden. In diesem gesamtgesellschaftlichen Kontext wird auch und besonders die Frage nach den politischen Institutionen, speziell der zukünftigen Rolle des Staates, gestellt. Dabei sind die zum Teil traumatischen Erfahrungen mit politischer Gewalt in den letzten zwanzig Jahren unmittelbar präsent. Große Teile der Bevölkerung haben – speziell in Zentralamerika – mehr die tiefe Erfahrung der Desorganisation ihres Lebens gemacht, haben Krise und Krieg als Formen kollektiver Ungerechtigkeit erfahren.

Die Frage nach dem Regieren ist heute die nach einem demokratischen Regieren, und sie ist in vielen Ländern mit zwei sozialen Herausforderungen verknüpft: Einerseits nach einer Zeit von Terror und Krieg Ordnung und Stabilität zu sichern und andererseits sichtbare Ergebnisse im Kampf gegen die Armut in diesen Gesellschaften zu erzielen. Für den Altmeister der mittelamerikanischen Sozialwissenschaften, Edelberto Torres Rivas, ist die Frage nach der Regierbarkeit der Gesellschaften in diesem Raum wesentlich mit zwei Aspekten verbunden: mit der Frage der Legitimität und die der Effektivität. Diese beiden Probleme stehen seiner Meinung nach in enger Korrelation mit den Ursachen für Instabilität und Krisen in Mittelamerika, die immer wieder die Unregierbarkeit dieser Gesellschaften provozieren (Torres Rivas 1995). Dabei geht es ihm primär nicht um den undemokratischen Charakter des sozialen und wirtschaftlichen Lebens, der als solcher benannt werden muß. Im Zentrum der Betrachtung stehen die sich formierenden politischen Systeme, in denen die fehlende Unterordnung des Militärs unter die zivile Gewalt eine

permanente Herausforderung für die politische Stabilität darstellt. Dabei finden wir selbst in dieser Subregion keine homogene Situation vor. Neben der funktionierenden liberalen Demokratie in Costa Rica, die im letzten halben Jahrhundert fest und stabil war, standen Anfang der 1990er Jahre die vom Militär »bewachten Demokratien« in Guatemala, El Salvador und Honduras und eine »schwierige Demokratie« in Nicaragua. Trotz dieser fragilen politischen und sozialen Realität ist dem Resümee von Petra Bendel bei der Analyse der Institutionalisierung der Demokratie in diesem Raum zuzustimmen, wenn sie schreibt: »Auch ›unter ungünstigen Bedingungen‹... ist die Chance auf die Herausbildung und Konsolidierung einer funktionierenden demokratischen Institutionenordnung gegeben.«¹⁶

Dem Simon Bolívar zugerechneten Wort »*América es ingobernable*«, Amerika ist nicht regierbar, steht seit Anfang der 1990er Jahre eine Debatte gegenüber, die auf das Machbare, auf Institutionenbildung und nicht zuletzt in der Konzentration auf die Kernaufgaben des Staates, vor allem den Schutz der öffentlichen Sicherheit, orientiert (Mols 1995). Konkrete Schritte in einzelnen Ländern deuten auf einen veränderten politischen Ansatz: die Dezentralisierungsprojekte in verschiedenen Ländern, Projekte für »Sicherheit und Frieden« in Kolumbien, der Ombudsmann für Menschenrechte in Guatemala oder die Einführung von Systemen zur Rechtssicherheit für Besitztitel in städtischen Randsiedlungen und auf dem Lande in Peru. Fern ideologischer Nebelbänke, aber nicht abgehoben von der sozialen, politischen und kulturellen Realität ihrer Gesellschaften, wird die Frage des *buen gobierno*, der »guten Regierung« diskutiert. Dazu gehören auch Überlegungen zur Reform der Polizei. Sie orientieren unter anderem auf eine klarere Abgrenzung zwischen Polizei und Militär, auf eindeutige rechtliche Regelungen, die von den politischen Institutionen beachtet und durchgesetzt werden, und nicht zuletzt auf eine solche Ressourcenausstattung, die sowohl ein effektives Handeln der Institution als auch das Überleben ihrer Mitglieder sichert (Waldmann 1996).

Starker Staat gesucht

Wenn heute von der Stärkung des Staates in diesem Raum gesprochen wird, so bedeutet das, ihn sowohl institutionell als auch zivilgesellschaftlich auszubauen. Dazu gehören vor allem jene Mechanismen, die

- den friedlichen Wettbewerb der Eliten um politische Macht regeln, die Möglichkeit des Wechsels gewährleisten und die Rechte der unterlegenen Gruppen sichern;

16 Bendel 1996, S. 333.

- die Möglichkeit der freien Teilnahme der Bevölkerung, des demos, in den öffentlichen Angelegenheiten gewährleisten und
- die die Verantwortlichkeit politischer Macht, einschließlich der gegenüber dem Militär, eindeutig markieren und deren öffentliche und rechtliche Kontrolle sichern.

Diese Mechanismen, die unter dem Begriff eines demokratischen und rechtsstaatlichen Gemeinwesens subsumiert werden können, stellen keine Garantie für den inneren Frieden dar. Demokratische Strukturen allein sind keine Versicherung gegen politische Gewalt. Aber sie schaffen jene politische Infrastruktur, mit der politische Gewalt eingehegt, abgebaut und letztlich domestiziert werden kann. Damit wird jener politische Raum geschaffen, in dem dann unterschiedliche Akteure (sicher vor physischem und psychischem Zwang) erst handeln können. Diese grundsätzliche Vorbedingung des Politischen bedeutet (noch) nicht die Lösung der sozialen und ethnischen Probleme. Die Präsidentschafts- und Parlamentswahlen, die in diesen Ländern Ende der 1980er und zu Beginn der 1990er Jahre stattfanden, beseitigten nicht die sozialen, kulturellen, ethnischen und sexuellen Ungerechtigkeiten in diesen Gesellschaften. Sie markieren auch nicht das Ende autoritärer Strukturen. Sie sind der (notwendige) Rahmen, in dem politische Optionen für die Lösung dieser Probleme vorgestellt und diskutiert werden. In manchen Fällen sind sie auch der Beginn gradueller politischer Veränderungen.

Dieser minimalistische Ansatz versucht, die entstehenden demokratischen Institutionen nicht zu überladen. Die Desillusionierung ist auch in diesen Ländern ein ernstzunehmendes Phänomen in den Demokratisierungsprozessen. In diesem Transitionsprozeß finden wir heute die Komponenten des alten politischen Regimes ebenso wieder wie die des neuen Systems. Demokratische Elemente entstehen und koexistieren in einem sozialen Rahmen, der noch stark durch Beziehungen autoritärer Unterordnung geprägt wird, und diese Elemente mit ihren Werten und Normen werden fortbestehen. Die chilenische Polizei wurde z.B. von den Bürgern fünf Jahre nach dem Ende der Militärdiktatur, so Michaela Pfadenhauer in ihrer Untersuchung, gleichermaßen als Vertreter der alten und als Garant der neuen Ordnung angesehen (Pfadenhauer 1995).

Unzweifelhaft hat die Erfahrung der Diktatur auch wichtige kognitive und affektive Veränderungen hervorgebracht, die Ende der 1980er und zu Beginn der 1990er Jahre zu einem »kollektiven Bewußtseinswandel« (Dieter Nohlen) in Süd- und Mittelamerika geführt haben. Das hat sowohl in den politischen Eliten als auch in der breiten Masse zu einer Verminderung starrer ideologischer Extrempositionen und zur Stärkung von Kompromißdenken und pragmatischem politischen Handeln geführt. Hier liegen wichtige Quellen für die Lebensfähigkeit demokratischer Ordnungen in Süd- und Mittelamerika.

Staat und Zivilgesellschaft

Damit ist verbunden, den vermeintlichen Gegensatz zwischen Staat und (Zivil-)Gesellschaft zu überwinden. Sofern man beide Pole ausmachen kann, muß man sie in ein spannungsreiches, aber auch produktives Verhältnis setzen. Heinz Kleger spricht sich in seiner »Theorie einer demokratischen Bürgergesellschaft« für »eine bürgergesellschaftliche Arbeitsteilung zwischen Staat und Bürgerschaft« aus. Dabei sieht er den »wichtigsten Beitrag der öffentlich-informellen Basisdemokratie darin, daß wir als Bürgerinnen und Bürger selbst denken, mitteilen und bestimmen können, was zum Gegenstand der Politik gemacht wird.«¹⁷ Zugleich weist er deutlich auf die Grenzen solcher Akteure und gesellschaftlicher Selbstorganisation hin. Alle anderen Steuerungsmittel, so Kleger ein paar Seiten weiter, haben »direkt oder indirekt mit dem Staat zu tun, ob sie nun Delegation, Subsidiarität, Korporatismus, Konzertation, Subventionierung oder Bargaining heißen. Auch und gerade ein reflexiver werdender und dadurch eigene Leistungsgrenzen wahrnehmender Staat kann nicht schwächer sein, sondern muß in bestimmter Hinsicht sogar stärker werden. Der Staat wird bürgergesellschaftlich gebraucht und verbraucht, so daß die gängige Polemik von ›Bürgergesellschaft versus Staat‹ zu kurz greift.«¹⁸

17 Kleger 1994, S. 309 f.

18 Ebd., S. 314.

4. Militär in Süd- und Mittelamerika

Etappen in der historischen Entwicklung

Mit der Formierung moderner Staatlichkeit war auch die historische Herausbildung der Streitkräfte in Süd- und Mittelamerika und damit ihre politische Rolle eng verbunden. Zugleich hatten in diesem Prozeß äußere Faktoren ein großes Gewicht (Weltwirtschaftskrise, Zweiter Weltkrieg, Kalter Krieg). Der generelle Zweifel, von einem »lateinamerikanischen Militär« zu sprechen, wird nicht nur durch die heutige Verschiedenheit genährt. Bereits bei einem Blick in die Geschichte wird die Unterschiedlichkeit, vor allem zwischen Südamerika einerseits und Zentralamerika/Karibik andererseits, sehr deutlich.

1. Periode: Formierung moderner Streitkräfte (1860 bis in die 1920er/1930er Jahre)

Mit der Etablierung und Festigung oligarchischer Republiken in Südamerika entstehen dort auch moderne Streitkräfte, die sich in ihrer Organisation, Strategie und Waffentechnik stark an Europa, insbesondere Frankreich und Preußen orientierten. Die Wehrpflicht wurde eingeführt (zwischen 1900 in Chile und 1916 in Brasilien) und Militärakademien entstanden.

Die preußische Armee wurde zum Vorbild für die chilenischen Streitkräfte, so daß Chile das Image eines »lateinamerikanischen Preußens« erhielt (Nicht nur die Armee, auch die Bildungspolitik orientierte sich stark an Preußen.) Chile wurde später selbst Exporteur dieses Modells für andere Länder der Region, wie z.B. Ecuador oder Venezuela.

Im Salpeterkrieg (1879-1884) besiegte Chile die Nachbarstaaten Peru und Bolivien. Ökonomisch gestärkt wollte man auch die Streitkräfte modernisieren. Zu diesem Zweck wurde der deutsche General Emil Körner, ein Sachse, im Jahre 1885 angeworben. Körner gründete 1886 eine Kriegsakademie und baute die chilenischen Streitkräfte nach preußischem Vorbild auf. Im Bürgerkrieg zwischen Parlament und Präsident im Jahre 1891 stand Körner auf Seiten des Parlamentsheeres. Nach dessen Sieg verstärkte sich der Einfluß von Körner, er wurde Chef des chilenischen Generalstabes. Weitere preußische Militärberater kamen nach Chile; zirka 130 Offiziere waren zwischen 1895 bis 1914 in Chile tätig. Die chilenische Armee kopierte die preußischen Uniformen und den Paradeschritt, und preußische Militärmärsche wurden die musikalischen Favoriten chilenischer Offiziere. Die wichtigste Fremdsprache an den Offiziersschulen war zu jener Zeit Deutsch. Auch die Einführung der Wehrpflicht im Jahre 1900 geht auf diesen Einfluß zurück.¹⁹

Berater aus Frankreich waren dagegen in Peru und Brasilien tätig – so spiegelten sich europäische Feindschaften in Südamerika wider. Großbritannien als die dominierende Handels- und Seemacht jener Zeit beeinflusste in allen Ländern die Marine.

In Zentralamerika und der Karibik erfolgte dagegen die Herausbildung von Streitkräften später, zu Beginn des 20. Jahrhundert, und unter klarer Vorherrschaft der USA. Dies stand voll im Zeichen der 1901 propagierten big-stick-Politik des damaligen US-Präsidenten Theodore Roosevelt. Mit dem »großen Knüppel«, d.h. mittels US-Marines, sollte »Ordnung« (und damit »Fortschritt«) in den benachbarten mittelamerikanischen und karibischen Staaten geschaffen werden. Man wollte die »südamerikanischen Republiken lehren, gute Männer zu wählen«, so der spätere US-Präsident Wilson im Jahre 1913. US-Marines intervenierten in dieser Zeit mehrfach, aber mit geringem Erfolg in diesem Raum, so auf Kuba und Haiti, in Nicaragua, Mexiko, Panama und in der Dominikanischen Republik. Die Ernüchterung über die Möglichkeiten, diese Länder dauerhaft »zu befrieden«, führte in den 1920er Jahren dazu, daß sich die USA zunehmend militärisch aus diesen Ländern zurückzogen. Zur Gewährleistung der inneren Ordnung schufen sie vorher kleine, eher polizeiähnliche Kräfte (meist unter der Bezeichnung *Guardia Nacional*, Nationalgarde). In der Folgezeit waren diese militärischen Kräfte oft eng mit dem jeweiligen politischen Machthaber, den die USA unterstützten, verbunden.

Seit 1893 verfolgten die USA mißtrauisch die innere Entwicklung in Nicaragua. Der liberale Präsident Nicaraguas, General José Zelaya, hatte die Macht übernommen und leitete eine Politik bürgerlich-nationaler Reformen ein. Dazu gehörten u.a. die Stärkung des Staates und die Nationalisierung des Grundbesitzes der katholischen Kirche. Als er Gespräche mit Deutschland und Japan bezüglich eines – seit Jahren bereits diskutierten – Kanalbaus zwischen Atlantik und Pazifik aufnahm, schlug die Unruhe in den USA in aktive Schritte um. Zelaya wurde gestürzt, es begann eine Zeit militärischer Kämpfe zwischen Liberalen und Konservativen. Zur Unterstützung des neuen Präsidenten Estrada, der vorher das Land faktisch in ein Protektorat der USA verwandelt hatte, griffen die USA 1912 mit Marineinfanterie ein. 1926 nahm der Liberale Augusto César Sandino den bewaffneten Kampf gegen die US-Marines auf; sein »Verteidigungsheer der nationalen Souveränität Nicaraguas« führte einen Guerrillakrieg gegen die US-Truppen. Die USA begannen 1927 mit dem Aufbau einer Nationalgarde. Im Februar 1933 akzeptierte Sandino einen Vertrag, der sowohl den Abzug der US-Truppen als auch die Auflösung seines Befreiungsheeres vorsah. Im gleichen Monat wurde Anastasio Somoza zum Oberbefehlshaber der Nationalgarde ernannt. Ein Jahr später wurde Sandino auf Geheiß Somozas ermordet; Somoza übernahm die politische Macht in Nicaragua und die Nationalgarde mutierte zur öffentlich finanzierten Schutzgarde des Somoza-Clans.

2. Periode: Vom Eintritt des Militärs in die Politik (1920er/1930er bis 1960er Jahre)

In den 1920er Jahren und dann besonders mit der Weltwirtschaftskrise von 1929 kam es zum massiven Eintritt des Militärs in die Politik. Das bisherige oligarchische Agrar- und Exportmodell brach zusammen und die ökonomischen und sozialen Krisenerscheinungen sowie das Drängen neuer Bevölkerungsschichten in die Politik führten zu schweren politischen Krisen. Das Jahr 1930 bedeutete eine politische Wasserscheide für Südamerika: Sechs Militärputsche und weitere in den nächsten zwei Jahren machten aus dem Militär einen politischen Akteur. Der Zweite Weltkrieg, an dem nur Brasilien mit Truppen auf Seiten der Anti-Hitler-Koalition aktiv teilnahm, bedeutete keinen Einschnitt in dieser Entwicklung.

Den traditionellen *Pronunciamentos* früherer Militärputsche, bei denen einzelne Generäle ihr Glück versucht hatten, folgten nun politisch ambitionierte Erklärungen und Programme von Militärs. Meist waren es Aktionen jüngerer Offiziere, die sowohl sozialistischen und kommunistischen als auch faschistischen Gedanken sehr nahe standen bzw. sich diesen annäherten. In Brasilien trat die Bewegung der *tenentista* 1922 mit der Copacabana-Revolte, ins politische Rampenlicht. Dem folgte 1924 der lange Marsch der *tenentistas* unter Führung des späteren Gründers der Kommunistischen Partei Brasiliens, Luis Carlos Prestes, dem »Ritter der Hoffnung«. Manchmal waren diese Interventionen des Militärs von kurzer Dauer, wie im Falle Chiles vom September 1924 bis zum März 1925, oft aber hatten sie weitreichende Folgen.

Kurz nach der Eröffnung des Kongresses in Chile im Juni 1924 verstärkte sich unter jungen Offizieren der unteren Ränge die Ablehnung des neuformulierten Gesetzes über Diäten für die Parlamentarier. Das war mit Forderungen nach sofortiger Annahme des neuen Arbeitsgesetzbuches von Präsident Alessandri durch das Parlament verbunden. In geradezu theatralischen Auftritten – man zog lautstark die Säbel auf der Besuchertribüne des Parlaments – zeigte man Anfang September 1924 seinen Unmut. Dieser Protest wurde dann von der militärischen Führung unterstützt. Am 9. September 1924 nahm das Parlament ohne große Debatte im Eilverfahren acht neue Gesetze, darunter das neue Arbeitsgesetzbuch, an. Zu den Führern der jungen Offiziere gehörte der damalige Major Marmaduke Grove. Grove war ein von deutschen Beratern ausgebildeter Offizier der sich gerade formierenden chilenischen Luftwaffe; wurde dann Verteidigungsminister der kurzen »Sozialistischen Republik« im Jahre 1932 und gehörte danach zu den Gründern der Sozialistischen Partei Chiles.

Die Institution Militär wurde nun ein politischer Faktor von erstrangiger Bedeutung. Die meist jüngeren Militärs engagierten sich sozial, man forderte Arbeitsgesetze und Sozialprogramme. Oft holte man sich dabei geistige Anleihen beim italienischen Faschismus, vor allem was die Entwicklung korporatistischer Strukturen betraf. Gemeinsam war ihnen auch die starke nationale bzw. nationalistische Ausrichtung. Vielfach zielten die Interventionen der

Militärs auf eine nationalistisch ausgerichtete Wirtschaftspolitik, die mit der Förderung der nationalen Industrie, der Entwicklung des Binnenmarktes und einem starken staatlichen Sektor verbunden war. Dafür steht auch der *Estado Novo*, der »neue Staat«, der 1937 von Getulio Vargas in Brasilien etabliert wurde und bei dessen Gründung und (wirtschaftlichen) Ausbau die Militärs aktiv beteiligt waren. Die Stärkung des Staates – besonders mittels eines starken staatlichen Sektors in der Wirtschaft – wurde zum Credo der militärischen Interventionen jener Zeit. Das Militär schuf sich eigene Unternehmen, vornehmlich im Bereich der Rüstung (z.B. wurde in Argentinien 1941 die *Dirección General de Fabricaciones Militares*, DGFM, gegründet). Das Militär verstand sich als Garant des (nationalen) Staates. Dafür nahm man (gern) die Auflösung von Parlamenten, die Verfolgung und Unterdrückung politischer Parteien und ihrer Anhänger und auch das Verbot von Streiks in Kauf. In diesem Sinne war nach Alain Rouquié der Putsch von 1964 in Brasilien ein »Coup« für den Staat.²⁰ Die Nähe zum Bonapartismus ist hier sehr deutlich.

Daß diese staatsorientierte, nationalistische Tendenz im Militär kein einheitlicher Trend war, zeigte die militärische Intervention in Argentinien im September 1930 – die erste in Argentinien seit über 60 Jahren! Dieser Militärputsch, der zu einer mehr als 10jährigen Militärdiktatur führte, war ein eindeutig konservativer. General José Uriburu versuchte damit, die politische Macht der Oligarchie wieder voll herzustellen. Mit diesem Putsch setzte in diesem Land eine dauerhafte und oftmals sehr blutige Intervention des Militärs ein, die letztlich bis Anfang der 1980er Jahre dauerte. Von 1930 bis 1983 waren von den 23 Präsidenten des Landes 15 Militärs. Kein gewählter Präsident Argentiniens konnte in dieser Zeit seine volle Amtsperiode beenden.²¹

Jedoch kam es in dieser Phase auch zu völlig gegenteiligen Entwicklungen, was noch einmal die Gefahren einer Generalisierung für die gesamte Region deutlich macht. Während in vielen Staaten die Militärs sich aktiv in die Politik einmischten, blieben in anderen Ländern, wie Peru, El Salvador oder Kolumbien, die Militärs in ihrer »traditionellen« Wächterrolle. Und in einem anderen Staat – in Costa Rica – wurde die Institution Militär gänzlich abgeschafft.

Im Jahre 1948 kam es zu Präsidentschaftswahlen in Costa Rica. Der amtierende Präsident Picado erkannte das für ihn ungünstige Ergebnis nicht an. Sein Favorit, der mit der Kommunistischen Partei verbundene Calderón Guardia, strebte eine zweite Amtsperiode an. (Die erste war von 1940 bis 1944). Dies sollte gesichert werden. Die Opposition sah in dieser Situation im Februar 1948 den einzigen Ausweg in einem militärischen Aufstand – der angesichts des aufkommenden Kalten Krieges auch das Wohlwollen der USA fand. José Figueres stand an der Spitze der Nationalen Befreiungsarmee, die relativ schnell die Regierungstruppen besiegte; im April 1948 wurde die Armee bereits entwaffnet. In der Folgezeit dominierten die Konservativen zwar dann die Legislative; der charismatische »Don

20 Rouquié/Suffern, in: Bethell 1998, S. 163.

21 Ebd., S. 160 f.

Pepe« Figueres und seine Liberacionistas, die ein eher sozialdemokratisches Projekt anstrebten, hatten jedoch die militärische Macht. Der dann geschlossene Kompromiß zwischen beiden Seiten sah die Entwaffnung der Parteikräfte der PLN von Figueres und die gleichzeitige Auflösung der Armee vor. (»Die Armee als eine permanente Institution ist abgeschafft.« Artikel 12 der Verfassung von 1949.) In der Folge entstanden die paramilitärischen Kräfte der Guardia Civil, die dem Innenministerium unterordnet sind. Deren Offizierskorps hat wenig institutionelle Autonomie und ist eng von der jeweils herrschenden Partei abhängig.

3. Periode: Neuer Professionalismus des Militärs und verstärkter Interventionismus (1960 bis Anfang der 1990er Jahre)

Diese Phase war durch eine verstärkte und dauerhaft orientierte Intervention der Militärs in die Politik geprägt. Sie erfolgte im Kontext des Kalten Krieges und bei offensichtlicher Dominanz der USA. Dabei spielte für die politischen und militärischen Eliten der einzelnen Länder des Raumes und für die USA die Kubanische Revolution von 1959 als sozialpolitische wie als militärische Herausforderung eine unmittelbare Rolle für die militärischen Interventionen. Diese Phase setzte Anfang der 1960er Jahre ein und ging bis Mitte der 1980er / Anfang der 1990er Jahre. Von 1962 bis 1966 fanden neun Putschere statt, wobei die Absetzung von Präsident Joao Goulart in Brasilien sicherlich die wichtigste und einflußreichste militärische Intervention in dieser Phase war.

Militärputsche Anfang der 1960er Jahre

März 1962	Argentinien
Juli 1962	Peru
März 1963	Guatemala
Juli 1963	Ecuador
September 1963	Dominikanische Republik
Oktober 1963	Honduras
April 1964	Brasilien
November 1964	Bolivien
Juni 1966	Argentinien

Diese neue Rolle des Militärs in der Politik der Region war eine institutionalisierte Antwort des Militärs auf innere sozio-politische Krisen im Kontext des Kalten Krieges und der konterrevolutionären Militärstrategien der USA. An die Stelle der nationalen Verteidigung trat das von den brasilianischen Militärs entwickelte Konzept der nationalen Sicherheit und der »ideologischen Grenzen« und damit primär der Kampf gegen einen inneren Feind.

Im Militär hatte sich ein stärkeres soziales und politisches Bewußtsein entwickelt; Armut und Unterentwicklung wurden als Gefahren für die nationale Sicherheit definiert und somit als integrale militärische Aufgaben formuliert. Neue Ausbildungskonzepte sensibilisierten die Militärs für soziale Themen und veränderten auch deutlich ihre professionelle Kapazität. Für diese Entwicklung innerhalb des Militärs hat Alfred Stepan, der das brasilianische Militär untersuchte, den Begriff des »neuen Professionalismus« geprägt (Stepan 1971 und 1973). Die militärische Auseinandersetzung mit nichtkonventionellen Streitkräften, d.h. der Guerrilla in ländlichen Gebieten und in den Städten, und die damit verbundene Entwicklung von anti-revolutionären Militärstrategien, führten zu einem sozialen und politischen Bewußtsein innerhalb des Militärs, das die Notwendigkeit und auch die Möglichkeit sah, gegen eine »innere Subversion« zu kämpfen. Da diese Unterdrückung auch politisches Können erforderte, erweiterte das Militär seinen Aufgabenbereich. Das Militär beteiligte sich an zivilen Aktionen, wie öffentlichen Arbeiten oder Entwicklungshilfe. Das wiederum machte den Offizieren auch die Probleme der Unterentwicklung bewußt.

Neue Ausbildungstypen in den Militärschulen, wie z.B. im *Centro de Altos Estudios Militares* (CAEM), das bereits 1950 in Peru geschaffen worden war, veränderten die inhaltlichen Schwerpunkte und auch die professionelle Kapazität des Militärs. Dieses Training, der Kontakt mit anderen Gesellschaften, und die Beziehungen zu anderen Sektoren der Elite, besonders zu Technokraten, Experten und Managern, machte die Bereiche innere Sicherheit und nationale Entwicklung zu Prioritäten der Militärs. Diese Ausweitung der Rolle des Militärs führte – beim vermeintlichen oder offensichtlichen Scheitern der zivilen politischen Kräfte – über das »moderierende Interventionsmuster« hinaus zur eigenen Machtergreifung. Man glaubte an die eigene Fähigkeit zum Herrschen und man mißtraute den (»korrupten«, »parteiischen«) Politikern. Die Militärs sahen die zivile politische Führung in erster Linie als das Instrument gut organisierter Gruppen und von Sonderinteressen an, seien es nun die der Großgrundbesitzer, des Exportsektors bzw. ausländischer Investoren, der Gewerkschaften oder von aktiven Intellektuellen. Das brachte sie zu dem Glauben, es sei ihre Pflicht, die Macht zu übernehmen, um »objektiven nationalen Interessen« zu dienen.

Das Ergebnis waren auf Dauer angelegte Militärregime, die eine Neugestaltung der politischen, ökonomischen und sozialen Verhältnisse anstrebten. Aus dem »neuen Professionalismus« der Modernisierer gingen die »bürokratisch-militärischen Regime« (O'Donnell) hervor. Zu beachten ist dabei jedoch, daß dieser »neue Professionalismus« in der politischen Praxis zu unterschiedlicher Politik führen konnte. Dafür stehen einerseits die brasilianischen Militärs, die 1964 mit einer klaren konterrevolutionären Strategie die politische Macht ergriffen, und andererseits die Militärs in Peru, die unter General Vela-

sco Alvarado 1968 die Macht übernahmen und bis 1975 einen national-reformerischen »dritten Weg« einschlugen. Ebenso jene Militärs aus Bolivien, Panama und Ecuador in den 1960er und 1970er Jahren, deren Politik in verschiedenen Versionen auf die Überwindung der Unterentwicklung und der Außenabhängigkeit zielte. Diese Unterschiede zu den brasilianischen Militärs konnte man sowohl in der Innenpolitik (im Verhältnis zu den *organizaciones populares*) als auch in den Außenbeziehungen (z.B. im Verhältnis zu den USA und zum Auslandskapital) deutlich erkennen. Dies, obwohl es sich in beiden Fällen um eine Reaktion der Militärs handelte, die von gleichen Annahmen über die Rolle der Armee in einer Gesellschaft ausging, die sich deren Meinung nach in einer Krise befand.

In der langen Geschichte der República de Perú, die 1821 formal gegründet wurde, waren zwar sehr oft Militärs Präsidenten des Landes, jedoch dienten sie meist den Interessen der einheimischen agrar- und rohstoffexportierenden Oligarchie und US-Rohstoffkonzernen. Obwohl zunehmend Offiziere aus den mittleren und unteren Schichten kamen, und es immer wieder militärische Aufstände, wie 1912, 1932 und 1948, gegeben hatte, trat das Militär bis Mitte der 1960er Jahre als Beschützer der archaischen Strukturen in Peru auf. 1962 deuteten sich erstmals Veränderungen in der Haltung des Militärs in Richtung soziale Reformen an und im Oktober 1968 übernahmen die Militärs unter General Velasco Alvarado die politische Macht. Alvarado stammte selbst aus den unteren Mittelschichten und betonte dies in der Folgezeit immer wieder. Für die Formierung der »new professionals« war die Gründung der Militärakademie CEAM im Jahre 1950 von außerordentlich großer Bedeutung. Zugleich hatte die militärische Auseinandersetzung mit der Guerrilla in den 1960er Jahren zu einer erhöhten Sensibilität führender Militärs, speziell des militärischen Geheimdienstes, gegenüber sozialen Problemen geführt. Wichtige Militärs des Reformprozesses, wie F. Maldonado oder L. R. Figuera, waren im militärischen Geheimdienst Servicio de Intelligencia Militar tätig gewesen. Nach der Machtübernahme wurden die Verfassung von 1933 außer Kraft gesetzt und die politische Macht – Exekutive und Legislative – in einer »Revolutionären Junta« konzentriert. Diese Junta bestand aus den drei Oberkommandierenden der drei Waffengattungen, wobei diese den Präsidenten wählten. Die traditionelle Dominanz des Heeres machte sich auch dabei bemerkbar – beide Präsidenten der Militärzeit, Velasco Alvarado (1968 bis 1975) und Morales Bermudez (1975 bis 1980) kamen vom Heer. Präsident Velasco Alvarado stand ein Beraterteam (COAP) aus jungen radikal-reformerischen Militärs zur Seite. Zu den Kernpunkten der neuen Politik der Militärs, die im »Plan Inca« zusammengefaßt waren, gehörten eine Agrarreform, Nationalisierungen im Bergbau und im Erdölsektor, beides bedeutete den Konflikt mit den USA, eine Alphabetisierungskampagne, Reformen im Industriesektor (Selbstverwaltung nach dem jugoslawischen Modell) sowie eine aktive Außenpolitik im Rahmen der Nichtpaktgebundenen-Bewegung sowie die Herstellung von Beziehungen zur UdSSR und den sozialistischen Ländern Mittel- und Osteuropas. 1975 wurde Velasco Alvarado, der schwer erkrankt war, von General Morales Bermudez, der 2. Person in der militärischen Hierarchie, abgelöst. Bermudez war dem im Militär dominierenden Flügel der »institutionalistas« zuzurechnen. Er vollzog eine Abkehr vom radikal-reformerischen Projekt und leitete mit dem Plan Tupac Amaru von 1977 die Rückkehr zu einem zivilen parlamentarischen Regime ein – 1979 eine neue Verfassung, Wahlen und Übergabe der Macht im Jahre 1980 (Krämer 1981).

Anfang der 1970er Jahre kam es zu einer neuen Form des militärischen Interventionismus im *Cono Sur*, im Südkegel des Kontinents, die zwar in der Tradition des »neuen Professionalismus« gesehen werden kann, jedoch sowohl in der ideologischen Orientierung als auch in der politischen (und vor allem wirtschaftlichen) Praxis deutlich anders war. Dies vor allem in zwei Ländern, die seit Jahrzehnten als »demokratische Inseln« der Region galten. Konkret übernahmen 1973 in Chile und Uruguay sowie 1976 in Argentinien die Militärs die Macht. Dabei zählt der Militärputsch unter General Augusto Pinochet in Chile gegen den gewählten Präsidenten Salvador Allende am 11. September 1973 sicherlich zu den blutigsten der Geschichte Süd- und Mittelamerikas. Während des Putsches und in den folgenden Jahren wurden mindestens 3.000 Menschen, vor allem Gewerkschafter, Aktivisten der politischen Linken und auch loyale Militärs, ermordet.

Der »Informe Valech«, der im November 2004 von Sergio Valech, dem Vorsitzenden der Nationalen Kommission über politische Haft und Folter, an Präsident Ricardo Lagos übergeben wurde, dokumentiert in erschütternden Berichten, wie über 35.000 Menschen an zirka 1.200 Orten durch den Staat, speziell die Streitkräfte als Institution, gefoltert wurden. Zu den gefolterten und später ermordeten Militärs gehörte auch der Oberst der Luftwaffe Bachelet. Dessen Tochter Michelle Bachelet, die ebenfalls gefoltert wurde, mußte ins Exil und fand Aufnahme in der DDR, konkret in Potsdam. Ende der 1990er Jahre wurde Frau Bachelet die erste Verteidigungsministerin Chiles. Heute ist sie Präsidentin von Chile – die erste Frau in dieser Funktion in der Geschichte des Landes.

Das uruguayische Militär machte hinter einer zivilen Fassade das Land, das man früher auch als »Schweiz Südamerikas« bezeichnete, zu einer Folterhöhle für den gesamten Südkegel. Und nach der Machtübernahme in Argentinien durch eine Militärjunta unter General Videla begann ein »schmutziger Krieg« gegen alle Oppositionellen. Am Ende hatten die Militärs zirka 30.000 Menschen, vor allem Jugendliche, ermordet – und dies zum Teil auf grausamste Weise.

»Sie haben mich gefragt, was damals 1980 in den Flugzeugen geschah. Nachdem das Flugzeug abgehoben hatte, spritzte der Arzt den Gefangenen eine zweite Dosis, ein sehr starkes Beruhigungsmittel. Sie schliefen sofort ein. In diesem ohnmächtigen Zustand zog man ihnen die Kleidung aus. Sobald der Kommandant der Maschine die Anweisung gab, wurde die Luke geöffnet und sie wurden nackt einer nach dem anderen hinausgeworfen. Das ist die Geschichte. Eine makabre Geschichte, real, und niemand kann sie leugnen.«

Der argentinische Korvettenkapitän Adolfo Francisco Scilingo im März 1995 gegenüber dem Journalisten Horacio Verbitsky.²²

22 Horacio Verbitsky, *El Vuelo*, Barcelona, 1995, S. 57 f., zitiert nach: Fuchs 2002, S. 55.

Der mit äußerster Brutalität geführte antikommunistische Kreuzzug gegen die »Subversion« und für die »Rettung des Abendlandes« war ein bisher nicht bekanntes Merkmal dieser Militärregime. Gewalt gegen Oppositionelle war sicherlich nichts Neues in der Region – neu war dagegen die systematische und geradezu ausgeklügelte Brutalität. Sie basierte ideologisch auf einem blinden und geradezu eifernden Antikommunismus und praktisch auf so mancher »externer Unterstützung« in Form von Beratern und Handbüchern, sei es aus Brasilien, Paraguay oder den USA.

Im Dezember 2004 berichtete die »New York Times«, daß der chilenische Diktator Augusto Pinochet im Zeitraum von 1974 bis 1997 von der Regierung der USA und sechs anderen Ländern Zuwendungen von insgesamt 12,3 Millionen Dollar erhalten hatte. Die US-Regierung zahlte Pinochet allein im Jahre 1976 einen Betrag von drei Millionen Dollar.

Ein anderes Merkmal dieser Militärregime war ihr neoliberales Wirtschaftsprogramm, das sich deutlich von den staatsorientierten Praktiken der anderen Militärregime abhob. Die Chicago-Boys von Milton Friedman wurden nach Santiago de Chile eingeladen und konnten nun ihr Modell – ohne jegliche »Störungen« durch Gewerkschaften und linke Politiker – praktizieren. Ähnliches passierte in Uruguay und in Argentinien unter dem Wirtschaftsminister Martínez de Hoz.

Der Staatssektor wurde drastisch reduziert, wobei in Chile jedoch das Militär den von Allende nationalisierten Kupferbergbau beibehielt, ebenso die staatlichen Ausgaben für Soziales und Bildung; die Zollschränken wurden zugunsten billiger Importe niedrigergerissen, was zum Niedergang der einheimischen Industrie führte, und die gewerkschaftlichen Mitbestimmungsrechte in den Betrieben außer Kraft gesetzt. In den »Kasernenstaaten« des *Cono Sur* verarmten große Teile der Bevölkerung, vor allem der Mittelschichten, drastisch; das neoliberale Wirtschaftswunder wollte sich, zumindest für die Mehrheit der Bevölkerung – nicht einstellen.

4. Periode: Rückzug aus der Politik, Verlust der Koordinaten und Suche nach einer (neuen) Mission (ab 1990)

Ende der 1970er Jahre begann von Land zu Land unterschiedlich, aber in der Richtung gleich, ein Prozeß in Süd- und Mittelamerika, der in der Literatur als »Transition« bezeichnet wird. Das Militär mußte sich Schritt für Schritt, manchmal wie im Falle Argentinien von einem Tag zum anderen, aus der Politik zurückziehen und die Macht an gewählte Politiker übergeben. Das Militär verlor die Kontrolle über den politischen Raum. Wo lagen die Gründe dafür? Bei den Faktoren für den Niedergang dieser Regime sind zu nennen:

die Unfähigkeit, die wirtschaftlichen Probleme effektiv und langfristig für die Mehrheit der Bevölkerung zu lösen, vor allem die weiter ansteigende Auslandsverschuldung zu bewältigen. Hinzu kam der anschwellende zivile Widerstand in der Bevölkerung. Politische Parteien formierten sich wieder und wurden aktiver. Das führte parallel zu einer Differenzierung innerhalb des Militärs. Nicht zuletzt gehörte zu diesen Faktoren der Druck aus den USA, die zwar im Kontext einer global propagierten Menschenrechtspolitik von US-Präsident Carter primär die UdSSR im Visier hatten, sich jedoch aus Gründen der Glaubwürdigkeit auch kritisch zu den Militärregimen in »ihrem Hinterhof« äußern mußten.

Zusätzlich gab es jeweils sehr konkrete Ursachen in jedem Land: im Falle Argentiniens der 1982 kläglich gescheiterte Versuch der Militärs, mit einem Krieg um die Malwinen/Falkland-Inseln einen »nationalen Konsens« (und die Unterstützung der USA) zu gewinnen. Beides mißlang gründlich; die Militärs zeigten ihre professionelle Inkompetenz und mußten unter dem massiven Druck der Bevölkerung zurücktreten; im April 1983 übernahm wieder ein demokratisch gewählter Präsident sein Amt.

Zwischen 1979 und 1990 fand in der gesamten Region der Übergang von Militärregierungen an gewählte zivile Politiker statt.

Übergabe der Macht durch Militärs an zivile Politiker

1979 *Ecuador*

1980 *Peru*

1982 *Honduras und Bolivien*

1983 *Argentinien*

1984 *El Salvador*

1985 *Uruguay und Brasilien*

1986 *Guatemala*

1990 *Chile*

In diese Tendenz kann auch die Ablösung des langjährigen Diktators von Paraguay, Alfredo Stroessner (1989), und der Sturz des Duvalier-Clans in Haiti (1989) gezählt werden. Ebenso übergaben die Sandinisten in Nicaragua, die 1979 in einem bewaffneten Kampf gegen Somoza die Macht errungen hatten, die Regierung nach verlorenen Wahlen an eine zivile Politikerin. Mitte der 1990er Jahre war in Süd- und Mittelamerika kein Militärregime im eigentlichen Sinne zu finden.

Das Militär war in diesen Übergangsprozessen unmittelbar präsent. Zwar war der Einfluß der Militärs in diesen Verhandlungen und Gesprächen von Land zu Land unterschiedlich, jedoch spielten sie – im Unterschied beispielsweise zu Spanien – überall eine beachtliche Rolle. In einigen Fällen gelang es

ihnen, eine starke politische Position auch verfassungsmäßig abzusichern und sich einen Teil der materiellen Privilegien zu erhalten. Das gilt besonders für Brasilien und Chile.

Der Beginn der 1990er Jahre bedeutet für die Militärs in Süd- und Mittelamerika das Ende der Gewißheiten. Sie mußten nicht nur in die Kasernen zurück, meist als gescheiterte Helden, sondern sie verloren zugleich die Koordinaten, die in den letzten fünf Jahrzehnten ihr Handeln bestimmten. Das Ende des Kalten Krieges war auch für das Militär in Süd- und Mittelamerika von fundamentaler Bedeutung. Hinzu kamen die technologischen Revolutionen mit ihren Konsequenzen für das Militär, wie sie im Golf-Krieg von 1990/91 sichtbar wurden; die neoliberale Wirtschaftspolitik von Weltbank und IWF und die damit verbundenen Privatisierungen im (traditionell umfangreichen) staatlichen Sektor; die (Re-)Aktivierung regionaler wirtschaftlicher Kooperationsprozesse (MERCOSUR, NAFTA) und der damit verbundene Wegfall »traditioneller Feinde« sowie der Aufstieg der USA zur einzigen »Supermacht« in den internationalen Beziehungen.

Diese globalen, regionalen und auch nationalen Veränderungen markieren den Beginn einer neuen Periode in der Entwicklung der Militärs dieser Region. Sie ist mit Unsicherheiten und Ängsten der Institution Militär verbunden, die zum Teil mit dem Hinweis auf neue Sicherheitsrisiken, wie Terrorismus und Drogenhandel, aufgefangen werden sollen. Zugleich sucht man neue militärische Aufgaben, neue nationale und auch internationale Missionen. Diese Suche nach einer neuen Rolle in den jeweiligen Gesellschaften ist schwierig und hält bis heute an.

Die klassische Aufgabe des Militärs, die Verteidigung des nationalen Territoriums gegenüber einem äußeren Feind, ist kaum bestimmbar. Ausnahmen waren bis Ende der 1990er Jahre der Grenzkonflikt Peru-Ecuador, der Territorialstreit zwischen Bolivien und Chile (sowie Peru) um einen Zugang Boliviens zum Pazifik, und einige Seegrenzkonflikte (siehe dazu die Tabelle 5 im Anhang) Der Malwinen-Konflikt hat zudem ihre militärischen (Un-)Fähigkeiten drastisch unter Beweis gestellt. Der selbstbewußte Anspruch der Militärs, die Gesellschaften zu modernisieren bzw. zu retten, hatte sich als unheilvolle Hybris mit blutigen Folgen erwiesen. Die 1980er Jahre, jene »verlorene wirtschaftliche Dekade« und die gewaltigen Auslandsschulden, zeigten zudem deutlich, daß die Militärs in ihrem Handeln weder kompetenter noch ehrlicher als die zivilen Politiker waren. Damit stellten die politischen Kräfte nachdrücklich die Frage, ob überhaupt Streitkräfte notwendig sind, und wenn ja – wozu?

Im Kontext der Debatten über die neuen Aufgaben des Militärs zeigt sich ein regionalübergreifender Konsens: die Einbeziehung bzw. Nutzung des Militärs für zivile Aufgaben. Die Tendenz, das Militär innenpolitisch zu nutzen, ist heute über den gesamten Kontinent verbreitet. Ob in Brasilien oder Kuba,

in Peru oder Venezuela: Militärs stehen an der Spitze von Unternehmen, sorgen sich um die Infrastruktur, Tourismus-Industrie oder um modernste Technologien.

Die entscheidende Rolle des bewaffneten Kampfes auf Kuba beim Sturz der Diktatur von Fulgencio Batistas Ende der 1950er Jahre und bei der anschließenden Sicherung der Revolution, wie bei der Abwehr der Invasion von Exilkubanern in der Schweinebucht im April 1961, haben zu einem hohen sozialen Stellenwert der Streitkräfte in der kubanischen Gesellschaft geführt. Das Prestige des kubanischen Militärs erhöhte sich durch dessen militärische Erfolge in Äthiopien und Angola in den 1980er Jahren. Ende der 1980er Jahre hatten die kubanischen Streitkräfte zirka 165.000 Mann unter Waffen. Mittlerweile wurden sie deutlich – aus wirtschaftlichen Gründen – verringert. Der Militärhaushalt wurde in den 1990er Jahren halbiert. Im Jahre 2000 hatten die Fuerzas Armadas Revolucionarias (FAR) zirka 60.000 Mann, an deren Spitze mit Raúl Castro als Verteidigungsminister seit über 40 Jahren Fidel Castros jüngerer Bruder steht.

In den 1990er Jahren setzte eine Militarisierung in der kubanischen Innenpolitik ein, die bis heute anhält. Nach dem Ochoa-Prozeß erhielt die Armee die Möglichkeit, sich als Institution zu »rehabilitieren«.²³ Zunehmend wurden Militärs in den zivilen Verwaltungen, vor allem im wirtschaftlichen Bereich, des Landes eingesetzt. Nachdem das Militär an den »internationalen Fronten« letztlich erfolgreiches Handeln nachgewiesen hatte, sollten nun die Militärs an der »inneren Front« an die Stelle der von Castro abgelösten (zivilen) Parteikader treten. Das Militär übernahm nach 1989 das in Ungnade gefallene Innenministerium. Immer wieder wurden Generäle an die Stelle von geschafften Zivilisten auf Ministersessel gesetzt. Nach den innenpolitischen Turbulenzen von 1994 setzte Fidel Castro mit Oberst Rolando Alfonso einen Militär an die Spitze der Ideologie-Abteilung der Partei. Die Militarisierung ist vor allem in der wirtschaftlich bedeutsamen Zuckerindustrie zu spüren. Im Oktober 1997 wurde der bisherige Chef des kubanischen Generalstabes, Divisionsgeneral Ulises Rosales del Toro, zum neuen Minister für die Zuckerwirtschaft ernannt. Die Ingenios azucareros, Zuckerfabriken, wurden dem Militär unterstellt und alljährlich im Herbst beginnen die Macheteros als Erntesoldaten die sechsmonatige Zafra, die Ernteschlacht im Zuckerrohr.

Zu einer Typologie des Militärs in Süd- und Mittelamerika

Auch wenn in der Geschichte Süd- und Mittelamerikas sehr häufig ein »General« an der Spitze der Regierung stand, so kann dies nicht in jedem Fall mit einem »Militärregime« gleichgesetzt werden. Wir verstehen hier unter einem Militärregime eine autoritäre Herrschaftsform, in der die Streitkräfte als Institution in verschiedenen Formen in die Ausübung von politischer Herrschaft dauerhaft eingebunden sind und dabei die Entscheidungsgewalt bzw. erheb-

23 Vgl. Krämer 2002, speziell Essay Nr. 2, »Change agents wanted!« oder von der glücklosen Suche nach Reformkräften, S. 33-52.

lichen Einfluß auf wichtige Fragen des Politischen haben. In diesem Verständnis waren das Somoza-Regime in Nicaragua und auch die Stroessner-Diktatur in Paraguay keine Militärregime, auch wenn sich beide Diktatoren gern in Uniform zeigten. Beide lassen sich eher mit dem Begriff der sultanistischen Herrschaft von Juan Linz erfassen.²⁴

Wenn wir so den Gegenstand unserer Betrachtungen eingegrenzt haben, soll im Folgenden versucht werden, aus der Vielzahl der Militärregime in diesem Raum eine Typologie herauszuarbeiten, die es uns ermöglicht, dieses Phänomen besser zu erfassen. Natürlich haben alle Militärregime bestimmte (äußere) Gemeinsamkeiten, die sich aus der Spezifik der Institution Militär ergeben. Dabei lassen wir uns von Max Webers Verständnis leiten, der die Typologie als ein »Gedankenbild« verstand, mit dem wir bestimmte Merkmale von sozialen oder politischen Erscheinungen verdeutlichen und damit die Möglichkeit des Vergleichs (und somit der Erkenntnis) erhalten.

In der Literatur sind solche Typologisierungen zum Militär in dieser Region von Zeit zu Zeit versucht worden. Die einfachsten, die man auch in den Medien findet, sind links oder rechts; konservativ oder konterrevolutionär bzw. reformistisch bzw. progressiv. Der Leipziger Historiker Manfred Kossok, der Anfang der 1970er Jahre auf die in der marxistischen Forschung durchaus noch nicht ausgelotete Bedeutung der Bonapartismus-Thesen von Marx und Engels verwies²⁵, entwickelte in jener Zeit folgende Typologie:

- Traditionelle Diktaturen, die durch starke Elemente des Caudillismus geprägt sind;

- Oligarchisch-proimperialistische Militärdiktaturen.

(Diese beiden Typen werden bei ihm auch als Prätorianer zusammengefaßt.)

- Nationalreformistische Militärregime (Militärreformismus) und

- Nationalrevolutionäre Tendenzen (»militärische Linke«), die sich als Tendenz formiert.²⁶

Der französische Wissenschaftler Alain Rouquié klassifiziert, zusammen mit Stephen Suffern, die Militärregime in folgende drei Typen:

- die prätorianischen Republiken, in denen die Militärs, zum Teil durch die Verfassung garantiert, einen festen Bestandteil der Herrschaft darstellen;

- der »*catastrophic militarism*«, der zu einem konterrevolutionären Staat führt (Chile 1973) und

- die »reformistischen und nationalistischen Militärs«.²⁷

Der Begriff der Prätorianer, jener Schutzgarde römischer Kaiser, taucht immer wieder auf, Huntington schreibt von »prätorianischer Politik«. Ebenso wird immer wieder auf die Caudillo-Tradition verwiesen.

24 Linz 2003, S 121 ff.

25 Kossok 1971, S. 133.

26 Ebd., S. 136 ff.

27 Rouquié/ Suffern, in: Bethell 1998, S. 159 f.

Beim Caudillo handelt es sich um ein Phänomen des beginnenden 19. Jahrhunderts, das herrschaftssoziologisch mit dem Konzept der charismatischen Herrschaft von Max Weber erfaßt werden kann. Nach dem Zerfall der spanischen Kolonialmacht zwischen 1810 und 1824 nahmen sich einzelne Caudillos, Führer, auf der Basis lokaler oder regionaler Autorität, sei sie ökonomisch oder politisch bedingt, gewaltsam die politische Macht und wurden somit zum im Sinne öffentlicher Ordnung »notwendigen Gendarmen«. Das Modell des Caudillismus als einer institutionell wenig verankerten, eher persönlichen Herrschaft, ähnlich den heutigen war lords in Afrika und Zentralasien, lief in der Region mit der Etablierung der Nationalstaaten aus. Jedoch wecken politischer Stil und die starken Klientelbeziehungen heutiger Politik oftmals Erinnerungen an diesen politischen Typus (Riekenberg 1995).

Weitere Begriffe, die in der Debatte über Militärregime in Süd- und Mittelamerika oft fallen, sind die des Moderators, des Modernisierers und der »new professionals« (Stepan).

Auf diesen Überlegungen aufbauend sind wir der Auffassung, daß folgende Typen des Militärs im Sinne des Weberschen Idealtypus formuliert werden können, die aktiv in und gegenüber den Gesellschaften Süd- und Mittelamerikas handeln:

- A) als Prätorianer
- B) als Moderator
- C) als Modernisierer
- D) als Retter
- E) als Reformier
- F) als Parteisoldaten.

Bei dieser Begrifflichkeit handelt es sich oft um Selbstbezeichnungen.

A) Die Rolle des Militärs als Schutzgarde (»Prätorianer«) der oligarchischen Republiken ist die typische Funktion der Streitkräfte in der Phase ihrer Formierung (Ende des 19./Anfang des 20. Jahrhundert, in Zentralamerika bis in die 1970er Jahre). Charakteristisch war die zivile Oberhoheit bei relativer Autonomie des Militärs. Die kurzzeitige, meist brutale militärische Intervention in soziale Auseinandersetzungen zur Sicherung des Status quo (z.B. gegen die Salpeterarbeiter in Chile) sowie der schnelle Rückzug in die Kasernen sind weitere Merkmale dieses Typus.

B) Das Militär als »Moderator« ist eine meist aus mehreren vorherigen militärischen Interventionen hervorgegangene Funktion des Militärs, wie wir sie in der Region sehr häufig finden; ja, sie wurde oft sogar in den Verfassungen festgeschrieben. Innerhalb des Militärs dominieren legalistische Kräfte, die prinzipiell verfassungsmäßige Formen von Regierung akzeptieren und davon überzeugt sind, daß sie keine den zivilen Akteuren vergleichbare Herrschafts-

legitimität haben. Wenn das Militär die Möglichkeiten indirekter Einflußnahme im Falle einer politischen Krise nicht mehr für ausreichend hält, kann es ein kurzfristiges Übergangsregime errichten, das die Rückgabe der Regierung an zivile Kräfte unter der Garantie seines Einflusses und auch seiner Privilegien organisiert. Die Wahrung der institutionellen Einheit ist ein wichtiges Moment, das eine politische Einflußnahme des moderierenden Militärs begrenzt.

Alfred Stepan hat wichtige Komponenten in diesem Modell formuliert.²⁸ Die Neigung zu einem solchen Modell korreliert mit dem Zusammenhalt der entsprechenden politischen Klasse: Sie ist hoch, wenn der zivile Zusammenhalt niedrig ist und umgekehrt. In der Vergangenheit funktionierte das moderierende Muster auch deswegen oft, weil diese Regime sowohl mit zivilen als auch militärischen Opponenten milde umgingen, wobei die gestürzten Amtsinhaber auch bereit waren, ihre Position ohne Widerstand zu räumen. Das Regime konnte so den Eindruck bruchloser Legitimität erwecken.

Die »moderierende« Variante hängt davon ab, ob die Militärs an verfassungsmäßige Formen von Regierung glauben, ob sie darauf vertrauen, daß die Krise effektiv gelöst werden kann, indem man die Regierung zivilen Kräften zurückgeben kann, und ob sie die Legitimität der (zivilen) politischen Führung grundsätzlich anerkennen. Unter solchen Umständen versucht das Militär nicht, ein neues Regime, sondern nur ein Übergangsregime zu schaffen. Wenn dies nicht der Fall ist, kommt es zum folgenden Typus.

C) Seit den 1960er Jahren finden wir ein Modell in Süd- und Mittelamerika, das deutlich – auch in der Gewalt gegen politische Gegner – über die Rolle als »Moderator« hinausgeht. Das damals erwartete Ende der Militärs als politisch bestimmende Kraft trat nicht ein – im Gegenteil. Das Militär wurde deutlich aktiver, einige Autoren schrieben sogar von einem »Neo-Militarismus« (Lieu-

- 28 Stepan betont folgende Komponenten in diesen »moderierenden militärisch-zivilen Beziehungen«:
1. Alle politischen Akteure versuchen, das Militär einzubeziehen, was zu einem politisierten Militär führt.
 2. Das Militär ist politisch heterogen, versucht aber die institutionelle Einheit zu wahren.
 3. Die politischen Akteure bieten dem Militär die Legitimität, als »Vermittler« im politischen Prozeß zu handeln und die Exekutive zu kontrollieren, ja sogar zu stürzen, um so den (vermeintlichen) Zusammenbruch des Systems zu vermeiden.
 4. Wenn zivile Eliten dem politisch heterogenen Militär die Zustimmung erteilen, die Exekutive zu stürzen, erleichtert dies die Bildung einer erfolgreichen Putschkoalition. (Fehlende Unterstützung durch die Zivilisten für einen legitimen Sturz der Exekutive behindert umgekehrt eine solche Formierung.)
 5. Unter den zivilen Eliten und Offizieren ist die Überzeugung stark verbreitet, daß das Militär im politischen Prozeß zwar zeitweilig herrschen darf, es jedoch illegitim handelt, wenn es das politische System über längere Zeit hinweg steuert.
 6. Diese relative Übereinstimmung von Werten ist das Ergebnis ziviler und militärischer Sozialisation und Erziehung. Die Militärdoktrin zur »Entwicklung« stimmt mit der Sicht parlamentarischer Kräfte in dieser Frage oftmals überein. Die soziale und intellektuelle Unterordnung der Militärs erleichtert die militärische Kooptierung und eine andauernde zivile Führerschaft. Vgl. Stepan, 1971, S. 64.

wen 1960); andere, wie Alfred Stepan, entwickelten das Modell des »neuen Professionalismus«. Das neue Ausmaß der militärischen Interventionen in die Politik jener Zeit war eine institutionalisierte Antwort des Militärs auf politische Krisen ihrer Gesellschaften. Sie war dann erfolgreich, wenn unter der Führungsschicht der Streitkräfte ein breiter Konsens darüber bestand, daß die militärische Intervention legitimiert sei (wie in Brasilien 1964). Die Intervention als »Modernisierer« führte in enger Verbindung mit Teilen der Elite zur Etablierung auf Dauer angelegter Militärregime, die eine fundamentale Neugestaltung der politischen, ökonomischen und sozialen Verhältnisse anstrebte. Aus dem »neuen Professionalismus« der Modernisierer gingen die bürokratisch-militärischen Regime (O'Donnell 1973) hervor. Im Einzelnen gab es starke Unterschiede in der politischen Praxis, sowohl im Bereich der Innen- wie der Außenpolitik, wie dies die Beispiele Peru und Brasilien zeigen.

D) Der Typus des Militärs als (selbsternannter) »Retter« trat in den 1970er Jahren im *Cono Sur* auf. Zwar ähnelt dieser Typus in der Schutzfunktion für den sozialen *Status quo* der des Prätorianers und im Anspruch auf eine dauerhafte politische Führung dem Konzept der Modernisierer, jedoch unterscheidet er sich von beiden durch die hochgradige Ideologisierung (obsessiver Anti-Kommunismus verbunden mit konservativen und christlichen Werten – „Rettung des Abendlandes“), einen systematischen Terror gegen Regimegegner, die Einführung eines bedingungslosen Neoliberalismus nach Vorbild der Chicagoer Schule, der mit einem bisher nie gekannten nationalen Ausverkauf und verschärfter sozialer Polarisierung verbunden war, sowie durch eine ostentative Hinwendung zu den Vereinigten Staaten (als „Teil des Westens“).

E) Seit den 1920er Jahren kann man im Militär immer wieder den Typus des nationalistisch-progressiven »Reformers« beobachten, wie z.B. mit dem Militärputsch in Guatemala 1944, oder in Panama mit General Omar Torrijos 1969. Konzeptionell weist er starke Ähnlichkeiten mit dem Modernisierer auf (Überwindung von Armut und Abhängigkeit als Voraussetzung für nationale Sicherheit). Ihre politischen Programme orientierten sich an Figuren wie Nasser und Atatürk, wobei sich deren Anti-Imperialismus in einem prononcierten Anti-Amerikanismus ausdrückte. In der Geschichte der Region finden wir die Reformer oft als vereinzelt Gruppen jüngerer Offiziere aus den mittleren und unteren Rängen, die mit sozialistischen oder kommunistischen Ideen in Berührung gekommen waren (so z.B. die *Tenentes*-Bewegung in Brasilien oder militärische Aufstände in der Dominikanischen Republik 1965). Sie standen dann in scharfer Opposition zur militärischen Spitze, die meist die Rolle des Prätorianers einnahmen.

Ende der 1960er Jahre kamen jedoch Reformer in einigen Ländern des Raumes an die Macht (1968 Peru, 1969 Bolivien und Panama, 1972 Ecuador).

Solange diese an der Spitze der militärischen Hierarchie standen, war zwar die Loyalität der Institution Militär (mehr oder weniger) gesichert, die Unterstützung jedoch weiterhin gering. Obwohl sie die Kooperation mit linken Parteien und Bewegungen suchten, war das politische Verhältnis der Reformer ihnen gegenüber eher von Paternalismus und Distanz geprägt.

F) Wir finden den Typus des »Parteisoldaten« in politischen Systemen, die aus siegreichen Revolutionen hervorgegangen waren (Mexiko ab den 1930ern bis in die 1990er Jahre, Kuba ab den 1970er und Nicaragua in den 1980er Jahren). Das entscheidende Merkmal bestand darin, daß es der dominierenden Partei gelang, das Militär als Institution fest an sich zu binden und zum Teil in die eigenen Strukturen zu integrieren. Militärische Eliten übernahmen auch führende Positionen in Partei und Regierung, und in den Gesellschaften war das Militärische stark präsent. Das Militär besaß ein relativ hohes soziales Prestige und seine gesellschaftliche Funktion wurde demonstrativ betont. Jedoch schaltete die Partei de facto die Institution Militär politisch aus: Weder entwarf das Militär in dieser Rolle eigene sozio-politische Konzepte, noch griff es als eigenständig handelnder Akteur in den politischen Prozeß ein – selbst in Krisensituationen blieb die zivile Oberhoheit gewährleistet.

Neben diesen Typen, die alle von einer aktiven (politischen) Rolle der Militärs in den jeweiligen Gesellschaften ausgehen, finden wir in der Region auch Streitkräfte, deren politischer Einfluß außerordentlich gering war (Venezuela 1950er bis 1980er Jahre, Kolumbien). Die Ursachen dafür sind verschieden und jeweils mit den konkreten nationalen Entwicklungen verbunden. Gemeinsam sind ihnen die späte Professionalisierung der Streitkräfte, die die Herausbildung einer Autonomie des Militärs verlangsamte bzw. verhinderte, und ein starkes Zwei-Parteiensystem (Kolumbien). Dies konnte sogar zur institutionellen Auflösung des Militärs und seiner Ersetzung durch polizeiliche Kräfte führen, so wie in Costa Rica 1948 geschehen.

5. Die USA und die Streitkräfte der Region

Ohne Zweifel hatten und haben die Vereinigten Staaten von Amerika einen herausragenden Einfluß auf die Entwicklung und die politische Rolle der Militärs in Süd- und Mittelamerika. Das gilt besonders für die Zeit seit dem Zweiten Weltkrieg, auch wenn die Beziehungen der USA zu Militärs immer ein wichtiger Bestandteil ihrer generellen Politik gegenüber der Region waren. Es lassen sich drei Ebenen unterscheiden:

Erstens, die Militärbeziehungen als Teil der allgemeinen diplomatischen Beziehungen. Gemeinsame militärische und sicherheitspolitische Konferenzen, Treffen hoher Militärs und gemeinsame militärische Übungen wie die jährlichen UNITAS-Manöver stellen oft »kameradschaftlich«-professionelle Beziehungen zwischen den Militärs her und dienen über den meist begrenzten militärischen Nutzen hinaus einer Pflege der politischen Beziehungen zwischen den Staaten.

Zweitens bestanden die US-lateinamerikanischen Militärbeziehungen immer auch in direkter, materieller Unterstützung der lateinamerikanischen Streitkräfte durch Ausbildungsprogramme, Waffenlieferungen und operationelle Unterstützungen.

Und *drittens* zielte die US-Politik gegenüber den lateinamerikanischen Militärs auch auf eine politische Beeinflussung ab, die an den jeweiligen politischen und strategischen Interessen der USA ausgerichtet war.

Für alle drei Ebenen gilt: Die Militärbeziehungen waren in erster Linie ein Mittel politischer Einflußnahme und dienten weniger geostrategischen Überlegungen oder gar globalen militärischen Planungen. Über die einheimischen Militäreliten wurde primär Einfluß auf die Politik der jeweiligen Regierungen vor allem im Sinne der politischen und ökonomischen Interessen in der Region ausgeübt. Erst in zweiter Linie waren militärstrategische Überlegungen von Relevanz. Das zeigte sich z.B. im Umfang und Engagement der USA bei der hemisphärischen militärischen Kooperation oder in deren militärischer Unterstützung für einzelne lateinamerikanische Staaten.

An Beziehungen zu den lateinamerikanischen Militärs als Instrument US-amerikanischer Außen- und Sicherheitspolitik sind verschiedene Institutionen beteiligt. Die wichtigste Institution ist zweifellos der Präsident (gleichzeitig Oberkommandierender der Streitkräfte) bzw. das Weiße Haus, deren weitreichende Kompetenzen im *National Security Act* von 1947 verankert und dem der Nationale Sicherheitsrat als beratendes Gremium beiseite gestellt wurde. Daneben nimmt das *Department of Defense* eine entscheidende Rolle sowohl in den Militärbeziehungen als auch in der allgemeinen Außen- und Sicherheitspolitik ein. Spätestens seit dem Zweiten Weltkrieg wies das Verteidigungsmi-

nisterium dem *State Department*, dem US-Außenministerium, eine tendenziell untergeordnete Rolle in der Außenpolitik als bloßer diplomatischer Repräsentant zu. Als weitere Institutionen, die die Militärbeziehungen von US-amerikanischer Seite aus mitbestimmen, sind, vor allem in der Zeit des Kalten Krieges, der Auslandsgeheimdienst *Central Intelligence Agency* (CIA) und, seit den 80er und vor allem den 90er Jahren, die *Drug Enforcement Agency* (DEA) zu nennen. Für die unmittelbaren militärischen Belange und Operationen ist das *U.S. Southern Command* (SOUTHCOM) der US-Streitkräfte zuständig, das formell dem Verteidigungsministerium untersteht, jedoch weitreichende, auch politische Autonomien genießt.

Zur Geschichte dieser Beziehungen

Bis zum Zweiten Weltkrieg war der Einfluß der Vereinigten Staaten auf die lateinamerikanischen Militärs von Land zu Land sehr unterschiedlich ausgeprägt. Es lassen sich insbesondere signifikante Unterschiede zwischen Zentralamerika und der Karibik einerseits und Südamerika andererseits feststellen.

In Zentralamerika und im karibischen Raum hatten direkte Militärinterventionen im Kontext der big-stick-Politik von Theodore Roosevelt in den ersten zwei Jahrzehnten des 20. Jahrhunderts zu einer klaren militärischen Vormachtstellung der USA geführt. Demgegenüber war der Einfluß der USA auf die Militärs in Südamerika im gesamten 19. Jahrhundert und in den ersten drei Jahrzehnten des 20. Jahrhunderts eher gering. Die Armeen der südamerikanischen Länder standen bis zum Zweiten Weltkrieg vor allem unter europäischem Einfluß, was auch dem Ausmaß und der Intensität der wirtschaftlichen, kulturellen und politischen Beziehungen entsprach. Das galt besonders für Deutschland und Frankreich, jedoch weniger für das ansonsten den Raum dominierende Großbritannien. Als die südamerikanischen Länder Ende des 19. Jahrhunderts und zu Beginn des 20. Jahrhunderts ihre Armeen modernisierten, wurden europäische Waffen gekauft, man lud europäische Missionen ein, die sowohl bei der Formulierung der (neuen) militärischen Doktrinen als auch bei in der Organisation und Ausbildung der Truppen großen Einfluß nahmen. Entsprechend wurden die Armeen vor allem nach dem deutschen und französischen Modell reformiert, während »sich diese rivalisierenden Mächte in Verlängerung ihrer Konkurrenz auf dem europäischen Kontinent selbst in einen rücksichtslosen Kampf um Einfluß in Lateinamerika gestürzt haben«.²⁹

29 Rouquié/ Suffern, in: Bethell 1998, S. 149. Diese und die folgenden Übersetzungen aus dem Englischen von AK.

Erst mit der Einbeziehung der lateinamerikanischen Staaten in den Zweiten Weltkrieg konnten die USA ihre gewachsene wirtschaftliche Stellung in der Region auch auf eine militärische Vormachtstellung über den gesamten amerikanischen Kontinent ausdehnen. Der Zweite Weltkrieg und die darauf folgenden Jahre führten zum Aufbau einer interamerikanischen Militärkooperation, die den gesamten amerikanischen Kontinent umfaßte. Multilaterale Institutionen, wie das 1942 gegründete *Inter-American Defense Board* (IADB) und der 1947 in Rio de Janeiro unterzeichnete *Inter-American Treaty of Reciprocal Assistance* (TIAR oder Rio-Pakt), entstanden. Jedoch waren diese Institutionen letztlich gegenüber den bilateralen Militärbeziehungen zweitrangig. Das selektive Zurückgreifen auf die multilateralen Institutionen hatte vor allem die Funktion, »eine multilaterale Fassade zu errichten«³⁰ und diente somit als Deckmantel für die eigentlichen Kanäle der US-lateinamerikanischen Beziehungen.

Der Inter-American Treaty of Reciprocal Assistance (Tratado Interamericano de Asistencia Reciproca, TIAR oder Rio-Pakt) stellt den Höhepunkt der umfangreichen multilateralen sicherheitspolitischen Zusammenarbeit der amerikanischen Staaten in der Zeit während und unmittelbar nach dem Zweiten Weltkrieg dar.

Nachdem bereits 1942 das Inter-American Defense Board als beratendes Gremium für militärische und sicherheitspolitische Kooperation gegründet wurde, sollte der 1947 in Rio de Janeiro von 21 Staaten unterzeichnete Vertrag den politischen Rahmen für die kollektive Sicherheit der westlichen Hemisphäre bilden. Die im Vertrag festgeschriebene militärische Beistandspflicht im Falle eines externen Angriffs sowie der etablierte Streitschlichtungsmechanismus im Falle von Konflikten unter den Unterzeichnerstaaten steht allerdings in einem Spannungsverhältnis zu dem Prinzip der Nichtintervention der Organisation Amerikanischer Staaten (OAS). Auch deshalb »schweigt er über die militärischen Mittel, die Vertragsziele umzusetzen.«³¹ Die USA versuchten im beginnenden Kalten Krieg diese Spannung zu lösen, indem sie eine kommunistische Subversion als kollektive Bedrohung deuteten: »Also haben die Vereinigten Staaten damit begonnen, ihre Forderungen unterzubringen: Mitglieder des Rio-Pakts und/oder der OAS könnten, als kollektive Körperschaften, legitimerweise in innere Angelegenheiten eines Mitgliedsstaates intervenieren. Dies würde die Doktrin der Nichteinmischung nicht verletzen. Eine erstklassige Rechtfertigung für eine solche Handlung wäre eine »kommunistische politische Aggression«.³²

Der Rio-Pakt wurde seit seiner Unterzeichnung insgesamt erst zwei Mal angerufen: 1962 von den USA zwecks Ausschluß Kubas und zuletzt nach den Anschlägen auf das World Trade Center am 11. September 2001 durch Brasilien. Für Handlungen im Rahmen des Rio-Pakts sind folgende Artikel entscheidend:

30 Knippers Black 1986, S. 34.

31 Child 1980, S. 97.

32 Smith 2002, S. 126.

»ARTIKEL 3

Die Hohen Vertragsschließenden Seiten stimmen darin überein, einen bewaffneten Angriff eines Staates gegen einen amerikanischen Staat als Angriff gegen alle amerikanischen Staaten zu betrachten, und infolgedessen unternimmt jede der genannten Vertragsparteien Maßnahmen, eine Reaktion auf den Angriff zu unterstützen, in Ausübung des Rechts auf individuelle oder kollektive Selbstverteidigung nach Artikel 51 der Charta der Vereinten Nationen...

ARTIKEL 6

Falls die Unverletzlichkeit oder die Integrität des Territoriums oder die Souveränität oder die politische Unabhängigkeit eines amerikanischen Staates beeinträchtigt wird durch eine Aggression, die keinen bewaffneten Angriff darstellt, oder durch einen außerkontinentalen oder interkontinentalen Konflikt, oder durch jede andere Tatsache oder Situation, die den Frieden Amerikas gefährden könnte, trifft das Organ für Konsultationen umgehend zusammen um die Maßnahmen abzustimmen, die im Falle einer Aggression zur Unterstützung ihres Opfers, oder, in jedem Fall, die zur gemeinsamen Verteidigung und für die Aufrechterhaltung des Friedens und der Sicherheit des Kontinents eingeleitet werden.

ARTIKEL 7

Im Falle eines Konflikts zwischen zwei oder mehr amerikanischen Staaten, ohne das Recht auf Selbstverteidigung nach Artikel 51 der Charta der Vereinten Nationen zu beeinträchtigen, sollten die versammelten Hohen Vertragsschließenden Seiten die kämpfenden Staaten aufrufen, die Feindseligkeiten einzustellen und den Zustand vor dem Krieg wiederherzustellen, und sie sollten zusätzlich zu allem anderen notwendige Maßnahmen ergreifen, die den interamerikanischen Frieden und die Sicherheit wiederherstellen oder aufrechterhalten und zur friedlichen Lösung des Konflikts beitragen. Die Ablehnung einer befriedenden Handlung wird in Betrachtung der Entschlossenheit des Aggressors und der Anwendung der Maßnahmen, über die das konsultative Treffen übereinstimmen sollte, erwogen.«

Der Aufbau der multilateralen Instrumente stand von Beginn an im Schatten des aufkommenden Kalten Krieges. Eine kommunistische politische Aggression wurde als für den Rio-Pakt relevante sicherheitspolitische Bedrohung und als gemeinsamer Interventionsgrund immer mitgedacht. Das Jahr 1950 markiert jedoch einen entscheidenden Wendepunkt in Richtung bilateraler militärischer Unterstützung. In diesem Jahr unterzeichnete US-Präsident Truman das Memorandum des Nationalen Sicherheitsrates »Inter-American Military Collaboration«, in dem als Leitlinie ausgegeben wurde: »der Kalte Krieg ist eigentlich ein richtiger Krieg, in dem das Überleben der Freien Welt auf dem Spiel steht«, und in dessen Folge der Kongreß 38,2 Millionen US\$ für 1951 und 51,7 Millionen US\$ für 1952 an direkter militärischer Unterstützung an lateinamerikanische Staaten verabschiedete. In einer weiteren offiziellen Stellungnahme wurden die Prioritäten der interamerikanischen Sicherheitskooperation außerdem festgesetzt als »US-amerikanische Sicherheit ist gleichbedeutend mit hemisphärischer Sicherheit«.³³ So identifizierte der ehemalige Berater

33 Beide zitiert nach Smith 2002, S. 126.

des *State Department* und Autor der *containment*-Politik George Kennan den Kommunismus als den hauptsächlichen Feind und als »das ernsteste Problem in der Region«. Als wichtigste Ziele der US-amerikanischen Lateinamerikapolitik, die auch für die Militärbeziehungen des Kalten Krieges die Linien vorgeben, benannte er die folgenden: »1. den Schutz unserer Rohstoffe, 2. die Vermeidung einer militärischen Nutzung Lateinamerikas durch den Feind und 3. die Vermeidung einer psychologischen Mobilisierung Lateinamerikas gegen uns«. ³⁴

In diesem Rahmen lösten die *bilateralen* militärischen Beziehungen die multilateralen schnell als die entscheidenden Kanäle der US-lateinamerikanischen Beziehungen ab, und die bilaterale militärische Unterstützung wurde seit den 1950er Jahren zu einem der wichtigsten militärischen Instrumente der USA. Sie erfolgte im Rahmen des in den 1950er Jahren gestarteten *Military Assistance Program*. Diese Programme umfaßten finanzielle Unterstützung, Waffenlieferungen und -verkäufe, US-Militärmissionen, Ausbildungsprogramme in Militärakademien in den USA oder in der Kanalzone Panamas, Treffen und Kontakte zwischen den US-Militärs und ihren Partnern aus den jeweiligen Ländern sowie die Unterstützung von militärischen Operationen im Rahmen sogenannter *covert actions*. Die bilateralen Militärbeziehungen zwischen den USA und Süd- und Mittelamerika hatten zwar auch eine konkrete materielle, d.h. waffentechnische Bedeutung (Waffenexporte). Sie waren jedoch vor allem Instrumente, um die militärischen Eliten politisch und ideologisch zu beeinflussen.

Eines der dunkelsten Kapitel in der US-amerikanischen Militärpolitik gegenüber Süd- und Mittelamerika stellen die sogenannten covert actions dar. Diese verdeckten militärischen, paramilitärischen bzw. geheimdienstlichen Operationen haben unter anderem in Guatemala 1954 und Chile 1973 blutige Staatsstriche und repressive Militärregime eingeleitet, jahrzehntelang das Castro-Regime auf Kuba angegriffen und sabotiert, sowie die langjährigen Bürgerkriege in Nicaragua und El Salvador in den 1980er Jahren begonnen bzw. angeheizt.

Die meisten covert actions in Süd- und Mittelamerika fallen in die 1960er bzw. in die 1980er Jahre und konzentrieren sich zu einem großen Teil auf Zentralamerika und den karibischen Raum. Ihr primäres Ziel war es, die Ausbreitung vermeintlicher kommunistischer Subversion zu verhindern, Regierungen zu sabotieren oder gar zu stürzen, wenn sie im Verdacht standen, diese »Subversion« zu befördern, sowie den USA gegenüber loyale und ideologisch nahestehende Kräfte zu unterstützen. Darüber hinaus waren immer auch ökonomische Gründe ausschlaggebend, vor allem die Angst vor Enteignungen, wie sie die United Fruit Company in Guatemala unter Arbenz trafen und wie sie in Kuba, Chile und Nicaragua befürchtet wurden, bevor man verdeckte Operationen einleitete. ³⁵

Covert actions wurden vom Weißen Haus und vom Nationalen Sicherheitsrat beschlossen und koordiniert und von der CIA und den Special Forces der US-Streitkräfte in Kooperation mit lokalen Be-

34 Ebd.

35 Vgl. Prados 1986, S. 98, 174, 316.

wegungen bzw. Paramilitärs durchgeführt. Doch trotz seiner absoluten Autorität über die *covert actions* erreichte auch der Präsident keine vollständige Kontrolle.³⁶

Insgesamt können die meisten *covert actions* in Süd- und Mittelamerika als Mißerfolge betrachtet werden. Die Operationen, die nach US-amerikanischen Interessen als Erfolge bezeichnet wurden wie Guatemala und Chile, waren diese höchstens kurzfristig, entfernten sie die Länder doch weit von demokratischen Regierungsformen, anstatt sie zu schützen oder zu befördern. Darüber hinaus gab es entscheidende konzeptionelle Schwächen: Durch *covert actions* wurden meist lokale Minderheiten bzw. die herrschenden Oligarchien unterstützt, deren Interessen denen der Bevölkerung oft diametral entgegenstanden. Darüber hinaus neigte die CIA dazu, militärische Expertisen der politischen Glaubwürdigkeit ihrer Partner vorzuziehen. Und schließlich verselbständigten sich oftmals sowohl die lokalen »Verbündeten« als auch die US-Agenten und verließen den Rahmen der autorisierten Handlungen. Das von USA immer wieder vorgetragene Anliegen, Demokratie in der Region zu verbreiten, wurde durch die *covert actions* systematisch unterlaufen.

Letzteres war eng mit der Entwicklung von Sicherheitsdoktrinen in den lateinamerikanischen Armeen verbunden. Einen besonders nachhaltigen Einfluss hatten die Doktrinen der »*counterinsurgency*« und der »*civic action*«, die Bestandteile des strategischen Konzeptes »*Internal Defense and Development*« (IDAD) waren. Dieses war im Rahmen der Kennedy-Initiative *Alliance of Progress* entwickelt worden. Die Doktrinen entstanden im Kontext der bipolaren Auseinandersetzungen des Kalten Krieges und waren eine konkrete Reaktion auf die seit der kubanischen Revolution von 1959 wahrgenommene Bedrohung für den amerikanischen Kontinent. Vor allem sah man die Gefahr, es könnte sich auf dem gesamten Kontinent eine von Kuba unterstützte (kommunistische) Guerrilla bilden. Um die US-Hegemonie gegen die vermeintliche Ausbreitung kubanisch-sowjetischen Einflusses, der hinter jeder sozialen Unruhe der Zeit gesehen wurde, zu unterbinden, wurde den lateinamerikanischen Militärs durch diese Konzepte eine primär innere Funktion zugewiesen. Die Doktrin der *counterinsurgency* setzte an die Stelle des äußeren Feindes den (kontinental gemeinsamen) inneren Feind: die kommunistische Subversion. Diese Strategie orientierte auf die Guerrilla-Bekämpfung und wies den lateinamerikanischen Militärs eine Polizeirole zu. Ergänzt wurde der militärische, eher polizeiliche Ansatz durch ökonomische und soziale Elemente. Damit sollten extreme Armut und innere soziale Spannungen, die als günstiges Terrain für Guerrilla-Aktivitäten gedeutet wurden, abgebaut werden.

Im Rahmen der *civic action* sollten die Militärs als vermeintlich »stabilste und modernste Institution« in den lateinamerikanischen Ländern entwicklungspolitische »*nation-building*«-Aufgaben übernehmen. Damit versuchte man zugleich, Regierung und Armee gegenüber der Bevölkerung zu legitimieren. Die Umsetzung dieser primär nach innen gerichteten, anti-subversi-

36 Vgl. Ebd., S. 473.

ven Doktrinen war mit neuen Ausbildungsprogrammen, vor allem in der berüchtigten *School of the Americas*, verbunden. Wirtschafts- und sozialwissenschaftliche Themen wurden in die Ausbildung lateinamerikanischer Offiziere aufgenommen. Damit sollte eine »qualifizierte politische Gegenelite« zur bisherigen politischen Klasse mit einem stark technokratischen Element entwickelt werden.³⁷ Verbunden war dies zugleich mit dem Ausbau der – nach innen gerichteten – repressiven Kapazitäten des Militärs. Daß die damit zusammenhängende Professionalisierung und der Machtgewinn der Militärs die zivilen demokratischen Institutionen politisch unterminierte und damit bestehende Demokratien gefährdete, nahmen die Vereinigten Staaten bewußt in Kauf. Erst ab Mitte der 1970er Jahre – im Kontext der von US-Präsident Carter definierten Lateinamerikapolitik – wurde auch die zivile Kontrolle der Militärs als Ziel formuliert.

Das berühmteste und berüchtigste Ausbildungszentrum der U.S. Army für Militärs der Region, das »Symbol US-amerikanischer Zusammenarbeit mit machtmißbrauchenden und undemokratischen Militärs«³⁸, die School of the Americas, wurde 1946 in Panama gegründet. 1984 nach Fort Benning, Georgia, verlegt, wurden bis zum Jahr 2000 über 61.000 Offiziere aus 21 Ländern Süd- und Mittelamerikas und der spanischsprachigen Karibik in counterinsurgency, counterintelligence und seit Ende der 80er Jahre auch in counternarcotics ausgebildet. Ihren Ruf als »Schule der Mörder« und »Schule der Diktatoren« erhielt sie nicht zuletzt durch die 10 Absolventen, die sich seit 1968 zu Staatsoberhäuptern aufschwingen konnten, wie die Mitglieder der argentinischen Militärjunta Leopoldo Galtieri und Roberto Viola, sowie die Diktatoren Juan Melgar Castro (Honduras), Lucas García (Guatemala), Hugo Banzer (Bolivien) und Manuel Noriega (Panama). Auch weitere Kriegsverbrecher und Verbrecher gegen die Menschlichkeit stammen aus den Reihen der SOA, darunter 48 der 69 Offiziere, die 1993 von der UN-Wahrheitskommission wegen grausamen Kriegsverbrechen im salvadorianischen Bürgerkrieg³⁹, sowie mehr als 100 der 246 kolumbianischen Offiziere, die im gleichen Jahr vor dem Internationalen Gerichtshof für Menschenrechte wegen Kriegsverbrechen verurteilt wurden.⁴⁰

Die Ausrede des Pentagon, für faule Äpfel unter den Absolventen trage es keine Verantwortung, vielmehr seien sie trotz, nicht wegen der Ausbildung in der SOA zu Kriegsverbrechern geworden, ist spätestens seit 1996 hinfällig. In diesem Jahr wurden die Handbücher der SOA deklassifiziert, die offiziell von 1984 bis 1991, nach unabhängigen Nachforschungen seit 1965 oder gar seit 1954 verwendet wurden.⁴¹ Diese Handbücher schließen Instruktionen für Geiselnahmen, Erpressung, Verhörtaktiken einschließlich Folter sowie Mordanschläge ein.

Die SOA steht für eine militärische Ausbildungspolitik der USA, die eines der wichtigsten Instrumente für die Durchsetzung US-amerikanischer Interessen in der Region über die Stärkung der militärischen Beziehungen darstellt. Auch nach dem Ende des Kalten Krieges basierte die US-La-

37 Vgl. Lindenbergh 1971, S. 74 f.

38 Vgl. Brophy / Zirnite 1997.

39 Vgl. Ebd.

40 Vgl. Nelson-Pallmeyer 2001, S. 54.

41 Vgl. Brophy / Zirnite 1997.

teinamerikapolitik auf dem Glauben, »die Militärs in der Region waren unsere engsten und abhängigen Verbündeten«.⁴²

2001 wurde die SOA geschlossen, nachdem das US-Repräsentantenhaus eine weitere Finanzierung von zuletzt offiziell ca. 3,8 Millionen US\$ jährlich aus den Mitteln für Foreign Operations abgelehnt hat. Noch im selben Jahr wurde sie allerdings am selben Ort als Western Hemisphere Institute for Security Cooperation wiedereröffnet.

Möglichkeiten und Grenzen US-amerikanischer Einflußnahme

Angesichts der dominierenden Stellung in der Region nach 1945 und der gezielten Nutzung bzw. Einbindung von lateinamerikanischen Militärs in die Politik der USA ist in der lateinamerikanischen Öffentlichkeit, auch und besonders in der Linken, der Eindruck einer Allmacht der USA, vor allem gegenüber dem einheimischen Militär, entstanden. Das führt dazu, daß hinter jedem militärischen Putsch die USA vermutet oder gar gesehen werden. Sicherlich kann man in fast jedem Golpe auch US-amerikanische Akteure, vor allem die Geheimdienste, finden; ebenso lassen sich bestimmte US-amerikanische Interessen bestimmen. Jedoch zeigt die konkrete politische Realität des 20. Jahrhunderts auch: Die lateinamerikanischen Militärs »sind weder Marionetten US-amerikanischen Einflusses noch sind die US-lateinamerikanischen Militärbeziehungen politisch neutral«.⁴³ Und trotz der politischen Einflußnahme seitens der Vereinigten Staaten haben sie sehr oft recht selbständig gehandelt, wenn sie politisch aktiv wurden. Die Durchsetzung der US-amerikanischen Interessen in und durch die Militärbeziehungen war stets von verschiedenen Faktoren abhängig und letztlich auch sehr unterschiedlich, was Erfolg bzw. Mißerfolg angeht.

Erstens gab es stets eine gewisse *institutionelle Autonomie der Streitkräfte*. Organisatorische Strukturen des Militärs, hier vor allem die Hierarchien und der Korpsgeist, die waffentechnischen und wirtschaftlichen Ressourcen, die Spannungen zwischen den Militärs und anderen Kräften unter Waffen (Polizei, Paramilitärs, Geheimdienste) führen dazu, daß sich das Militär gegenüber den zivilen Institutionen bzw. Kräften abgrenzt und geschlossen auftritt oder aufzutreten kann. Diese institutionelle Autonomie schlug sich auch in der Anpassung bzw. Modifizierung US-amerikanischer Doktrinen an die jeweils nationale Situation nieder. Die antikommunistisch orientierte Doktrin der inneren Sicherheit wurde sehr unterschiedlich ausgelegt. In Peru interpretierten reformorientierte Militärs soziale Armut, Unterentwicklung und Abhängigkeit als

42 Vgl. Ebd.

43 Fitch in: Schoultz et al. 1994, S. 78.

Hauptursachen einer gefährlichen politischen Instabilität und entwickelten daraus ihre nationalistische Politik. Im *Cono Sur* dagegen vermischte sich die Wahrnehmung von Unterentwicklung mit der Wahrnehmung einer vermeintlichen kommunistischen Subversion (Brasilien). Hinzu kamen, wie im Falle Argentiniens, konservative Vorstellungen von christlicher Sitte und Ordnung, die dann sogar Züge einer totalitären Ideologie (und auch Praxis) bekamen.⁴⁴ Institutionelle Interessen der lateinamerikanischen Militärs, gepaart mit Nationalismus, führten auch dazu, daß die USA oft nicht in der Lage waren, ihre strategischen Interessen gegenüber den Militärs, wenn sie an der Macht waren, durchzusetzen. Beispiele hierfür sind die nur sehr geringe Unterstützung des Korea- oder des Vietnam-Krieges durch lateinamerikanische Militärs, die Konflikte mit den USA über die Verbreitung brasilianischer Waffen, das Ausbrechen des Falkland/Malvinas-Konflikts, in dem die USA Großbritannien logistisch gegen Argentinien unterstützten, oder das Scheitern der USA, Militärhilfe als Druckmittel gegen Menschenrechtsverletzungen einzusetzen.

Zweitens beeinflusste die *Entwicklung der internationalen Beziehungen* und deren Wahrnehmung sowohl den Umfang und die Intensität der US-lateinamerikanischen Militärbeziehungen, als auch den Grad der Einflußnahme seitens der USA auf die Militärs.

John Child zeigt in seiner Analyse des »Interamerikanischen Militärsystems«, daß dieses zwar von den geopolitischen und strategischen, insbesondere aber den politischen Interessen der Vereinigten Staaten dominiert wurde. Trotz der kontinuierlichen US-Dominanz kann jedoch nur während des Zweiten Weltkriegs und in den unmittelbar folgenden Jahren sowie in den 1960er Jahren von einer umfassenden Militärkooperation innerhalb des Interamerikanischen Militärsystems gesprochen werden. Der Erfolg dieser Kooperation hing hauptsächlich von der Fähigkeit der Vereinigten Staaten ab, einen Konsens in einer gemeinsamen Wahrnehmung der Sicherheitsbedrohungen herzustellen, die wiederum wesentlich von der internationalen politischen Lage abhing.

Im Zweiten Weltkrieg gelang es angesichts der Bedrohung durch das nationalsozialistische Deutschland ein multilaterales Institutionengefüge in diesem Raum zu schaffen, das die kollektive, hemisphärische Sicherheit garantieren sollte. In den 1950er Jahren, dem beginnenden Kalten Krieg, wurde dieses von den USA noch selektiv angerufen⁴⁵, trat aber insgesamt hinter die bilaterale

44 Armony beschreibt z.B. die Nationale Sicherheitsdoktrin des argentinischen Militärregimes der 70er Jahre als Mischung aus US-amerikanischen Antiguerrilla-Taktiken mit deutschem geopolitischen Denken, französischen konterrevolutionären Doktrinen und katholisch-konservativen Vorstellungen eines »organischen Ordnungsstaats«. Vgl. Armony 1997, S. 9.

45 Der Versuch, die Zustimmung der OAS für eine direkte Intervention 1954 in Guatemala zu gewinnen, scheiterte jedoch. Zwar wurde nahezu einstimmig eine Resolution verabschiedet. Diese sah jedoch Konsultationen statt direkter Intervention vor, so daß die Eisenhower-Administration zur Strategie der covert action überging. Vgl. Smith 2002, S. 137.

Militärkooperation zurück. In den 1960er Jahren erlebte die multilaterale Militärkooperation eine zweite Hochphase, als man die antikommunistischen Strategien der USA des Kalten Krieges regional auf die Eindämmung der vermeintlichen sowjetischen Einflußnahme in der Region in Folge der kubanischen Revolution und – dann bereits deutlich gemindert – der nicaraguansichen Revolution anwandte. Zur Unterstützung dieser im wesentlichen im Sinne US-amerikanischer Interessen durchgeführten Operationen wurden auch gemeinsame Sicherheitsinteressen erarbeitet, und zum Teil dienten die interamerikanischen Instrumente als multilaterale Fassade.⁴⁶ Bei der Kooperation mit den USA gegen die vermeintliche subversive Bedrohung spielten vor allem die brasilianischen, zeitweise auch die argentinischen Militärs eine wichtige Rolle. Analog zu den internationalen Tendenzen der Entspannung im Kalten Krieg dominiert, abgesehen von Zentralamerika in den 1980er Jahren, seit den 1970er Jahren aber eine unterschiedliche Wahrnehmung der Sicherheitsbedrohungen, die sich in einer erneuten Fragmentierung und somit Schwächung der interamerikanischen Militärbeziehungen niederschlägt.⁴⁷

Drittens, das Wechselverhältnis zwischen den Entwicklungen des politischen Kräfteverhältnisses in den einzelnen Ländern und den Interessen und der damit verbundenen Einflußmöglichkeiten der USA, d.h. *das Verhältnis von inneren und äußeren Faktoren*.

Hier gibt es einen deutlichen Unterschied zwischen Zentralamerika und der Karibik einerseits und den südamerikanischen Staaten andererseits. In Zentralamerika und der Karibik waren die Interessen der USA seit Ende des 19. Jahrhunderts stark ausgeprägt und die (militärische) Einflußnahme sehr direkt und unmittelbar. Alle direkten militärischen US-Interventionen fanden in diesem Gebiet statt, die militärischen und politischen Strukturen wurden von den USA entworfen, aufgebaut und durch umfangreiche Militärhilfe über Jahrzehnte stark beeinflußt (insbesondere in Nicaragua, der Dominikanischen Republik und Panama). Die USA selbst brachten »ihre« Militärs in politische Vormachtstellungen. So kommt Etchison zu dem Schluß, »die Vereinigten Staaten unterstützten den Militarismus in Zentralamerika, indem sie mit den Militärs in der Region kooperierten. Sie halfen den zentralamerikanischen Streitkräften durch ihre substantielle militärische Unterstützung, die dazu beitrug, deren autoritäre politischen Positionen durchzusetzen.«⁴⁸

46 Beispielhaft verdeutlicht wird Instrumentalisierung der multilateralen Institutionen wie der OAS durch die USA anhand der Invasion der Dominikanischen Republik durch US-amerikanische Marines, die erst einen Tag nach der Landung von der OAS in einer Sondersitzung abgesegnet wurde. Vgl. Smith 2002, S. 172.

47 »Die gegenwärtige Periode zeichnet sich durch ihre außerordentliche Breite konkurrierender und zum Teil widersprüchlicher Wahrnehmungen von Gefährdungen aus, die zu einer zunehmenden Fragmentierung des Interamerikanischen Militärsystems führen.« Child 1980, S. 234.

48 Etchison 1975, S. 114.

Seit dem Abzug der US-Streitkräfte aus Panama 1999 und der Konzentration der US-Interessen auf Kolumbien im Rahmen des Plan Colombia im selben Jahr wurde die »theater architecture«, wie das SOUTHCOM sein Netz aus Militärbasen und -stützpunkten nennt, umstrukturiert und dezentralisiert. Insgesamt hat es eine starke Zunahme der US-Militärbasen und der sogenannten »military access agreements« insbesondere im karibischen und im Andenraum gegeben. Die Stützpunkte sollen die strategischen Interessen der USA in der Region sichern, vor allem den Zugang zu strategischen Ressourcen (insbesondere Öl und Biodiversität⁴⁹) sowie die Unterstützung des Krieges gegen die Drogen auf Angebotsseite. Die Funktion der Stützpunkte geht aber noch darüber hinaus. 1999 hat das State Department offiziell erklärt »die neuen Anti-Drogen-Stützpunkte in Ecuador, Aruba und Curaçao werden strategische Punkte für bald folgende Schritte gegen die [kolumbianische] Guerrilla«. ⁵⁰ Vor der ecuadorianischen Küste wurde außerdem ein Fischerboot von den US-Streitkräften abgefangen, das im Verdacht stand, illegale Einwanderer zu transportieren.

Die Erklärung des State Department bezieht sich auf die Ende der 1990er Jahre installierten Militärbasen in Manta (Ecuador), Aruba und Curaçao, die zusammen mit den von den USA genutzten, offiziell aber nationalen Militärbasen in Iquitos (Peru), Chapare (Bolivien), insgesamt vier Stützpunkten in Kolumbien sowie den US-Basen in Comalapa (El Salvador) und Soto Cano (Honduras) einen strategischen Gürtel um den Andenraum im Allgemeinen und Kolumbien im Besonderen ziehen. Weitere Basen im zweiten, für US-amerikanische Interessen zentralen karibischen Raum sind das in Costa Rica geplante Ausbildungszentrum »International Law Enforcement Academy«, die Militärbasen in Puerto Rico, die 2003 nach einer gewaltfreien Massenmobilisierung gegen die US-Militärpräsenz zum Teil geräumt wurden⁵¹, sowie kleinere Stützpunkte auf Antigua, Andros Island (Bahamas) und Ascension Island. Seit Juli 2005 operiert zudem mit 400 US-amerikanischen Soldaten das erste von insgesamt 13 geplanten Kontingenten im paraguayischen Chaco nahe der bolivianischen Grenze – offiziell, um die lokalen Militärs im Kampf gegen Drogen und Terrorismus zu unterstützen.

Die Präsenz der US-amerikanischen Militärs in Süd- und Mittelamerika und der Karibik übersteigt die zivile um ein Vielfaches. Dies zeigt, daß die militärischen Mittel in der US-Lateinamerikapolitik keineswegs an Bedeutung verloren haben: »Die Präsenz von mehr als 10.000 US-amerikanischen Militärangehörigen in militärischen Missionen vermittelt den Eindruck, daß die Vereinigten Staaten den Zwang gegenüber der Diplomatie vorziehen, um die Probleme der Region beizulegen, einschließlich möglicher Konflikte mit den Vereinigten Staaten«. ⁵²

Sicherlich ist für den zentralamerikanischen Raum die „Marionetten-These“ berechtigt, wobei unter anderem das Beispiel Panama unter Torrijos zeigt, daß in konkreten politischen Situationen auch solche vermeintlichen Marionetten ein erhebliches Maß an Autonomie (gegenüber den USA) besitzen. ⁵³

49 Vgl. die Abbildung auf S. 73

50 Zitiert nach Lindsay-Poland 2004.

51 Eine gewisse US-amerikanische Militärpräsenz blieb auf Puerto Rico erhalten; die Basen erfüllen auch eine politische Funktion. Die 1,8 Millionen Dokumente, die das FBI über Unabhängigkeitsbewegungen und andere politische Aktivitäten gesammelt hat, verdeutlichen das politische Interesse der USA an Puerto Rico, für die auch die Militärbasen eine signifikante Rolle spielen. Vgl. Lindsay-Poland 2004.

52 Ebd.

Demgegenüber war in den südamerikanischen Staaten die direkte US-Militärpräsenz wesentlich geringer. Entsprechend war und ist der Einfluß der USA auf das Militär deutlich schwächer und die Autonomie der jeweiligen lateinamerikanischen Militärs stärker ausgeprägt. Das unterschiedliche, ja z.T. konträre politische Handeln von südamerikanischen Militärs, z.B. in Brasilien und Peru, zeigt, daß mit dem Faktor USA solche Entwicklungen nur bedingt erklärt werden können. Es sind die konkreten sozialen und politischen Verhältnisse im Land, die auch das Verhältnis der Militärs zu den USA entscheidend bestimmen: das Gegeneinander bzw. das Zusammenspiel der politischen Akteure, die auch das Militär instrumentalisieren; die Stärke bzw. Schwäche ziviler Institutionen; die sozialen Spannungen und Unruhen; vorhandene bewaffnete Aufstände bzw. Guerrilla-Bewegungen bis hin zu Konflikten innerhalb des Militärs – all dies ist von Bedeutung. Der äußere Faktor USA kann zwar in einer konkreten Situation kurzfristig entscheidend sein, über längere zeitliche Phasen tritt er jedoch gegenüber den inneren Faktoren zurück.

Viertens ist die *Politik der USA*, d.h. sind ihre außenpolitischen Zielsetzungen, ihr konkretes Interesse an der Region und ihr praktisch-politisches Handeln, ein wichtiger Faktor sowohl für den Umfang der Beziehungen zu den Militärs als auch für die Möglichkeiten der Einflußnahme.

In den Zeiten des Kalten Krieges in den 1960er und 1970er Jahren waren die USA an einem »ruhigen Hinterhof« im globalen Schlagabtausch interessiert. Entsprechend war die materielle und politische Unterstützung für Militärs groß – egal welches Verständnis sie von Demokratie und Menschenrechten hatten. Die mit der Entspannungspolitik verbundenen Veränderungen in der Ost-West-Auseinandersetzung, die Betonung von Menschenrechten und demokratischen Freiheiten, was primär gegen den Realsozialismus in der UdSSR gerichtet war, wirkten sich ab Mitte der 1970er Jahre auch auf die Lateinamerika-Politik der USA aus. Um auf globaler Ebene im Kampf gegen den Kommunismus Glaubwürdigkeit zu zeigen, mußten nun auch die antikommunistischen Regime in Chile, Argentinien und Brasilien öffentlich kritisiert werden. Das führte zu Konflikten zwischen den lateinamerikanischen Militär-Regimen und den USA ab Ende der 1970er Jahre. In diesen Konflikten zeigten sich die Grenzen der Einflußnahme der Vereinigten Staaten gegenüber den Militärs der Region, besonders im *Cono Sur*. Zwar bewirkte diese Politik, vor allem die Androhung, militärische Unterstützung zu kürzen, eine Abmilde-

53 Nicht nur Torrijos, auch Diktatoren, die berechtigterweise in dem Ruf von Marionetten standen, zeigten gewisse Unabhängigkeit gegenüber den USA. So waren weder Batista in Kuba noch Somoza in Nicaragua in den Endphasen ihrer Herrschaft bereit, den Übergangsplänen der USA zuzustimmen, die die Machtübernahme der revolutionären Kräfte verhindern sollten. Batista warf sogar den US-Botschafter nach einem solchen Gespräch aus dem Büro (Batista flüchtete dann auch nicht in die USA, sondern in die Dominikanische Republik).

rung repressiver Praktiken der Militärregime sowie eine gewisse Schwächung der Militärregime. Jedoch kann die US-amerikanische Politik in den südamerikanischen Ländern sicherlich *nur als ein* Faktor gesehen werden, der zum schrittweisen Rückzug der Militärs Ende der 1980er Jahre führte. Die neuen politischen Schwerpunkte der Ost-West-Konfrontation in den 1980er Jahren – im Nahen und Mittleren Osten (Iran, Afghanistan) und im Süden Afrikas (Angola) – führten bei den USA dazu, die Region, speziell den *Cono Sur*, in den militärischen Programmen deutlich zurückzusetzen. Das hatte eine quantitative Abnahme der US-Militärhilfe seit Mitte der 1970er Jahre zur Folge. Ausnahme war hier Zentralamerika: Dort wurden nach dem Erfolg der sandinistischen Revolution in Nicaragua und angesichts aktiver Guerrilla-Bewegungen in El Salvador und Guatemala in den 1980er Jahren Mittel auf den neuen »internationalen Kampfplatz« Zentralamerika konzentriert (selbst durch die von Oliver North organisierten illegalen Waffenverkäufe in den Iran, dem »Iran-Contra-Gate«).

Die US-lateinamerikanischen Militärbeziehungen waren zwar von der Dominanz der Vereinigten Staaten geprägt. Jedoch konnten die USA ihre Interessen innerhalb der lateinamerikanischen Armeen nur regional begrenzt (Zentralamerika) und auf den gesamten Raum verallgemeinert immer weniger durchsetzen. Fitch spricht in diesem Zusammenhang von einem generellen Niedergang US-amerikanischen Einflusses in Süd- und Mittelamerika seit den 1960er Jahren: »Veränderungen in den politischen Zielen der Vereinigten Staaten und die sinkenden Dollar-Ressourcen, die kooperatives Verhalten mit ökonomischen und beruflichen Belohnungen entlohnen könnten, haben die Verhandlungsposition der US-Streitkräfte in Lateinamerika geschwächt.«⁵⁴

Die USA waren dort erfolgreich, wo sie erheblich mit den (politischen) Zielen der jeweiligen Militärs übereinstimmten. Weder eine umfangreiche materielle Unterstützung, noch die Indoktrinierung lateinamerikanischer Militärs konnte ihre Loyalität zu US-amerikanischen Zielen garantieren. »Es ist in gewisser Weise naiv anzunehmen, dieses Projekt wäre ein voller Erfolg gewesen und die lateinamerikanischen Militärs als Opfer einer engen Sozialisierung, zugunsten des US-Imperiums hätten allesamt ihre nationalen Werte verleugnet.«⁵⁵ Zum Beispiel kooperierten die brasilianischen Militärs, traditionell ein enger militärischer Partner der Vereinigten Staaten, nur soweit mit den USA, solange es von diesen materiell und politisch unterstützt und Brasilien vom damaligen US-Außenminister Kissinger sogar zur »regionalen Führungsmacht« in Süd- und Mittelamerika geadelt wurde. Die US-amerikanische Einflußnahme glich in diesem Falle aber eher einem »*preaching to the converted*«⁵⁶ – einer Predigt zum bereits Konvertierten. Als die brasilianischen Militärs we-

54 Fitch in: Schoultz et al. 1994, S. 87.

55 Rouquié/ Suffern, in: Bethell 1998, S. 215 f.

56 Davis 1996, S. 219.

gen ihrer Atompolitik, ihrer Waffenverkäufe und der Menschenrechtsverletzungen ihres Regimes kritisiert wurden, schwand der US-Einfluß in den 1980er Jahren recht deutlich.

Die Militärbeziehungen nach dem Ende des Kalten Krieges

Mit dem Ende des Kalten Krieges veränderten sich auch die Grundkoordinaten der Zusammenarbeit zwischen den USA und den Militärs der Region. Der gemeinsame Gegner auf der globalen Ebene, der Realsozialismus (speziell die UdSSR) – ein Grundpfeiler der militärischen Zusammenarbeit seit Ende der 1940er Jahre – verschwand. Die alten hemisphärischen Sicherheitskonzepte, die vor allem von einem gemeinsamen Sicherheitsinteresse in der Ost-West-Auseinandersetzung ausgingen und letztlich auch die bilateralen Militärbeziehungen bzw. unilateralen Militärinterventionen der USA in der Region legitimieren sollten, brachen zusammen.

Zugleich führten die inneren Entwicklungen in südamerikanischen Ländern, d.h. das offensichtliche Scheitern der Militärs und deren Rückzug aus der Politik, sowie die Lösung der zentralamerikanischen Konflikte zunächst auch zu einer Verringerung des Militärischen in den US-lateinamerikanischen Beziehungen.

Die USA setzten seit Mitte der 1980er Jahre, dann verstärkt mit der Präsidentschaft von George Bush Sr. (1989-1993), neue Themen auf die Agenda der interamerikanischen Beziehungen: Drogenproduktion und deren Transport in die USA, Umwelt (Amazonas), die Weiterverbreitung von Waffen, vor allem von Atomwaffen (Argentinien, Brasilien), illegale Migration (Zentralamerika, Mexiko) sowie die Integration der lateinamerikanischen Staaten in bilaterale und multilaterale Freihandelsabkommen.

Die neuen Themen brachten ebenso einen Strategiewechsel in der US-amerikanischen Lateinamerikapolitik mit sich. Die Komplexität, die grenzüberschreitende Ausdehnung sowie die Übereinstimmung mit der Politik vieler lateinamerikanischer Staaten in diesen Bereichen legten eine Abkehr von der *coercive control* (Kontrolle durch Zwang) der 1980er Jahre und eine neue Strategie der *cooperation through partnership* (Kooperation durch Partnerschaft) nahe.⁵⁷

Die neue außenpolitische Agenda der Vereinigten Staaten wirkte sich auch auf die Militärbeziehungen aus. Neben den Zielen, die Verbreitung von Waffen und das Niveau der militärischen Rüstung auf dem lateinamerikanischen Subkontinent insgesamt zu verringern sowie die zivile Kontrolle über die Militärs zu stärken, führten auch die gemeinsamen Interessen der amerikanischen Regierungen an einer kommerziellen und finanziellen Integration ihrer Länder

57 Vgl. Augusto Varas in: Hartlyn et al. 1992.

zu erheblichen Spannungen zu den lateinamerikanischen, vor allem zu den brasilianischen Militärs. Im Gegensatz zum Kooperationswillen der US- und der lateinamerikanischen Regierungen konservierten und verstärkten die militärischen Eliten ihre traditionell nationale Politikausrichtung: »Mit dem Ende des Kalten Krieges haben der traditionelle Schwerpunkt militärischen Denkens auf Lateinamerika und die zunehmende Betonung national ausgerichteter Strategien die Bedeutung ›nationaler Interessen‹ und ›nationaler Zielsetzungen‹ als Ausgangspunkt für die Außen- und Verteidigungspolitik gestärkt.«⁵⁸

Diese Konzentration auf nationale Politiken und die Bedeutung nationaler Selbstbehauptung für die Militärs kollidierte zunehmend mit dem Ansatz der *cooperation through partnership* und führte zu wachsenden Spannungen unter der kollegialen Oberfläche der US-lateinamerikanischen Militärbeziehungen.

Im Juli 1995 kamen in Williamsburg, Virginia, zivile und militärische Repräsentanten aus 34 Staaten der westlichen Hemisphäre zusammen. Die Erste Konferenz der Verteidigungsminister der Amerikas stand im Zeichen einer Zusammenarbeit USA-Lateinamerika, der cooperation through partnership, die in der Summit of the Americas im Dezember 1994 in Miami ihren vorläufigen Höhepunkt gefunden hatte. In Williamsburg sollte diese Kooperation, unter Ausschluß von Kuba, auf die interamerikanischen Militärbeziehungen übertragen und ein »Rahmen für hemisphärische Sicherheitseinrichtungen«⁵⁹ geschaffen werden, der gemeinsame Ziele für die Sicherheitskräfte der Region und die hemisphärische Verteidigung formulieren sollte. Am Ende wurde folgender Konsens, bestehend aus den sechs Williamsburg-Prinzipien, beschlossen:

- »Das Versprechen des Santiago-Abkommens einzuhalten, daß die Wahrung der Demokratie die Basis für das Aufrechterhalten unserer gegenseitigen Sicherheit darstellt.
- Anzuerkennen, daß die Streit- und Sicherheitskräfte eine kritische Rolle in der Unterstützung und Verteidigung der legitimen Interessen souveräner demokratischer Staaten spielen.
- Die Verpflichtungen unserer Staaten in Miami und Managua zu bestätigen, daß unsere Streitkräfte einer demokratisch kontrollierten Autorität untergeordnet sein, innerhalb der nationalen Verfassung agieren und die Menschenrechte durch Training und Übung respektieren sollten.
- Die Transparenz in Verteidigungsangelegenheiten durch Informationsaustausch, durch Berichte über Verteidigungsausgaben und durch einen ausgeweiteten zivil-militärischen Dialog zu erhöhen.
- Unserer Hemisphäre das Ziel zu setzen, alle ausstehenden Konflikte durch Verhandlungen und weitreichende vertrauensbildende Maßnahmen zu lösen, in einem Zeitrahmen, der mit dem Fortgang der ökonomischen Integration übereinstimmt, und anzuerkennen, daß die Entwicklung unsere ökonomische Sicherheit grundsätzlich unsere militärische Sicherheit beeinflusst und umgekehrt.
- Durch freiwillige Teilnahme an UN-autorisierten Friedensmissionen eine größere Verteidigungskooperation zu erreichen, und durch unsere Zusammenarbeit den Kampf gegen den Narco-Terrorismus zu unterstützen.«⁶⁰

58 Fitch in: Schoultz et al. 1994, S. 96.

59 Vgl. U.S. Department of State 2004.

60 Ebd.

Seit den 1990er Jahren verfolgte die US-Politik gegenüber den lateinamerikanischen Militärs folgende zwei generelle Zielsetzungen:

- die Einbindung der Militärs in die Konsolidierung der zivilen demokratischen Institutionen⁶¹ und
- die militärische Kooperation zur Bekämpfung der neu definierten Sicherheitsbedrohungen, vor allem des Drogenanbaus und -handels.

Diese Ziele wurden 1995 in den sechs »Williamsburg Prinzipien« festgeschrieben, die auf der ersten »Konferenz der Verteidigungsminister der Amerikas« im Juli 1995 verabschiedet wurden. Diese Prinzipien sehen im Ergebnis folgende Rolle bzw. Aufgaben für die Militärs Lateinamerikas vor:

a) Unter den zivilen Regimen sollte den Militärs die Rolle der Verteidigung demokratischer Verfassungen zukommen, ohne die Vorherrschaft der zivilen Entscheidungsträger in Frage zu stellen oder gar direkt in die Politik einzugreifen. Dabei versuchen die USA, die Militärs über die gleichen Instrumente in den demokratischen Transitionsprozeß einzubeziehen, die sie auch in den Zeiten des Kalten Krieges nutzten und die bereits in dessen Endphase an Wirkung verloren:

- die Bindung militärischer und ökonomischer Hilfe an die Respektierung demokratischer Institutionen und ziviler Politik;
- Trainingsprogramme für lateinamerikanische Militärs sowie verstärkte persönliche und offizielle Kontakte mit ihnen.

Die Ergebnisse dieser Politik waren bisher bescheiden: Angesichts des allgemeinen Rückgangs der Militärhilfe sowie der expandierenden Rüstungsindustrie einiger südamerikanischer Länder blieb der Druck seitens der USA – wenn der ausgeübt wurde – zunehmend wirkungslos. Zudem blieb eine gewisse ideologische Autonomie der Militärs. Das Verhältnis einer überwiegenen Zahl der lateinamerikanischen Militärs zur »demokratischen Doktrin« der Vereinigten Staaten blieb eher taktisch. So war der Einfluß der Vereinigten Staaten über die Militärbeziehungen im Sinne einer Stärkung demokratischer Institutionen trotz des überaus günstigen internationalen Kontextes begrenzt. Die Einstellungen der Militärs zu den zivilen Regierungen und die Bereitschaft, ihre Autonomie, ihre Privilegien und ihr »Recht« auf Intervention aufzugeben, hing von der jeweiligen nationalen politischen Situation und den in diesem Rahmen ausgehandelten »Rückzugsbedingungen«, von den historischen Erfahrungen mit Militärregimen und von der institutionellen Stärke der Militärs selbst ab.⁶²

b) Die zweite Aufgabe, die im Zuge der Williamsburg Prinzipien für die Militärs in Süd- und Mittelamerika formuliert wurde, ist die Bekämpfung der neu bestimmten Sicherheitsbedrohungen, insbesondere des Drogenanbaus und Drogenhandels.

61 Vgl. Varas in: Schoultz et al. 1994, S. 13 oder ders. in: Hartlyn et al. 1992, S. 49 ff.

62 Vgl. Fitch in: Schoultz et al. 1994, S. 99.

Mit dieser Aufgabenstellung war eine Militarisierung der Drogenbekämpfung verknüpft. Diese begann mit der »Andenstrategie« von 1989 und fand zehn Jahre später im *Plan Colombia* ihren bisherigen Höhepunkt. Der *Plan Colombia* wurde 1999 von der kolumbianischen Regierung mit den Zielen der ökonomischen Wiederbelebung, der Förderung sozialer Entwicklung, der Bekämpfung des Anbaus illegaler Drogen und der Unterstützung beginnender Friedensverhandlungen mit den Guerrilla-Bewegungen lanciert. In den Verhandlungen um eine Unterstützung der Vereinigten Staaten modifizierten letztere den Plan und legten den Schwerpunkt auf die aktive, auch militärische Bekämpfung des Drogenhandels, die vorher kaum eine Rolle spielte. »Die von US-Offiziellen geschriebene Endfassung des Plan Colombia hätte verschiedener nicht sein können. Sie ist überschrieben als Plan für Frieden, Wohlstand und Stärkung des Staates. Drogenhandel und Stärkung des Militärs sind seine wesentlichen Schwerpunkte. Die Betonung des Friedens wurde transformiert in ein Bestehen auf Ausbau des Staates und der Streitkräfte.«⁶³

Diese neue Schwerpunktsetzung wird insbesondere anhand der finanziellen Unterstützung der Vereinigten Staaten deutlich. Die USA unterstützten diesen Plan in den Jahren 2000 und 2001 mit insgesamt 1,3 Mrd. US\$. Davon waren 78 Prozent (ca. 1,1 Mrd. US\$) als direkte und indirekte militärische Hilfe für die lokalen Streit- und Polizeikräfte deklariert.⁶⁴ Das Engagement der Vereinigten Staaten innerhalb des Plan Colombia umfaßte unter anderem: die Gründung und Ausbildung zweier militärischer Anti-Drogen-Bataillone, die Lieferung von 42 Huey- und 18 Black Hawk Hubschraubern, die Aufrüstung der Militärstützpunkte in Manta (Ecuador), Aruba und Curaçao, Aufklärungsmissionen zur Unterstützung der kolumbianischen Einheiten sowie finanzielle Hilfen an die kolumbianische, ecuadorianische, peruanische sowie die bolivianische Regierung.⁶⁵

Im Jahr 2002 startete die Regierung George W. Bush als Fortsetzung des *Plan Colombia* eine auf die gesamte Andenregion erweiterte Anti-Drogen-Initiative, die *Andean Regional Counter Drug Initiative*, die mit 782 Mio. US\$ im Jahr 2002 und 731 Mio. US\$ im Jahr 2003 unterstützt wurde. Auch der Großteil dieser finanziellen Unterstützung, ca. 51 Prozent, geht als Militärhilfe an die lokalen Armeen und Polizeieinheiten.⁶⁶ Dieser Schwerpunkt der US-Sicherheitspolitik in Süd- und Mittelamerika auf die Andenregion und insbesondere Kolumbien wurde in der *National Security Strategy* der Vereinigten Staaten vom September 2002 erneut deutlich formuliert. Dort werden im Abschnitt über Süd- und Mittelamerika der illegale Drogenhandel als wichtigstes

63 Livingstone, *Inside Colombia*, S. 149.

64 Vgl. Livingstone 2003, S. 153.

65 Vgl. Crandall 2002, S. 148 ff.

66 Vgl. Livingstone 2003, S. 154.

Sicherheitsproblem Kolumbiens bzw. die Andenländer als einzige Konfliktregionen explizit genannt: »Teile Lateinamerikas stehen regionalen Konflikten gegenüber, die vor allem auf die Gewalt der Drogenkartelle und deren Komplizen zurückzuführen sind. Diese Konflikte sowie der ungehinderte Drogenverkehr könnten die Integrität und die Sicherheit der Vereinigten Staaten gefährden. Deshalb haben wir eine aktive Strategie entwickelt, den Andenländern bei der Anpassung ihrer Wirtschaft, der Stärkung ihrer Gesetze, der Bekämpfung terroristischer Organisationen und bei der Unterbrechung der Drogenversorgung zu helfen.«⁶⁷

Jedoch kann der Kampf gegen den Drogenhandel als umfassendes »Feindbild« keine die gesamte Hemisphäre übergreifende US-lateinamerikanische Militärkooperation garantieren. Zum einen ist dieses Problem geographisch begrenzt auf die Andenregion sowie in geringerem Maße auf die Verkehrswege in Zentralamerika, Mexiko und der Karibik. Zum anderen vermeiden die lateinamerikanischen Militärs eine direkte Einbeziehung in den »Drogenkrieg« vor allem aufgrund drohender öffentlichkeitswirksamer Korruptionskandale und den damit für die Institution Militär entstehenden Gefahren. Die Anti-Drogenoffensive der Vereinigten Staaten stellt zwar eine neue Quelle für direkte und indirekte militärische Unterstützung bereit, »aber ihre begrenzte geographische Ausdehnung und ihre tendenziösen Zielsetzungen machen es unwahrscheinlich, daß die Unterstützung des Drogenkrieges eine bedeutende Quelle für den Einfluß der US-Streitkräfte auf ihre lateinamerikanischen Gegenüber werden könnte.«⁶⁸ Aufgrund dieser Einschränkungen wird der Kampf gegen den Handel mit illegalen Drogen den Antikommunismus als eine konzeptionelle Grundlage der US-amerikanischen Einflußnahme auf die lateinamerikanischen Staaten nicht ersetzen können.

Das U.S. Southern Command (SOUTHCOM) ist als militärische Kommandozentrale für 32 Staaten zwischen der Südgrenze Mexikos und Feuerland sowie für 14 US-amerikanische und europäische Territorien in Süd- und Mittelamerika und der Karibik zuständig. 1941 als Caribbean Command gegründet und 1963 in SOUTHCOM umbenannt, bestand seine ursprüngliche primäre Mission im Schutz des Panamakanals. Mit der Rückgabe des Kanals an Panama 1999 und der Verlegung des Militärs auf mehrere Stützpunkte in den USA, Süd- und Mittelamerika und der Karibik bezog das SOUTHCOM seine neue Zentrale in Miami.

Das SOUTHCOM verfügt über ein jährliches Budget von über 100 Millionen US\$, von denen ca. drei Viertel für counternarcotics aufgewendet werden, und beschäftigt insgesamt ca. 3.000 Personen militärisches Personal auf seinen fünf Stützpunkten in den USA und Puerto Rico, in vier Joint Task Forces in Süd- und Mittelamerika sowie in 26 Security Assistance Organizations in den US-Botschaften der Region.

67 U.S. National Security Council 2004.

68 Vgl. Fitch in: Hartlyn et al. 1992, S. 205.

Die Aufgaben des SOUTHCOM bestehen heute hauptsächlich in der Pflege der US-lateinamerikanischen Militärbeziehungen durch gemeinsame Militärübungen und personelle Austauschprogramme, sowie in der Unterstützung lateinamerikanischer Militärs in counternarcotics, counterinsurgency und counterterrorism, vor allem durch militärisches Training, Trainingsmissionen, und die Koordination bzw. direkte Durchführung militärischer Operationen in der Region. Das SOUTHCOM nimmt dabei, gleich den zentralen Kommandos der US-Streitkräfte in anderen Regionen, nicht nur militärische, sondern auch – über die Beeinflussung lateinamerikanischer Militärs und zum Teil Regierungen – politische Funktionen wahr. Darüber hinaus wird das SOUTHCOM als politischer Akteur durch die Verlagerung der US-Interessen in andere Weltregionen begünstigt. Daß in SOUTHCOM mehr Personal mit Süd- und Mittelamerika beschäftigt ist, als in den jeweiligen Abteilungen des Department of Defense, des State Department und des Treasury Department zusammen, gibt einen Eindruck des politischen Einflusses, den das SOUTHCOM ausübt.

Mit den Anschlägen auf das World Trade Center in New York vom 11. September 2001 kam in den US-lateinamerikanischen Militärbeziehungen ein neues Moment zum Tragen, das zwar schon vorhanden war, aber nun bei der Bestimmung der (gemeinsamen) Sicherheitsinteressen stärker hervortrat: der internationale Terrorismus.

Einerseits bedeutete der 11. September 2001 eine weitere deutliche Verringerung des US-amerikanischen Interesses an Süd- und Mittelamerika. Priorität in der globalen Strategie der USA erhielten der Nahe und Mittlere Osten sowie Zentralasien. Das hat sich in den letzten zwei Jahren mit dem Irak-Krieg noch verstärkt. Andererseits führte dies zu der, allerdings eher symbolischen, Aktivierung des Rio-Paktes gemäß Art. 3 durch Brasilien (der Anschlag wurde als gemeinsame Bedrohung der amerikanischen Sicherheit interpretiert). Der 11.9. bedeutete für den Rio-Pakt, der politisch bereits einen lautlosen Tod starb, eine Wiederbelebung – eine kurzzeitige, wie sich zeigen sollte. Auch die OAS nahm in diesem Sinne noch am selben Tag in einer Erklärung Stellung zum Anschlag. Doch bereits zwei Jahre später zeigte die Sonderkonferenz der OAS zum Thema hemisphärische Sicherheit, die am 27. und 28. Oktober 2003 in Mexiko stattfand, die geringe Bedeutung eines multilateralen interamerikanischen Verteidigungssystems. Die sehr allgemein gehaltene »Erklärung zur Sicherheit in den Amerikas« verdeutlichte zum einen den geringen sicherheitspolitischen Konsens zwischen den USA und Süd- und Mittelamerika, aber auch der lateinamerikanischen Staaten untereinander. Zum anderen offenbarte die Konferenz erneut das relative Desinteresse der USA an lateinamerikanischen Sicherheitsfragen, nicht zuletzt, indem sie zum Treffen der OAS-Verteidigungsminister nur den Unterstaatssekretär Marc Grossman schickten (Gratius 2003).

Eine bedeutende Rolle in den Militärbeziehungen und in der militärischen Verfolgung von Sicherheitsinteressen in der Region – nun unter dem Slogan des »Kampfes gegen den Terror« – spielt das SOUTHCOM. Seine Kompeten-

zen und Spielräume haben sich seit den Anschlägen vom 11.9. erheblich erweitert: »Während sich das Pentagon und das State Department darüber streiten, wer im Aufbau der Demokratie im Nachkriegs-Irak die Führung übernimmt, sind in der näheren Umgebung der Vereinigten Staaten die US-Streitkräfte bereits zur inoffiziellen, aber bisher unangefochtenen Kraft hinter der US-Außenpolitik aufgestiegen. Das U.S. Southern Command (SOUTH-COM) – mit einem Haushalt von weit über 100 Millionen US\$ und mehr Personal für den lateinamerikanischen Raum als die Ministerien für Äußeres, Handel, Finanzen und Landwirtschaft zusammen – hat das Vakuum gefüllt, das durch den abgelenkten Kongreß und die anders beschäftigte Regierung entstanden ist, und setzt seine Agenda für Süd- und Mittelamerika gegenüber den US-amerikanischen und den regionalen Entscheidungsträgern durch. Das SOUTHCOM benutzt eine verzerrte Terrorismus-Debatte, um die lateinamerikanischen Militärs darin zu bestärken, eine gewichtigere Rolle in den internationalen Angelegenheiten ihrer Länder einzunehmen.«.⁶⁹

Die US-Strategie konzentriert sich regional weiter auf die Andenregion, speziell Kolumbien. In diesem Kontext wurde konzeptionell und praktisch die bereits vorher sehr poröse Trennlinie zwischen politischem Konflikt, illegalem Drogenhandel und Terrorismus endgültig aufgegeben und fand in der Wortschöpfung des »Narco-Terrorismus« ihren symbolischen Höhepunkt.⁷⁰

Durch die allgemeine Abnahme der politischen Bedeutung Süd- und Mittelamerikas für die USA, und die damit einhergehende Verlagerung vieler Kompetenzen von den klassischen außen- und sicherheitspolitischen Akteuren zum SOUTHCOM, haben die militärstrategischen Interessen der USA in Süd- und Mittelamerika sowie die militärischen Mittel zu ihrer Durchsetzung gegenüber den politischen an Gewicht gewonnen. Diese erstrecken sich nicht nur auf die Bekämpfung von Drogenschmuggel oder illegaler Immigration in die USA, sondern auch auf die Sicherung wichtiger Ressourcen wie Wasser, Biodiversität oder auch Öl, sowie auf die Wahrung und die militärische Absicherung ökonomischer Interessen insbesondere gegen militante soziale Bewegungen, wie sie im Rahmen der Verträge über eine Zentralamerikanische Freihandelszone (*Central American Free Trade Area, CAFTA*) und eine Gesamtamerikanische Freihandelszone (*Free Trade Area of the Americas, FTAA*) oder auch des Entwicklungsplans für Südmexiko und Zentralamerika *Plan Puebla Panamá* verfolgt werden.

Im Sinne dieser strategischen Interessen wird die US-Politik heute gegenüber regionalen Konflikten und den wahrgenommenen Sicherheitsbedrohun-

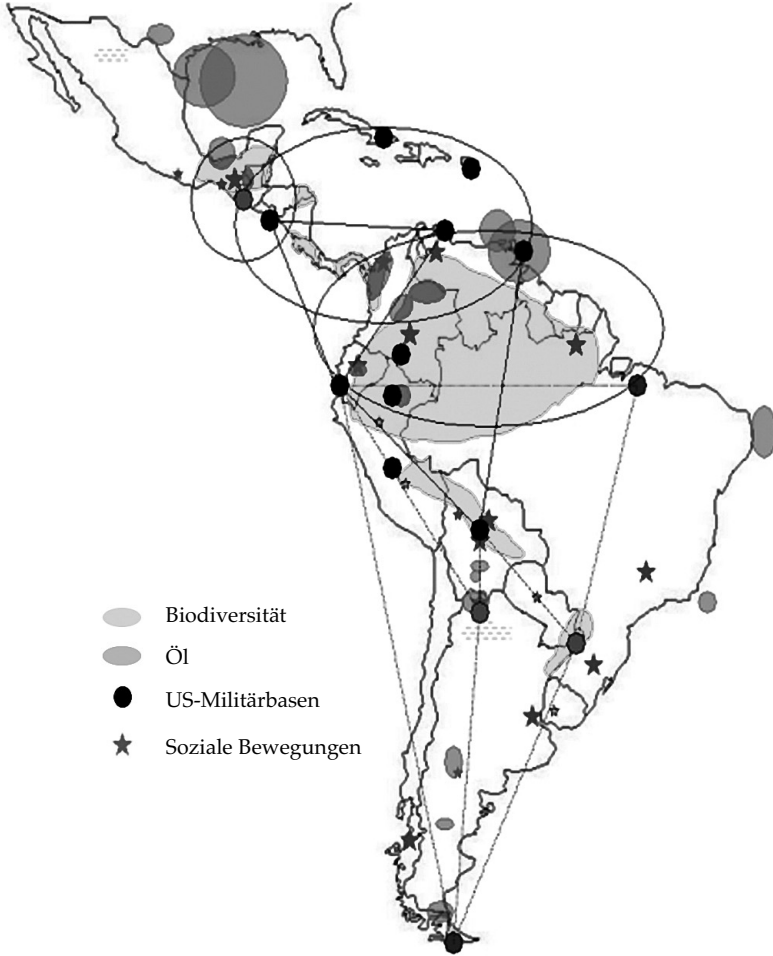
⁶⁹ Youngers 2003.

⁷⁰ In der Vereinfachung der Konflikte unter den Begriff des Terrorismus (an der Stelle des Kommunismus), in der Beschwörung einer Gefahr des Übergreifens der Gewalt auf andere Regionen sowie in der vorwiegend militärischen Bekämpfung gleicht der heutige US-amerikanische Ansatz der Drogen- und Terrorbekämpfung in der Andenregion der Strategie von US-Präsident Reagan in den 80er Jahren, die vor allem in Zentralamerika verfolgt wurde.

gen in Süd- und Mittelamerika durch das Konzept des low-intensity conflict (Krieg niederer Intensität) geprägt. Dieser strategische Ansatz, der u.a. in einem Handbuch der US-Armee »*Joint Doctrine for Military Operations Other than War*« formuliert wurde, erweitert bisherige Konzepte der inneren Verteidigung über die Bekämpfung organisierter Guerrilla-Bewegungen hinaus auf Konflikte, die unterhalb der offenen, militärischen Konfrontation bleiben, wie soziale Unruhen, Drogenhandel und Terrorismus. Deren Ursprünge werden u. a. in den latenten (und z.T. offenen) ethnischen und kulturellen Spannungen sowie in ökonomischen Anreizen zum Anbau illegaler Drogen gesehen. Diesem Bedrohungsszenario entspricht ein ausgeweitetes Sicherheitskonzept, das »die Gesamtheit der ökonomischen, politischen, informationellen und militärischen Hilfe [umfaßt], die einem Land gewährt wird, um es im Kampf gegen Subversion und Aufstände zu unterstützen.«⁷¹ Dieses Sicherheitskonzept, jüngst erneut bekräftigt durch die Sonderkonferenz der OAS in Mexiko, orientiert im Ergebnis vor allem auf eine indirekte Unterstützung der lateinamerikanischen Militärs und schließt eine Vielzahl von weiteren Akteuren ein. Dazu gehören sowohl die US-Armee, die DEA, die Küstenwache und die *U.S. Customs and Border Protection* (CBP) als auch private Sicherheitsfirmen. Mit diesem Ansatz sollen Konflikte auf einem Niveau »niedriger Intensität« gehalten und bekämpft, und somit ein direktes Eingreifen oder eine langfristige massive Stationierung von US-Truppen – und die damit zusammenhängenden politischen Probleme sowohl in den lateinamerikanischen Ländern als auch in den Vereinigten Staaten selbst – vermieden werden. Den Konflikten, die zwischen Staaten und/oder Gruppen unterhalb der konventionellen Kriegsführung bestritten werden, und die von politischer Subversion bis zum Einsatz militärischer Gewalt reichen können, soll auch mit einem breiten Spektrum politischer, kultureller und ökonomischer Instrumente begegnet werden. Im Mittelpunkt stehen jedoch militärische, genauer polizeiliche Mittel. Die Militarisierung der US-Mittel für Süd- und Mittelamerika, die seit der Proklamation des Kampfes gegen den Terror verstärkt wurde, ist auch an den Militärhilfen ablesbar. Diese wurden seit 2001 von 396,65 Millionen US\$ auf 862,16 Millionen US\$ im Jahre 2004 mehr als verdoppelt und erreichten nun das Niveau der US-amerikanischen Entwicklungshilfe für Süd- und Mittelamerika (863,25 Millionen US\$ gegenüber 600,42 Millionen US\$ 2001, Gratius 2003). Dieser umfassende sicherheitspolitische und militärstrategische Ansatz kommt den lateinamerikanischen Militärs bei ihrer Suche nach neuen Aufgaben sehr entgegen. Dabei zeigen sich ihre nationalen, auf interne Bedrohungen ausgerichteten Sicherheitsdoktrinen mit dem US-amerikanischen Konzept äußerst kompatibel.

71 Joint Staff. US Armed Forces, *Joint Doctrine for Military Operations Other Than War*, zitiert nach Sierra 2003.

Militarisierung des Zugangs zu natürlichen Ressourcen



Forschung und Design: Ana Esther Ceceña

Gegenwärtig sind beide konzeptionellen Schwerpunkte, die in den USA hinsichtlich der Rolle des lateinamerikanischen Militärs entwickelt wurden, innenpolitisch orientiert. Sowohl das Konzept des *low-intensity-conflict* in der Bekämpfung des Drogenanbaus und -handels und des »Terrorismus« als auch die Doktrin der Demokratisierung sind primär nach innen gerichtet und bergen die Gefahr der »Repolitisierung« des lateinamerikanischen Militärs. Die »neuen Aufgaben« führen in der Praxis dazu, daß das Militär (wieder) stärker polizeiliche Aufgaben wahrnimmt und (wieder) stärker in den politischen Prozeß eingreift, was letztlich – wie das Peru unter Fujimori in den 1990er Jahren zeigte – eine Destabilisierung der zivilen Institutionen zur Folge hat. So wird die erste Aufgabe, die für die lateinamerikanischen Streitkräfte im Rahmen der Williamsburg-Prinzipien formuliert wurde – die Unterordnung der Militärs unter die zivilen Institutionen und ihre Einbindung in die Konsolidierung der Demokratie – untergraben und die Gefahr einer neuen (autoritären) Einmischung des Militärs in die Politik erhöht.

6. Die aktuelle Debatte über das Militär in der Linken

Die Debatte über das Militär wird in der lateinamerikanischen Linken höchst einseitig geführt. In linken Parteien, sozialen Bewegungen, Nichtregierungsorganisationen oder Guerrilla-Bewegungen in Süd- und Mittelamerika dominieren starke Ressentiments gegenüber den Militärs. Diese werden assoziiert mit antidemokratischen Staatsstreich, der Verteidigung oligarchischer, US-amerikanischer und/oder der Interessen transnationaler Konzerne, mit blutiger Gewalt gegenüber der Zivilbevölkerung sowie mit der Durchsetzung und Verteidigung konservativer bzw. neoliberaler Politik. Insbesondere vor dem Hintergrund dieser historisch bedingten Ablehnung der Militärs muß die Debatte in den *movimientos populares* gesehen werden. Die herausragenden Themen sind erstens, die Aufarbeitung der Militärdiktaturen und ihrer Menschenrechtsverletzungen sowie die weiterhin in großem Ausmaß bestehende Straflosigkeit und Privilegien der Militärs, zweitens, die Militarisierung der Politik und der Einsatz lateinamerikanischer Militärs als Instrument US-amerikanischer Interessen, und drittens, Militär und linke Politik – zum einen der militärische als Weg linker Politik und zum anderen der Umgang linker Regierungen mit dem Militär.

Über die Rolle und die Aufgaben der Streitkräfte im politischen System sowie über die zivil-militärischen Beziehungen wird dagegen kaum diskutiert. Fragen der nationalen Sicherheit, des staatlichen Gewaltmonopols, der militärischen Organisation, der Aufgaben bzw. Einsatzgebiete sowie Fragen der politischen Kontrolle des Militärs werden wenig oder gar nicht thematisiert.⁷² Letztlich kommt jedoch auch die Linke an den zentralen Fragen im Umgang mit militärischen Fragen und mit den Streitkräften als Institution nicht vorbei.

Die Aufarbeitung der Vergangenheit

Die Debatte innerhalb der lateinamerikanischen Zivilgesellschaft über die Streitkräfte nimmt in den Ländern, die in der jüngsten Vergangenheit von militärischen Regimen beherrscht oder durch langjährige Bürgerkriege geprägt wurden, ihren Ausgangspunkt in der Aufarbeitung der von Militärs begangenen Menschenrechtsverletzungen und der Forderung nach Gerechtigkeit für deren Opfer.

72 Bologna bezieht die Tabuisierung der »militärischen Frage«, die er als »gran secreto a voces de la familia latinoamericana« bezeichnet, vor allem auf die politischen und akademischen Eliten. Dieses Schweigen kann jedoch mindestens ebenso auf die lateinamerikanische Linke bezogen werden. Vgl. Bologna 2004, S. 5.

Den ersten Schritt in der Aufarbeitung der Menschenrechtsverletzungen bildeten oft Wahrheitskommissionen. Sie entstanden meist auf Initiative und politischen Druck der Opfer und von Menschenrechtsgruppen und wurden in vielen Fällen mit einem offiziellen Mandat ausgestattet sowie vom Staat oder von internationalen Organisationen finanziell unterstützt. Es kann zwischen drei Typen von Wahrheitskommissionen unterschieden werden: erstens, Kommissionen, die im Anschluß an Militärdiktaturen während eines demokratischen Transitionsprozesses von der ersten zivilen Regierung eingerichtet (Argentinien, Chile), zweitens solche, deren Einrichtung als Teil von Friedensabkommen zwischen den Bürgerkriegsparteien beschlossen wurden (El Salvador, Guatemala, als Sonderfall ohne explizites Abkommen sowie nach einer Phase autoritärer Herrschaft: Peru) und drittens inoffizielle Wahrheitskommissionen, die von Menschenrechtsgruppen ohne ein offizielles Mandat und unter Aufwendung eigener Ressourcen durchgeführt wurden (Bolivien, Brasilien, Paraguay, Uruguay). Die Wahrheitskommissionen entstanden aus dem Gedanken eines Rechts auf Wahrheit über die Menschenrechtsverletzungen, die von den Militärregimen bzw. von den Bürgerkriegsparteien begangen wurden, sowie vor dem Hintergrund unfähiger Justizsysteme, die Opfer und die Verantwortlichen zu identifizieren und letztere zu verurteilen. Ihr Ziel ist die Aufklärung, um eine Auseinandersetzung mit der Vergangenheit und auf längere Sicht die Wiederaussöhnung der Gesellschaft zu ermöglichen. »Das Recht auf Wahrheit ist Teil einer Wiedergutmachung des Schadens, der durch die Vertreter des Staates verursacht wurde; eine Wiedergutmachung, die auch ökonomische, soziale, medizinische und rechtliche Maßnahmen einschließen muß, um die Erinnerung an die Opfer zu bewahren und einen Teil des Schmerzes der betroffenen Familien zu lindern.«⁷³

Aber die Arbeit der Wahrheitskommissionen hatte weitere politische Implikationen. In den meisten Fällen haben erst ihre Berichte das Ausmaß der Menschenrechtsverletzungen deutlich gemacht, die unter den Militärregimen sowie während der Bürgerkriege von den regulären und paramilitärischen Streitkräften einerseits und den Guerrilla-Bewegungen andererseits begangen wurden. Dieses Ausmaß hat die Militärs als politische Akteure über die jeweiligen internen Faktoren hinaus, die sie zur Machtübergabe gezwungen hatten, weiter diskreditiert. Die dadurch gefestigte Ablehnung der Militärs sowie die Mobilisierung der Zivilgesellschaft wirken sich auch auf die heutigen Debatten innerhalb der Linken über den Status der Streitkräfte im politischen System, über ihre Aufgaben und über die Sicherheitsbedrohungen und Sicherheitskonzepte aus.

Das drängendste Problem, das insbesondere von Menschenrechtsgruppen im Anschluß an die Identifizierung der Opfer und Täter von Menschenrechts-

73 Cuya 2004. Dieses und die folgenden Zitate wurden aus dem Spanischen übersetzt – AK.

verletzungen gesehen wurde, ist die Straflosigkeit, die trotz der Aufklärung durch Wahrheitskommissionen auch während des demokratischen Transitionsprozesses bestand. Die meisten Militärregime erließen noch während ihrer Herrschaft weitreichende Amnestiegesetze, deren Unantastbarkeit von vielen zivilen Regierungen nach der Machtübergabe als notwendig für die Stabilität des politischen Systems angesehen wurde – auch wegen des Drucks und der Drohkulisse, die die Militärs nach der Abgabe der Regierungsgewalt aufbauten. Gruppen wie die argentinische *Asociación Madres de Plaza de Mayo* bekämpften ein solches Zurückweichen vor der Auseinandersetzung mit der Vergangenheit als »Komplizenschaft mit den Tätern«. Kein politisches System könne darauf basieren, die Vergangenheit auf sich beruhen zu lassen. Die *Madres de Plaza de Mayo* wollen bewußt machen, »daß die Straflosigkeit mit fehlender Erinnerung zu tun hat. Daß die Straflosigkeit kein Zauber ist. Daß die Politiker die Gesetze machen, weil sie mit den Militärs unter einer Decke stecken«.74

Am 30. April 1977, ungefähr ein Jahr nach dem Militärputsch in Argentinien unter Jorge Rafael Videla, versammelten sich die Mütter von Opfern der Militärdiktatur zum ersten Mal auf der Plaza de Mayo in Buenos Aires um gegen die Praxis des »Verschwindenlassens« zu protestieren. Zuerst schweigend, später mit Märschen und Kundgebungen forderten die Madres von dort an jeden Donnerstag, 15.30 Uhr, das Ende der Repression und später, nach der Übergabe der Macht an eine zivile Regierung, die Strafverfolgung der Täter sowie die restlose Aufklärung über den Verbleib der ca. 30.000 Opfer, die das Militärregime zwischen 1976 und 1983 zu verantworten hat. Darüber hinaus haben sich die Madres bereits 1980 als Asociación Madres de la Plaza de Mayo organisiert und seitdem ihre Aktivitäten erheblich ausgeweitet auf Vortragsreisen im Ausland, Veranstaltungen für Frauen, die Gründung einer eigenen Universität und die aktive Beteiligung an den Protesten gegen die neoliberale Wirtschaftspolitik, die im Dezember 2001 ihren Höhepunkt erreichten.

Auch die Vertreter von Menschenrechtsgruppen aus Süd- und Mittelamerika, die sich anlässlich einer Konferenz über »Straflosigkeit und ihre Auswirkungen auf demokratische Prozesse« im Jahr 1996 in Santiago de Chile versammelten, bekämpften die Amnestie der Täter als »eine Verletzung der Menschenrechte, da sie zusätzlich zur bereits begangenen Verletzung ein neues Verbrechen darstellt. Das Verbrechen umfaßt zum einen die ausbleibende Bestrafung für wenige und zum anderen eine Bestrafung derjenigen, die unterdrückt wurden und werden sollten«.75

Die Kritik der Menschenrechtsgruppen stellte weiterhin die delegitimierende Wirkung der Straflosigkeit heraus, die eine Wiederaussöhnung der Gesellschaft und die Akzeptanz des demokratischen Systems verhindere sowie den Aufbau eines Rechtsstaates unmöglich mache. Außerdem dürfe die

74 Bonafini 1999, S. 114.

75 Declaración de Santiago de Chile 1996.

Straflosigkeit keinesfalls als Element einer demokratischen Gesellschaft akzeptiert werden. Sie festige die Herrschaft der dominanten Gruppen – darunter seien auch die Militärs zu zählen –, sie zwingt die Menschen zu Unmündigkeit und verbreite Resignation und Schweigen gegenüber der Negation und Verletzung der Menschenrechte. Aus dem Kampf der Menschenrechtsgruppen gegen die Straflosigkeit leiteten sie in der »Erklärung von Santiago de Chile« folgende Forderungen ab: den Ausschluß der identifizierten Täter aus den Streitkräften, die Beschränkung der Militärgerichtsbarkeit auf interne Angelegenheiten der Streitkräfte, die Einführung eines »reflexiven Gehorchens«, das es Soldaten ermöglicht und sie verpflichtet, Befehle zu verweigern, die gegen die Menschenrechte, geltende Gesetze oder die Verfassung verstoßen, sowie das Recht auf Verweigerung des Wehrdienstes aus Gewissensgründen.

Die Aufarbeitung der Vergangenheit ging über die Anklage der Verbrechen der Militärdiktaturen und die Forderungen nach Gerechtigkeit für die Opfer hinaus. Die lateinamerikanische Linke scheint aus den Folgen der tiefen Einbeziehung des Militärs in die Politik, oft durch zivile Regierungen oder Oppositionskräfte selbst, gelernt zu haben. In der aktuellen Debatte scheint als Folge der Auseinandersetzung mit den blutigen Militärdiktaturen die zivile, demokratische Kontrolle der Armeen und ihre weitestgehende Beschränkung auf die Aufgabe der Verteidigung Konsens zu sein. Dennoch, die Organisation (Wehrpflicht oder professionelle Armee), die konkreten Aufgaben (wie Katastrophenhilfe, Entwicklungsdienste, Drogenbekämpfung, Auslandseinsätze etc.) und die Rechte der Militärs (z.B. das Wahlrecht) werden kaum diskutiert oder sogar tabuisiert. Ein Teil dieser Fragen wird oft erst debattiert, wenn sie in Zusammenhang mit US-amerikanischen Interessen und Einfluß gestellt werden.

Die Streitkräfte als Instrument US-amerikanischer Hegemonie

Ein großer Teil der Debatte innerhalb der Linken der Region über die Streitkräfte wird vor dem Hintergrund der US-amerikanischen Hegemonie in der westlichen Hemisphäre geführt. Diese verfolge, im Grunde unverändert seit der Deklaration der Monroe-Doktrin von 1823 und ihrem Zusatz der *Roosevelt-Corollary* von 1904, dieselben Ziele in der Region: eine ökonomische ebenso wie eine politisch-militärische Vorherrschaft zu erlangen. Im neuen internationalen Kontext nach dem Ende des Kalten Krieges erschienen diese Hegemoniebestrebungen zum einen als Militarisierung lokaler Konflikte und zum anderen als Integration der lateinamerikanischen Staaten in bilaterale, regionale und hemisphärische Freihandelsabkommen unter Einschluß der Vereinigten Staaten.

Als Militarisierung wird ebenso die Ausweitung der US-amerikanischen Militärpräsenz wie die zunehmende Delegation militärischer und polizeilicher Aufgaben im Sinne der US-Interessen an die Militärs der Region sowie private Sicherheitskräfte diskutiert. Der Antikommunismus bzw. die *counter-insurgency*-Strategie der 60er bis Mitte der 80er, der »Krieg gegen die Drogen« seit Ende der 80er Jahre, der nach den Anschlägen vom 11. September 2001 erklärte »Krieg gegen den Terrorismus« sowie die Verbindung letzterer im Feindbild des »Narco-Terrorismus« dienten als unterschiedliche Bezeichnungen und Strategien für die immer gleichen Hegemoniebestrebungen der Vereinigten Staaten. Diese hätten ihren neuen institutionellen Ausdruck in den »Prinzipien von Williamsburg«, in der neuen Sicherheitsdebatte innerhalb der OAS sowie in der (symbolischen) Beteiligung lateinamerikanischer Streitkräfte an internationalen Militäroperationen. Im Hinblick auf die Rolle der lateinamerikanischen Armeen argumentieren einige, sie seien »interne Polizeikräfte« unter dem »Kommando des Pentagon« und hätten einzig die Funktion, das hemisphärische Sicherheitskonzept und die US-amerikanischen Interessen auf ihren nationalen Territorien durchzusetzen. So spricht der mexikanische Politikwissenschaftler Carlos Fazio von einer »neuen Phase der imperialen Expansion«, die auf einen »Gebrauch der lokalen Streitkräfte als Besatzungsheere und die beschleunigte Militarisierung der Polizei mit dem Schwerpunkt in der Kontrolle der Bevölkerung und der Migration«⁷⁶ abziele. Die Streitkräfte gelten aus dieser Perspektive als in hohem Maße indoktriniert durch das Training, das die Offiziere in der *School of the Americas* in Ft. Benning, Virginia, erhielten, sowie hochgradig abhängig und gestärkt durch die US-amerikanische Militärhilfe. Andere argumentieren, die Vereinigten Staaten hätten den Streitkräften im Krieg gegen die illegalen Drogen und gegen den Terror eine neue, nach Innen ausgerichtete, polizeiliche Aufgabe ermöglicht. Die relative Autonomie gegenüber der zivilen Regierung aufgrund der US-amerikanischen Unterstützung sowie die Konfrontation mit sozialen Protesten führen dazu, daß sich die lateinamerikanischen Militärs gegenüber anderen, zivilen Institutionen zunehmend verselbständigen. »Zwar führen die Streitkräfte weiterhin die Befehle der Regierung aus, aber die permanente Instabilität der gegenwärtigen Regierung haben diese dazu gezwungen, bedeutende Konzessionen an die Militärs zu machen.«⁷⁷ So hätten nicht zuletzt die Instabilität der Regierung durch die Machtkämpfe unter den Parteien und die sozialen Proteste zu einem größerem politischen Einfluß der Streitkräfte geführt. Der Einfluß der Vereinigten Staaten auf diesen Prozeß sei dagegen eher sekundär.

Neben der Durchsetzung der politisch-militärischen Hegemonie der USA habe die Militarisierung das Ziel, die ökonomische Vorherrschaft sowie den

76 Fazio 2003.

77 Ledebur 2003.

Zugang zu strategischen Ressourcen, insbesondere zum Öl, zu sichern. So habe beispielsweise der *Plan Colombia* von Beginn an insbesondere auf die kolumbianischen Ölvorkommen und Pipelines, sowie auf die strategische Kontrolle der benachbarten Staaten Ecuador, Peru und vor allem Venezuela mit den größten Ölvorkommen in Süd- und Mittelamerika abgezielt. Im Sinne dieser strategischen Interessen der Vereinigten Staaten richte sich die Militarisierung auch gegen die sozialen Bewegungen, die mit politischer Instabilität und somit mit einer Gefährdung US-amerikanischer Interessen gleichgesetzt würden: »Der Konflikt in Kolumbien ist ein Vorwand, die sozialen Kämpfe in Süd- und Mittelamerika zu beenden, d.h. den Kampf gegen die FTAA, die Massenbewegungen wie die der Indios in Peru, des Sturzes der Regierung de la Rúa in Argentinien, der Umwälzungen in Brasilien. So ist der Kolumbienkonflikt als Vorwand zur Auslöschung der Befreiungsbewegungen in Lateinamerika zu sehen.«⁷⁸

Ebenso wie der *Plan Colombia* und die Gesamtamerikanische Freihandelszone (FTAA bzw. ALCA) brächten Projekte wie der *Plan Puebla Panamá*, der die Region des südlichen Mexiko und Zentralamerikas erschließen soll, eine Militarisierung der lokalen sozialen Konflikte mit sich. Die militärisch-polizeiliche Kontrolle der betroffenen Regionen solle eine Stabilisierung im Interesse der US-amerikanischen Investoren gewährleisten. Anzeichen dafür seien in der militärischen und paramilitärischen Bekämpfung der Erhebungen in den mexikanischen Bundesstaaten Chiapas, Oaxaca und Guerrero, in der Eskalation des Krieges in Kolumbien sowie in der Ausweitung der US-amerikanischen Militärpräsenz über den gesamten lateinamerikanischen Kontinent zu sehen.

Der militärische Kampf als Weg linker Politik

Das Militärische erscheint in der Debatte der Linken nicht nur als repressives Herrschafts-, sondern auch als Instrument des Kampfes gegen die Unterdrückung. Angesichts der fehlenden Möglichkeiten, innerhalb exklusiver, oligarchischer oder diktatorischer Regime und gegen die Interessen der übermächtigen US-Hegemonie Veränderungen zu bewirken, sahen viele linke Bewegungen den bewaffneten Kampf als einzige Möglichkeit, ihre Ziele zu erreichen. Anschließend an eine lange, bis auf die Widerstände gegen die spanische *Conquista* zurückgeführte Tradition der bewaffneten Erhebungen in Süd- und Mittelamerika waren die Hochphasen der militärisch organisierten und agierenden Linken in der jüngsten Geschichte die 60er und in geringerem Ausmaß die 80er Jahre des 20. Jahrhunderts. Inspiriert durch die siegreichen

78 Mondragon 2003.

Revolutionen in Kuba und Nicaragua sowie durch das Vorbild der nationalen Befreiungsbewegungen und ihrer Protagonisten José Martí, Augusto Sandino, Farabundo Martí, José Mariátegui und vor allem Ernesto »Che« Guevara, griffen Tausende junge Linke zu den Waffen, um für ihre Ideale in den unzähligen Guerrilla-Bewegungen Süd- und Mittelamerikas zu kämpfen.

Die Guerrilla-Bewegungen agierten in einem spezifischen historischen Kontext. Die Dominanz der meist weißen Oligarchien in nur scheinbar demokratischen Systemen oder ihre Zusammenarbeit mit Militärdiktaturen versperrten den legalen Zugang zur Macht und gewährten kaum politische Freiheiten. Die Vereinigten Staaten agierten im Rahmen ihrer *big-stick*-Politik und später im Kalten Krieg offen oder verdeckt gegen jede größere linke oder nationale Befreiungsbewegung. Die Guerrilla-Bewegungen legitimierten sich so über die Anklage der Klassenherrschaft, der US-amerikanischen Fremdbestimmung und über das ökonomische und soziale Elend der Bevölkerungsmehrheit. Doch mit dem Ende des Kalten Krieges und den Veränderungen des internationalen und sicherheitspolitischen Kontextes, den demokratischen Transitionsprozessen in fast allen lateinamerikanischen Ländern, der Abwahl der Sandinisten in Nicaragua, den brutalen Verbrechen und der Niederlage des *Sendero Luminoso* in Peru sowie dem Ende der Bürgerkriege und der Integration der zentralamerikanischen Guerrilla-Bewegungen in die zivile Politik schien das Ende des bewaffneten Kampfes als Strategie der lateinamerikanischen Linken gekommen. Desillusioniert durch die Vielzahl der gescheiterten Kämpfe, weitgehend delegitimiert durch den Vormarsch der Demokratie und das Fehlen einer greifbaren Alternative zum Kapitalismus nach dem Ende des real existierenden Sozialismus in Osteuropa und der Sowjetunion, schien der demokratische »Marsch durch die Institutionen« der einzig verbliebene.

Doch bereits kurz nachdem der mexikanische Politologe und spätere Außenminister Jorge Castañeda (1993) als eine der bekanntesten Stimmen den Sieg der demokratischen Strömungen innerhalb der lateinamerikanischen Linken und das Ende des bewaffneten Kampfes proklamierte, trat mit dem *Ejército Zapatista de Liberación Nacional* (EZLN) in Mexiko eine neue Guerrilla in Erscheinung, die sich mit dem Ziel der bewaffneten Übernahme der Macht am 1.1.1994 in Chiapas erhob. Doch nicht zuletzt der Waffenstillstand, zu dem die mexikanische Regierung nach nur zwölf Tagen kriegerischer Handlungen mit hohen Verlusten durch die überwältigende Solidarität der Zivilgesellschaft mit den Zapatisten gezwungen wurde, verursachte einen Strategiewechsel der Guerrilla-Bewegung. Statt auf die bewaffnete Eroberung der Macht setzte sie auf Kommunikation sowie politische Bündnisse und Netzwerke mit der nationalen und internationalen Zivilgesellschaft. Durch diese Präsenz im politischen Diskurs und den Aufbau autonomer, selbstverwalteter Gemeinden gewann der EZLN einen andauernden Einfluß in der mexikanischen Politik. Dennoch lehnte es der EZLN ab, seine Waffen niederzulegen. Diese dienten

zum einen zur Verteidigung der *municipios autónomos* in einem Klima der zunehmenden Militarisierung: fortdauernde Belagerung und Kontrolle durch die mexikanischen Streitkräfte, und die von den lokalen Grundbesitzern organisierten paramilitärischen Kräfte.⁷⁹ Zum anderen kann der politische Kampf der Zapatisten nicht unabhängig von ihrem militärischen Arm gedacht werden. Die bewaffnete Erhebung verschaffte ihren Forderungen den nötigen Nachdruck: »ohne diese Requisiten der Macht: die Waffen, hätten die weiteren Formen der Auseinandersetzung... kaum Resonanz und Ergebnisse gezeitigt.«⁸⁰ Anstatt eine »ethische Politik«, die die Zapatisten fordern, direkt durch Waffengewalt zu erzwingen, »ging es ihnen darum, Räume zu schaffen, in denen sie verwirklicht werden könnte; nicht darum, die Macht zu ergreifen oder sie zu verteidigen, sondern ihr als Gegengewicht und Opposition gegenüberzutreten, sie zu begrenzen und sie zum gehorchenden Befehlen (*mandar obedeciendo*) zu zwingen.«⁸¹

Doch der EZLN ist nicht die einzige verbliebene Guerrilla-Bewegung in Süd- und Mittelamerika. In Mexiko selbst sind weitere bewaffnete Gruppen in den südöstlichen Bundesstaaten Oaxaca und Guerrero aktiv. In Kolumbien kontrollieren die *Fuerzas Armadas Revolucionarias de Colombia* (FARC) und der *Ejército de Liberación Nacional* (ELN) de facto einen Teil des nationalen Territoriums, und in Peru operieren noch immer die Reste des *Sendero Luminoso* und des *Movimiento Revolucionario Túpac Amaru* (MRTA). Einer Schwächung oder einem teilweisen Umdenken in Richtung Kommunikation und Netzwerkbildung in den Guerrilla-Bewegungen stehen die unveränderte oder gar vergrößerte Armut, die wachsende soziale Ausgrenzung in weiten Teilen des Kontinents sowie der drohende *desencanto* (Entzauberung) mit den Demokratien des lateinamerikanischen Kontinents gegenüber. Es scheint verfrüht, das Ende der bewaffneten Linken zu verkünden. So stellt der französische Politologe Alain Joxe, in Anlehnung insbesondere an die Zapatisten, eine »neue Etappe« für die lateinamerikanischen Guerrilla-Bewegungen seit Mitte der 1990er Jahre fest. Diese »neuen« Guerrillas stünden nicht mehr einem sich über nationale Souveränität und Entwicklung legitimierenden Staat gegenüber, den sie militärisch zu bezwingen suchten, sondern »die Guerrillas fordern im Kontext der Globalisierung und des unkontrollierten Neoliberalismus eher den Erhalt des Nationalstaates als die Weltrevolution.«⁸² Die Bewegungen richteten sich gegen einen Staat, der durch seine die transnational orientierten Eliten begünstigende Politik an Legitimität verloren habe, und versuchten dagegen, zusammen mit der Zivilgesellschaft, die zunehmende Spannung zwi-

79 Vgl. die chronologische Übersicht von Hidalgo/Castro 1997.

80 Lora Cam 1997, S. 260.

81 Ebd., S. 261. Zum Diskurs der Zapatisten zwischen Ethnie, Nation und Globalisierung vergleiche auch Vanden Berghe/ Maddens 2003.

82 Joxe 1997, S. 42.

schen Demokratisierung und Verschlechterung der Lebensbedingungen zu politisieren. Letztlich handele es sich um einen Versuch, den Staat als Arena der politischen Auseinandersetzung, der *luchas populares*, zurückzugewinnen.⁸³

Die Militärpolitik linker Regierungen

Neben dem bewaffneten Kampf besteht eine zweite Form des Militärischen in der linken Politik zum einen in der Auseinandersetzung linker Regierungen mit den Streitkräften und mit militärpolitischen Fragen wie aktuell in Argentinien, Brasilien, aber auch Chile und Uruguay, sowie zum anderen in der Regierungsübernahme durch linke, populistische Militärs. Aktuelle Beispiele für letzteres sind die Regierungen Hugo Chávez Frías in Venezuela und, bis zu seinem Sturz im April 2005, Lucio Gutiérrez Borbúa in Ecuador.

Die Gemeinsamkeiten der beiden Ex-Militärs sind offensichtlich, erschöpfen sich aber an der Oberfläche. Beide begründen ihre Popularität zum einen auf der Teilnahme an Staatsstreichen gegen im Volk unbeliebte Regierungen und zum anderen auf einer volksnahen, populistischen, im Falle Chávez einer revolutionären Rhetorik. Eine dritte Gemeinsamkeit liegt in einer Politisierung der Streitkräfte insbesondere über die Vergabe zentraler Kabinettsposten an hochrangige Militärs. Hier enden jedoch die Gemeinsamkeiten. Lucio Gutiérrez, der 2002 zum Regierungschef gewählt wurde, griff aus vorrangig wahltaktischen Motiven auf die populistische Rhetorik und das Bündnis mit den indigenen sozialen Bewegungen zurück, suchte aber bereits ab dem zweiten Wahlgang die Nähe zur Rechten sowie zu den USA und setzte diese Politik auch nach seiner Regierungsübernahme fort. Die wirtschaftsliberale Politik und die klientelistische Besetzung zentraler Positionen mit Militärs hatten bereits kaum sechs Monate nach der Regierungsübernahme durch Gutiérrez zu massiven Protesten der sozialen Bewegungen und zu einer breiten Kritik innerhalb der lateinamerikanischen Linken geführt. Am Ende sah sich Gutiérrez zum Rücktritt und zu einem Fluchtversuch gezwungen, nachdem ihm angesichts der breiten Mobilisierung vor allem indigener Bewegungen zuletzt auch die Streitkräfte ihre Unterstützung entzogen haben. Exemplarisch argumentierte der ecuadorianische Ökonom René Báez: »Gutiérrez Borbúa ist dazu übergegangen, sich auf die Konsolidierung seines angeschlagenen Regimes zu beschränken, indem er die letzten bestehenden Verbindungen zertrennt, die

83 Vgl. ebd., S. 44 f. Angesichts der fortdauernden Mißerfolge im Versuch, die staatlichen Politiken direkt, über Verhandlungen, oder indirekt, über die zivilgesellschaftliche Öffentlichkeit, zu beeinflussen, sind die Zapatisten jedoch dazu übergegangen, in den Caracoles ihre eigenen, selbstverwalteten und autonomen politischen Institutionen zu schaffen.

noch zu den indigenen sozialen Bewegungen bestanden, sich auf einen militärischen Korporatismus personalistischer Prägung stützt und vor allem indem er haargenau die Agenda befolgt, die ihm täglich vom Weißen Haus und der ecuadorianischen Oligarchie diktiert wird.«⁸⁴

Venezuela: Populismus und »zivil-militärische Fusion«

Im Gegensatz zu dieser Politik des Status quo hat Chávez' Regierungsübernahme im Jahr 1998 zu einer tiefgreifenden Veränderung in der venezolanischen Politik geführt. Bereits in seinem ersten Amtsjahr wurde eine neue Verfassung verabschiedet, die unter anderem die sozialen Rechte der Bevölkerung stärker betonte, direktdemokratische Elemente einführte, die Parteien schwächte, die Macht der Exekutive ausdehnte und das Land in »Bolivarianische Republik Venezuela« umbenannte. Die revolutionäre Rhetorik und Symbolik, die auf Nationalhelden des 19. Jahrhunderts, auf Elemente des Marxismus-Leninismus, des kubanischen Sozialismus und des Sandinismus zurückgreift, das volksnahe Auftreten von Chávez, die Sozialprogramme und die Mobilisierung der armen Bevölkerung, u. a. in den »Bolivarianischen Zirkeln«, haben zu einer Polarisierung der venezolanischen Bevölkerung und zu einem erbitterten Widerstand der von Mittel- und Oberklasse dominierten Opposition geführt, dessen bisherigen Höhepunkt der versuchte Staatsstreich im April 2002 markiert. Zudem hat Chávez mit seiner jüngsten Entscheidung, die 35 Jahre währende militärische Zusammenarbeit mit den USA aufzukündigen, seinen unabhängigen Kurs gegenüber den Vereinigten Staaten unterstrichen. Dieser äußerte sich bisher vor allem in der Ablehnung der FTAA und des *Plan Colombia*, in der demonstrativen Solidarität mit Kuba, in südamerikanischen und karibischen Integrationsbemühungen⁸⁵ sowie in den z.T. massiven Käufen militärischer Ausrüstung in Rußland, Brasilien, Spanien und China. Insbesondere diese Frontstellungen gegenüber der bürgerlichen Opposition nach Innen und den USA nach Außen erklären die starke Solidarisierung der lateinamerikanischen Linken mit Chávez. So schreibt beispielsweise die bekannte chilenische Linksintellektuelle Marta Harnecker, der Triumph von Chávez »bedeutet eine der interessantesten Herausforderungen für die Linke unseres Kontinents. Zum ersten Mal nimmt sich ein Ex-Militär, der sich selbst als revolutionär bezeichnet, vor, die institutionellen Spielregeln auf friedlichem Wege zu verändern, und hat notwendige Macht, dies zu tun«.⁸⁶

84 Báez Tobar 2004.

85 Jüngstes Beispiel ist der maßgeblich von Venezuela initiierte und finanzierte südamerikanische Fernsehsender Telesur, der im Juli 2005 auf Sendung ging. Einen Überblick gibt das Schwerpunktheft »Alternative Medien« der Lateinamerikaner, Jg. 32, Heft 372, Juni 2005.

86 Harnecker 2001, S. 33.

Die Militärpolitik der Regierung Chávez umfaßt drei Aspekte: Erstens die durch die 1999 verabschiedete Verfassung ausgeweitete Rolle der Streitkräfte im Staat, zweitens die Politisierung der Streitkräfte durch die direkte Einbindung militärischer Eliten in Regierung und Verwaltung, sowie drittens die militärische Neuausrichtung von nationaler Verteidigung hin zu innerer Sicherheit und Entwicklung.⁸⁷ Diese Neuausrichtung orientiert sich an einem Sicherheitskonzept, das ähnlich der von den USA in den 60er Jahren entwickelten *civic-action*-Doktrin ökonomische und soziale Probleme wie Armut, Hunger und soziale Ungerechtigkeit als Bedrohung der inneren, nationalen Sicherheit definiert. Dieses wird jetzt aber angesichts eines primär mit ökonomischen Mitteln operierenden US-Imperialismus als Teil des national-revolutionären »bolivarianischen« Projekts formuliert.⁸⁸ Die Streitkräfte nehmen einerseits eine prominente Rolle in nationalen Entwicklungsprogrammen, wie im »Plan Bolívar 2000«, »Proyecto País« oder »Propaís«, sowie in den von der Regierung initiierten *misiones sociales* ein. Andererseits beteiligen sie sich auch in sogenannten zivil-militärischen Einheiten (*Unidades Cívico-Militares*) an humanitären Einsätzen außerhalb Venezuelas. Über diesen Beitrag zur nationalen Entwicklung und humanitären Hilfe hinaus sei diese Art der zivil-militärischen Integration geradezu eine Bedingung, das Primat der Politik über das Militärische zu behaupten. Die Streitkräfte stünden der Regierung und der Bevölkerung nicht mehr gegenüber, sondern ihre Beteiligung an öffentlichen Programmen in Bereichen wie Infrastruktur, Armutsbekämpfung, Gesundheit und Bildung sei im Gegenteil ein wichtiger Baustein im politischen Projekt der Bolivarianischen Republik und führe zu einer Identifikation der Militärs mit den Zielen der zivilen Regierung.

Die herausragende Rolle der Armee in der Politik von Chávez sowie die autoritären Tendenzen, die sich vor allem in der Machtkonzentration beim Präsidenten zeigen, werden durch die politische Polarisierung in Freunde und Feinde von Chávez überdeckt und auch deswegen in der Linken kaum kritisch diskutiert. Im Gegenteil: Chávez' Politik einer »zivil-militärischen Fusion« und die Rolle der Streitkräfte als eines »Elementes der sozialen Transformation« wird von Intellektuellen innerhalb Venezuelas, aber auch von anderen prominenten lateinamerikanischen Stimmen wie Marta Harnecker oder Heinz Dieterich durchaus positiv bewertet. In einem Interview-Band mit hohen venezolanischen Militärs, die durchweg als »aufgeklärte, progressive Pragmatiker« mit »origen popular« vorgestellt werden, hebt Harnecker exemplarisch die Verbindung zwischen der Politik von Chávez und den Aufgaben

87 Trinkunas spricht von einer »größeren Transformation in den zivil-militärischen Beziehungen Venezuelas, die eine zukünftige zivile Kontrolle der Streitkräfte erschweren« Trinkunas 2002, S. 64, Übersetzung: AK.

88 Vgl. den Versuch einer theoretischen Rechtfertigung dieser Politik durch die Chávez-nahe Frente Cívico-Militar Bolivariano in Herrera Jiménez 2005.

der Streitkräfte hervor: »Das wirtschaftspolitische Programm der Regierung Chávez, das auf eine Alternative zur neoliberalen Globalisierung abzielt und das eine Förderung der nationalen Investitionen sowie die Suche nach einer endogenen Entwicklung beinhaltet, die Privatisierung des Öls zurückweist und das vor allem die Lage der am meisten benachteiligten Sektoren der Bevölkerung verbessern will, verbindet sich sehr gut mit dem Auftrag der militärischen Institution, die Souveränität und das nationale Erbe zu verteidigen.«⁸⁹

Brasilien: Ausweichen vor dem Konflikt

Auch in Brasilien ist die Tendenz, die Aufgaben der Streitkräfte umzudefinieren und sie in öffentliche soziale und Entwicklungsprogramme einzubinden, in deutlich abgeschwächter Form zu beobachten. Luiz Inácio Lula da Silva, der 2003 sein Amt als erster linker brasilianischer Präsident antrat, kündigte bereits im Wahlkampf an, die Streitkräfte in den »Kampf gegen den Hunger« einzubinden.⁹⁰ So sollten einerseits, ähnlich wie in Venezuela, die bestehende militärische Infrastruktur und Kapazitäten für öffentliche Arbeiten eingesetzt werden. Andererseits wurden Haushaltsmittel vom Verteidigungsetat abgezogen und zum Teil in das Programm »*fome cero*« umgeleitet – öffentlichkeitswirksam inszeniert durch eine der ersten Maßnahmen Lulas, 760 Millionen US\$ in das Programm zu investieren, die vorher für die Neubeschaffung von Militärflugzeugen bestimmt waren.⁹¹ Diese materielle Schwächung der Streitkräfte wird jedoch einerseits durch ihre (nicht ganz so) neue Rolle als Agent sozialer Transformation wieder aufgehoben. Andererseits werden die Autonomien und die weiter bestehenden autoritären Strukturen in den brasilianischen Streitkräften auch von der Regierung Lula nicht angetastet. Dies zeigt der Skandal um ein öffentlich gewordenes Folterfoto aus der Zeit der Militärdiktatur, infolgedessen der Verteidigungsminister zurücktrat. Dieses Foto hatte die Führung der Streitkräfte zu einer offiziellen Erklärung veranlaßt, in der die Diktatur ganz im Jargon des Kalten Krieges als eine legitime Reaktion auf die kommunistische Gewalt und darüber hinaus als durchweg »positiv für das Land« bezeichnet wurde.⁹² Die Erklärung der Streitkräfte verdeutlicht das Defizit in der Aufarbeitung der Menschenrechtsverletzungen seitens der Militärs in den Jahren 1964 bis 1985 sowie das Fortbestehen eines autoritären Grundkonsenses zumindest in den militärischen Eliten. Angesichts dessen nimmt auch die Regierung Lula eine inkonsequente und Konflikt vermeidende Haltung gegenüber militärischen Eliten ein. Dies zeigen sowohl die Er-

89 Harnecker 2003, S. 17.

90 Vgl. La República 2002.

91 Vgl. La Jornada 2003.

92 Zitiert nach Hart 2005.

nennung des ehemaligen Diktatoranhängers und Vizepräsidenten José Alencar zum neuen Verteidigungsminister (der allerdings inzwischen wieder von seinem Amt zurückgetreten ist) als auch die Weigerung der Regierung Lula, die militärischen Geheimarchive aus der Zeit der Diktatur zu öffnen oder gar ihre Existenz zuzugeben. Die Stärkung des Streitkräfte, die aus dieser Kombination aus einem Vermeiden der Konfrontation mit den weiterhin mächtigen militärischen Eliten sowie aus ihrer erneuten Einbindung in politische Aufgaben erwächst, wird so durch die punktuellen Kürzungen im Verteidigungshaushalt kaum beeinträchtigt.

Argentinien: Strafoerfolgung und Elitenwechsel

In Argentinien zeigte sich der 2003 gewählte linksnationalistische Präsident Néstor Kirchner im Hinblick auf die Aufarbeitung der Vergangenheit deutlich konfrontativer. Um seine Absicht einer konsequenten Verfolgung von Verbrechen der Militärdiktatur in Argentinien zu untermauern, verbot die Regierung Kirchner gleich zu Beginn seiner Amtszeit die Auslieferung ehemaliger oder aktiver Mitglieder der Streitkräfte, die vor europäischen Gerichtshöfen wegen Menschenrechtsverletzungen angeklagt waren. Im August 2003 wurden außerdem zwei Gesetze aufgehoben, die Ende der 1980er Jahre die laufenden Menschenrechtsprozesse gegen Mitglieder der Streitkräfte einstellten. Als höchst symbolträchtiger Akt wurde Anfang 2004 außerdem die *Escuela Mecánica de la Armada* (ESMA), die während der Militärdiktatur als Folterzentrum diente, geschlossen, um in ein »Museum der Erinnerung« umgewandelt zu werden. Doch Kirchners Militärpolitik erschöpft sich nicht in einem strafrechtlichen und symbolischen Vorgehen in Fragen der Aufarbeitung der Vergangenheit. Vielmehr dient es auch einem Elitenwechsel in den Streitkräften. Kirchners Entscheidung, die gesamte obere Entscheidungsebene der Streitkräfte auszuwechseln und sie durch Militärs einer neuen Generation zu ersetzen, die nicht direkt in die Verbrechen der Militärdiktatur verwickelt ist, stellt den entscheidenden Bruch zwischen alten und neuen Eliten seit dem Ende der Junta 1983 dar. Dieser Elitenwechsel macht den Weg frei für Kirchners »neue, von einer nationalen und volksnahen Auffassung geleiteten Verteidigungspolitik«⁹³, die in der Einbindung der Militärs in politische, soziale und Entwicklungsprogramme bzw. als ein Stützpfiler der Regierungspolitik Parallelen zur Politik von Hugo Chávez und, mit Einschränkungen, von Lula aufweist. Auch der argentinischen Linken scheint der Gedanke eines Bündnisses der Zivilgesellschaft mit national-progressiven Militärs nicht (mehr) fremd zu sein, wenn beispielsweise der argentinische Journalist Gabriel Fernández neben einem »*poder concentrado*«, bestehend aus den Machthabern in Wirtschaft

93 Fernández 2004.

und Medien, und der traditionellen antimilitärischen Linken von »zivilen, promilitärischen Segmenten« spricht, »die eine nationalistische Wirtschaftsorganisation fordern, die von liberalen Militärs vorangebracht werden soll«.

Diese jüngeren Tendenzen in der Militärpolitik linker Regierungen und in ihrer Diskussion in den *movimientos populares* haben der Debatte um die Rolle der Streitkräfte sowie über ihre zivile Kontrolle eine neue Richtung gegeben. Immer wieder wird der Gedanke formuliert, die Streitkräfte könnten durch ihre personalen, professionellen und materiellen Kapazitäten eine aktive Rolle in der sozialen Transformation der lateinamerikanischen Länder spielen. In dieser Einbindung in ein politisches Projekt könne außerdem eine andere Form der zivilen Kontrolle bestehen: Nicht das Begrenzen auf Aufgabenbereiche der nationalen Verteidigung im engeren Sinne, sondern gerade die aktive Integration der Militärs als Instrument emanzipatorischer Politik verhindere, daß diese sich als eigenständiger oder als von den wirtschaftlichen Eliten kontrollierter Akteur positionieren. Der in der Folge der Aufarbeitung der Militärdiktaturen erreichte Konsens über die zivile Kontrolle der Streitkräfte als eine weitestgehende Beschränkung ihrer Handlungsbereiche scheint somit brüchig.

Diese neuen Aspekte in der Debatte und die Auseinandersetzung mit der Militärpolitik in den von der Linken regierten Ländern stellen bisher (noch) eine Minderheitenposition dar. An der kritischen bis ablehnenden Grundhaltung gegenüber den Streitkräften in den *movimientos populares* haben sie kaum etwas geändert. Die Militärs gelten in weiten Teilen noch immer als antidemokratisch und als Machtinstrument der nationalen Eliten, der US-Außenpolitik und der transnationalen Konzerne. Die Militarisierung der Region wird im Zusammenhang mit der wirtschaftlichen Globalisierung und der US-amerikanischen Hegemonie sowie als Gefahr für die sozialen Bewegungen auf dem Kontinent gesehen. So verkündeten die Teilnehmer des »Ersten Hemisphärischen Treffens gegen die Militarisierung«, das 2003 im mexikanischen San Cristóbal de las Casas stattfand: »Die Militarisierung bringt schwere Menschenrechtsverletzungen mit sich, die vor allem die Frauen treffen, sie zerstört die traditionellen Gemeinwesen der indigenen Völker, sie verstärkt die erzwungene Migration von tausenden Menschen, die Zerstörung der Umwelt und die Repression der sozialen Bewegungen sowie der demokratischen und souveränen Prozesse. Die Völker kämpfen für das Leben, die Militarisierung sät den Tod«. ⁹⁴

Von einem Verschwinden des Militärischen in der linken Debatte und Politik kann jedoch keineswegs gesprochen werden. Die Militarisierung wird vor allem als externe Bedrohung und als kontinentales bzw. globales Phänomen oder als Verteidigung ökonomischer Interessen diskutiert. Demgegenüber

94 Declaración del I Encuentro Hemisférico frente a la Militarización 2003.

verläuft die Diskussion über den militärischen Weg linker Politik, über die Möglichkeiten, vor allem aber über die Fehler und das Scheitern linker Guerilla-Bewegungen, schwierig und sehr emotional. So bleiben die Rolle der Streitkräfte im politischen System, die nationalen Sicherheitskonzepte, die Aufgabenbereiche der Streitkräfte und die Durchsetzung des Gewaltmonopols weitgehend ein Tabu in der Diskussion der lateinamerikanischen Linken. Diese Tabuisierung militärischer Fragen kann dazu führen, daß die Militär- und Sicherheitspolitik bzw. die Autonomien und Privilegien der Streitkräfte durch linke Regierungen wie z.B. in Brasilien kaum angetastet, oder daß die problematischen Folgen einer »zivil-militärischen Fusion« wie in Venezuela und in, wenn auch in weit geringerem Ausmaß, Argentinien und Brasilien, nicht thematisiert werden. Auch einseitige und undifferenzierte Kritiken, wie die eines Artikels in der marxistischen Zeitschrift *Verdad Obrera*, die Haltung linker Regierungen wie die Kirchners in Argentinien erschöpfe sich letztlich in einer »Versöhnung der Streitkräfte mit der Gesellschaft, um im staatlichen Interesse die repressiven Institutionen wieder vollständig herzustellen«, stellt keinen konstruktiven Schritt in dieser Debatte dar. Sie weist jedoch auf eine zentrale politische Frage hin: Welche Aufgaben können und sollen den Streitkräften zugewiesen werden? Und wie sollte die Linke mit militärischen Fragen umgehen? Angesichts der leidvollen historischen Erfahrungen mit überschrittenen oder nicht gezogenen Grenzen zwischen Militärischem und Politischem sowie zwischen externen und internen Sicherheitsstrategien sollte die Linke diese Themen nicht ignorieren.

7. Über die Notwendigkeit eines zivil-militärischen Dialogs

Die zivile Oberhoheit ist eine *conditio sine qua non* für die Konsolidierung der demokratischen Strukturen in Süd- und Mittelamerika. Die Voraussetzungen dafür sind von Land zu Land unterschiedlich und eng mit demokratischen Erfahrungen in der Vergangenheit und der konkreten Politik des Militärs in den letzten zwei Jahrzehnten, vor allem bezüglich der Menschenrechte und ihrer Rolle im Transitionsprozeß, verknüpft. Das Militär war in den Transitionsprozessen der 1980er und 1990er Jahre unmittelbar präsent. Zwar war der Einfluß der Militärs von Land zu Land unterschiedlich, jedoch spielten sie – im Unterschied beispielsweise zu Spanien – überall eine beachtliche Rolle und in einigen Fällen gelang es ihnen, eine starke politische Position auch verfassungsmäßig abzusichern (Brasilien, Chile)

Das Militär versuchte, auch weiterhin seinen politischen Einsatz geltend zu machen.

Ein stark erweiterter Sicherheitsbegriff bietet dafür die konzeptionelle Basis; ein vermeintlicher wirtschaftlicher »Nutzen«, die notwendige gesellschaftliche Legitimität, die von den Militärs gesucht wird. Andere Herausforderungen, wie Drogen- und Kriminalitätsbekämpfung oder der Schutz der Umwelt, haben eher Polizeicharakter. Ihre Übernahme birgt sowohl institutionelle Gefahren (Korruption, Spaltungen) als auch die Unterminierung der dafür zuständigen (zivilen) Institutionen. Die »neuen Aufgaben« führen in der Praxis dazu, daß das Militär (wieder) stärker in den politischen Prozeß eingreift, was letztlich die Destabilisierung der zivilen Institutionen zur Folge hat. Diese Tendenz wird durch Entwicklungen auf der regionalen Ebene noch verstärkt.

Im November 1997 wurde in Zentralamerika die »Konferenz der zentralamerikanischen Streitkräfte«, CFAC, eingerichtet. Die Präsidenten El Salvadors, Guatemalas, Nicaraguas und von Honduras schufen damit außerhalb der bisherigen Gremien, speziell des wirtschaftlich orientierten »Systems der zentralamerikanischen Integration«, SICA, ein neues Forum der sicherheitspolitischen Zusammenarbeit in diesem Raum. Als Motive wurden im Acuerdo de Creación vom 12.11.1997 primär innenpolitische Ziele formuliert: der Beitrag für einen »demokratischen Frieden«, die Verantwortung der Militärs für die Realisierung nationaler Politik und die notwendige Rolle als Autorität in der Gesellschaft. Als viertes Ziel wurden vertrauensbildende Maßnahmen zwischen den Teilnehmern genannt. Die CFAC ist primär eine militärische Organisation, in der politische Gremien kaum beteiligt sind.

In der politischen Klasse herrschen gegenüber der Institution Militär eher Distanz und Mißtrauen vor. Das gilt sowohl für linke und demokratische Kräfte, die oft bittere persönliche Erfahrungen mit dem Militär machen mußten als

auch für konservative Politiker, die eher den Oberschichten entstammen und arrogant auf die Militärs herabblicken. Das Militär wird als »überflüssiger Kostenpunkt« gesehen. Jedoch ist die institutionelle Beseitigung, wie sie in Panama und Haiti in den 1990er Jahren erfolgte, in der Mehrheit der Staaten nicht zu erwarten. Zugleich ist das Prestige der Militärs regional recht verschieden: In einigen Ländern, wie Ecuador, Bolivien und in Zentralamerika, hat das Militär im Vergleich zu anderen Institutionen (weiterhin) ein hohes Prestige. In anderen Ländern wie Argentinien und Chile ist dieses (noch) sehr niedrig.

In der Suche nach neuer Legitimität traf das lateinamerikanische Militär auf das Bemühen der USA, eine neue Sicherheitsagenda zu etablieren. In alten und neuen multilateralen Gremien erfolgte eine Neubestimmung der Sicherheitsfragen in der Region. Im Ergebnis wurden die von den USA Anfang der 1990er Jahre definierten Gefahren in die eigenen nationalen Sicherheitskonzepte weitgehend übernommen. Als (regionale) Sicherheitsfragen werden heute folgende Themen bestimmt: die Bekämpfung des Drogenanbaus und Drogenschmuggels; der »Narco-Terrorismus«, die internationale Kriminalität, die illegale Migration, Umweltschutz, vor allem im Amazonas. Die Antworten des Militärs auf diese »neuen Herausforderungen« haben (wieder) eine starke zivile, innenpolitische Dimension und erinnern fatal an Strategien der 1960er Jahre.

Bei der Suche nach Legitimität sieht das Militär offenbar auch in äußeren Missionen eine Ressource. Das gilt sowohl für die hemisphärische Zusammenarbeit und Einsätze in der die Region (Haiti) als auch und besonders für die Teilnahme in internationalen Missionen, vor allem beim *UN-Peace Keeping* (siehe Anhang).

Das gilt beispielsweise für Uruguay, das heute mit Beobachtern, Streitkräften oder Polizisten in friedenserhaltenden Missionen der UNO in der Westsahara, in Haiti, im Kongo, in Burundi, in der Elfenbeinküste, in Afghanistan, Sierra Leone, Äthiopien, Liberia, in Georgien sowie an der Grenze zwischen Pakistan und Indien präsent ist.

Die Frage nach der künftigen Rolle des Militärs in der Politik ist auf das engste mit den generellen Herausforderungen an die Politik in dieser Region zu Beginn des 21. Jahrhunderts verknüpft. Die Frage nach dem »guten Regieren« muß auch mit der Legitimität und Effektivität des politischen Systems verbunden werden. Diese stehen in enger Korrelation zu den Ursachen für Instabilität und Krisen, vor allem in den Andenstaaten und in Zentralamerika. Die politische Lösung dieser Probleme erfordert einen Staat, der fähig ist,

- (a) der streuenden Gewalt in den Gesellschaften Einhalt zu gebieten;
- (b) eine elementare soziale Gerechtigkeit zu sichern und
- (c) die Lebensfähigkeit des Einzelnen in den Ländern wie auch der Staaten selbst unter den Bedingungen der Globalisierung zu stärken.

Der Staat wird gebraucht – und auch von der Bürgergesellschaft in Anspruch genommen. Stärkung des Staates bedeutet, ihn sowohl institutionell als auch zivilgesellschaftlich auszubauen. Dazu gehören vor allem jene Mechanismen

- die den friedlichen Wettbewerb der Eliten um politische Macht regeln, die Möglichkeit des Wechsels gewährleisten und die Rechte der unterlegenen Gruppen sichern;
- die die Verantwortlichkeit politischer Macht, einschließlich der gegenüber dem Militär, eindeutig markieren und deren öffentliche und rechtliche Kontrolle sichern und
- die die allgemeinen Rechte auf politische Partizipation und Kommunikation, einschließlich der dazu gehörigen Freiheiten, gewährleisten.

Ein in diesem Sinne starker – kein allmächtiger – Staat sichert auch dem Militär seinen gesellschaftlichen Platz und seine Funktion. So kann er sich auch der partiellen oder gar vollständigen »militärischen Übernahme« erwehren.

Die Konsolidierung demokratischer Strukturen und damit auch die Integration des Militärs als einer bürokratischen Institution kann auf Dauer nur erfolgreich sein, wenn zugleich Lösungen für die sozialen Herausforderungen gefunden werden. Die Kluft zwischen Arm und Reich, die sich im letzten Jahrzehnt in Lateinamerika deutlich vertieft hat, ist »ein Skandal« (O'Donnell). Für soziale Gerechtigkeit zu kämpfen bedeutet aber auch, sich gegen den Niedergang der öffentlichen Institutionen zu stellen und Sicherheitskräfte zu verhindern, die zunehmend selbständig und repressiv im Namen von Drogenkriegen handeln, wie es der mexikanische Schriftsteller Carlos Fuentes zu Beginn der 1990er Jahre für eine moderne linke Politik in Süd- und Mittelamerika nach dem Kalten Krieg gefordert hatte. Die 1990er Jahre haben diese Aussage mehr als bestätigt; und im Kontext des 11. September 2001 wurde sie noch wichtiger.

Mit der Unfähigkeit demokratischer Institutionen, vor allem der Parteien, und dem damit verbundenen *desencanto*, der Enttäuschung, in breiten Schichten der Bevölkerung nimmt auch die Akzeptanz autoritärer Lösungen (wieder) zu. Zwar sind gegenwärtig keine ernsthaften militärischen Putschs in Sicht, aber die Gefahr ist latent, wie der Militäraufstand in Peru im Januar 2005 zeigte.

Am Neujahrsmorgen 2005 stürmten im Südwesten Perus zirka 150 aufständische Reservisten unter der Führung des bizarren (und brutalen) Majors Antauro Humala eine Polizeistation. Bereits im Oktober 2000 hatte sich Humala mit 60 Soldaten verschanzt. Er versteht sich als Führer einer »ethnischen Bewegung«, die den Rücktritt des demokratisch gewählten Präsidenten Alejandro Toledo forderte. Dieser hatte nach anfänglich großer Unterstützung mittlerweile durch Unfähigkeit und Korruptionsfälle stark an Vertrauen in der Bevölkerung verloren. Die Putschisten traten für die Errichtung einer »neuen Republik« ein, die nach den Gesetzen der Inkas gestaltet werden soll.

Zugleich bieten sich – vor allem mit der dramatisch anwachsenden städtischen Armut – Möglichkeiten für populistische Politik, die sich »über die Parteien« stellt, die Institutionen der Demokratie aushöhlt und unter Einbeziehung von Militärs – sei es von einzelnen Personen, Gruppen oder der Institution – autoritäre Lösungen anstrebt, die nicht im Sinne linker demokratischer Politik sein können.

Das Militär wird auch künftig als Institution in den Gesellschaften dieses Raumes präsent sein, wobei es tendenziell vom Zentrum an den Rand wandert. Diese »relative Marginalisierung« gehört zweifellos zur demokratischen Normalität; jedoch darf sie die feste Integration der Institution Militär in das politische System nicht in Frage stellen. Aber die Debatte zwischen den Militärs und den zivilen Politikern über die Neugestaltung der zivil-militärischen Beziehungen findet in Süd- und Mittelamerika noch nicht statt. Die zivilen Regierungen unterschätzen oft diese Themen – aus Desinteresse, aber auch aus sachlicher Unkenntnis. Fragen des Militärs werden oft nur in der Haushaltsdebatte angesprochen, meist mit der Absicht, weitere Kürzungen vorzunehmen.

Obwohl Verallgemeinerungen aufgrund der regionalen Differenzierung schwierig sind, erscheinen uns folgende Themen für diesen Dialog wichtig:

- die Schatten der Vergangenheit, vor allem die Aufarbeitung und Bestrafung der Menschenrechtsverletzungen;
- die Bestimmung von Souveränität und »nationaler Sicherheit« und damit der (neuen) Aufgaben für das Militär, hierbei vor allem das Verhältnis von Militärischem und Zivilem;
- die Haushaltskürzungen angesichts gravierender, und sogar zunehmender sozialer Probleme;
- die institutionellen Herausforderungen für das Militär (Rekrutierung, Modernisierung der Ausrüstung, veränderte Ausbildungsinhalte und -strukturen, innere Kommandostrukturen);
- das Verhältnis des Militärs zu anderen Institutionen des Staates, vor allem zur Polizei und zur Justiz sowie
- die sozialen Konsequenzen für Militärs (Offiziere und Soldaten) bei (weiteren) Abrüstungsschritten.

Ein erfolgreicher zivil-militärischer Dialog muß das weiterhin bestehende Klima des Mißtrauens, das auf beiden Seiten dominiert, zur Kenntnis nehmen. Er muß langfristig ausgerichtet sein und – zumindest in den ersten Phasen – den informellen Charakter sichern. Nur in einem solchen Rahmen lassen sich Vorschläge erörtern, die anschließend vom Parlament diskutiert und entschieden werden müssen.

Ausgangspunkt ist die zweifelsfreie Anerkennung des Primats der Politik über die Institution Militär. Zugleich sollte demokratische Politik

- a) das institutionelle Überleben des Militärs prinzipiell sicherstellen,

b) die relative Autonomie der Institution gewährleisten (z.B. in Fragen der Beförderung), ohne exklusive »militärische Inseln« in der Gesellschaft zu tolerieren,

c) eine klare Abgrenzung zwischen Polizei und Militär mittels rechtlicher Regelungen herstellen, die auch eine solche Ressourcenausstattung sichern, die sowohl ein effektives Handeln der Institution als auch das Überleben ihrer Mitglieder sichert sowie

d) die Differenzierung in den Streitkräften in Rechnung stellen und verstärkt mit der neuen Generation von Militärs das Gespräch führen.

Die Debatte zu diesen Fragen sollte auch in den *movimientos populares* und der Linken in Süd- und Mittelamerika dauerhaft, kompetent und offen geführt werden.

8. Anhang

Tabellen und Statistiken

1. Die Streitkräfte Süd- und Mittelamerikas im Vergleich
 - Wehrpflicht
 - Größe der Armeen
 - Länder ohne reguläre Streitkräfte
2. Militärausgaben der Staaten und Anteil am BIP
3. Militärausgaben zwischen 1994 bis 2003 in Mrd. US-Dollar
4. Militärausgaben der Region im internationalen Vergleich (1985 bis 2003)
5. Seegrenzkonflikte in Süd- und Mittelamerika sowie in der Karibik
6. Peace Keeping-Missionen mit Beteiligung von Streitkräften Süd- und Mittelamerikas
 - Abgeschlossene Missionen
 - Laufende Missionen
7. Beteiligung von süd- und zentralamerikanischen Staaten am Irak-Krieg
8. In Mittelamerika registrierte Schußwaffen (im Jahr 2000)
9. Deutsche Rüstungsexporte nach Süd- und Mittelamerika

1. Die Streitkräfte Süd- und Mittelamerikas im Vergleich

Wehrpflicht

Land	Allgemeine	Land	Allgemeine
Argentinien	Nein	Guyana	Nein
Bahamas	Nein	Haiti	Nein
Barbados	Nein	Honduras	Nein
Belize	Nein	Jamaika	Nein
Bermuda	Nein	Kolumbien	12-18 Monate
Bolivien	12 Monate	Kuba	24 Monate
Brasilien	12 Monate	Mexiko	12 Monate
Chile	12-22 Monate	Nikaragua	Nein
Costa Rica	Nein	Panama	Nein
Dominikanische Republik	Nein	Paraguay	12 Monate, Marine 24
Ecuador	12 Monate	Peru	24 Monate
El Salvador	12 Monate	Surinam	Nein
Grenada	Nein	Uruguay	Nein
Guatemala	30 Monate	Venezuela	30 Monate

Größe der Armeen

Land	Aktive	Reserve	Platz im Weltvergleich
Argentinien	71.400		57
Barbados	500		167
Belize	1000	430	162
Bolivien	35.000		86
Brasilien	287.600	1. Reserve: 1.115.000 2. Reserve: 225.000	19
Chile	87.500	50.000 Carabineris: 36.800	47
Dominikanische Republik	24.500	-	95
Ecuador	59.000	100.000	62
El Salvador	16.800	-	103
Guatemala	27.000	35.000	88
Guyana	1.600	1.500	157
Honduras	8.300	60.000 Paramilitärs: 60.000	
Jamaika	3.320	950	152
Kolumbien	158.000	60.700	32
Kuba	46.000	39.000	71
Mexiko	192.770	300.000	29
Nikaragua	14.000	-	105
Paraguay	18.600	-	100
Peru	100.000	188.000 Paramilitär: 77.999	42
Surinam	1.800	-	156
Trinidad und Tobago	3.000	-	153
Uruguay	23.900	-	97
Venezuela	83.300	8.000	48

Länder ohne reguläre Streitkräfte

Bahamas	Royal Bahamas Defence Force – Küstenwache mit 900 Mann
Bermuda	Kolonial Regiment mit 500 Mann
Costa Rica	Civil Guard: 4.400, Border Police: 2.000, Rural Guard 2.000
Dominica	Keine Armee, es besteht ein Verteidigungsbündnis mit den USA
Grenada	Royal Grenada Police Force: 650, Küstengarde: 30, Special Service Unit: 80
Haiti	Interim Public Security Force 3.000, Polizei: 5.300
Panama	National Police: 12.000, National Maritime Service: 400 National Air Service: 400 alle von den USA eingesetzt; zudem sind noch einige ihrer Stützpunkte in Panama in Betrieb. Insgesamt sind 3.500 Soldaten des Heeres, 1.800 der Luftwaffe und 700 Marines hier stationiert.

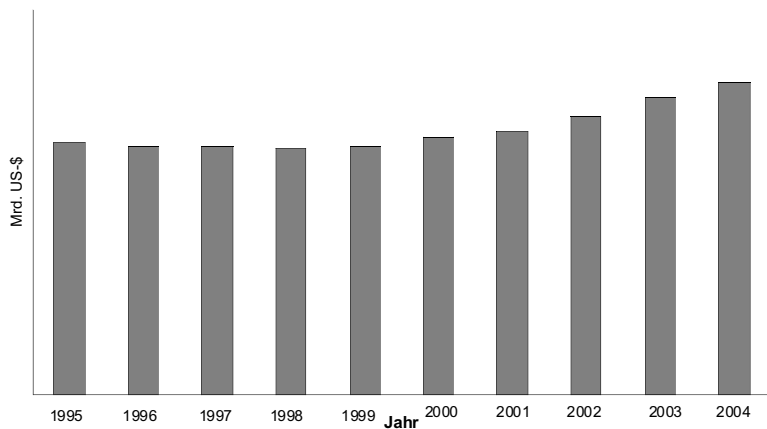
Quelle: Globaldefence.net – Das Netzwerk für Politik, Militär und Hintergründe, <http://www.globaldefence.net>, 19.07. 2005.

2. Militärausgaben in Süd- und Mittelamerika (in Millionen US-Dollar)

	1990	1993	1996	1999	2002
Argentinien	3528	4105	4110	4106	3017
% am BIP	1,3	1,6	1,5	1,5	1,2
Bolivien	144	140	133	146	154
% am BIP	2.4	2.2	1.8	1.8	1.7
Brasilien	6561	5320	6764	7211	9891
% am BIP	1.9	1.3	1.3	1.3	1.6
Chile	1835	2006	2156	2650	3105
% am BIP	4.3	3.6	3.1	3.7	3.9
El Salvador	246	150	106	102	103
% am BIP	2.7	1.5	0.9	0.8	0.8
Ekuador	215	348	284	231	361
% am BIP	1.9	3.1	2.2	1.8	2.8
Guatemala	185	155	131	125	113
% am BIP	1.5	1.1	0.8	0.7	0.6
Kolumbien	1303	1931	2271	2810	3516
% am BIP	2.2	3.0	2.8	3.5	4.2
Mexiko	1788	2386	2763	2991	2957
% am BIP	0.5	0.5	0.6	0.6	0.5
Nikaragua	-	36.1	32.1	28.0	35.4
% am BIP	-	2.1	1.6	1.2	1.4
Panama	82.1	103	106	113	-
% am BIP	1.3	1.2	1.1	1.1	-
Paraguay	80.8	100	-	80.5	69.7
% am BIP	1.2	1.4	-	1.1	0.9
Peru	-	-	-	1010	838
% am BIP	-	-	-	1.9	1.5
Uruguay	451	359	311	310	301
% am BIP	2.5	1.9	1.6	1.5	1.7
Venezuela	-	2588	1317	1584	1681
% am BIP	-	2.1	1.0	1.5	1.4

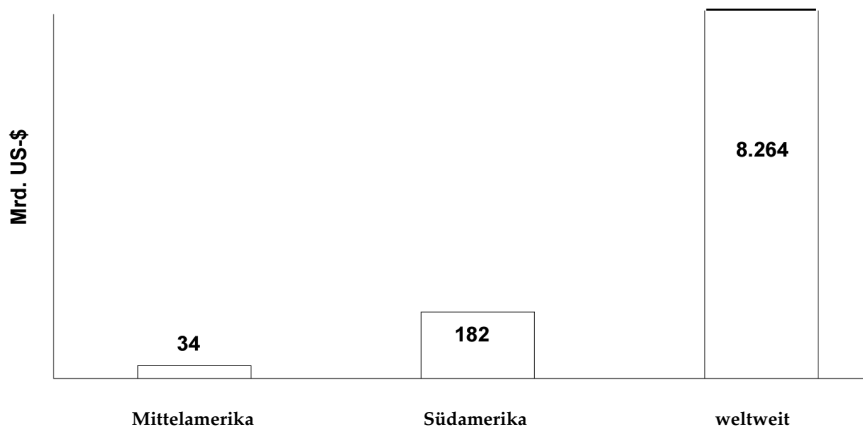
Quelle: CIA-Worldfactbook 2003.

3. Militärausgaben weltweit von 1995 bis 2004



Quelle: SIPRI Yearbook 2005, appendix 8A, table 8A.1 and table 8A.3.

4. Militärausgaben der Region im internationalen Vergleich (1995 bis 2004)



Quelle: SIPRI Yearbook 2005, appendix 8A, table 8A.1 and table 8A.3.

5. Seegrenzkonflikte in Süd- und Mittelamerika sowie in der Karibik

Konfliktländer	Streitfall
Nikaragua-Kolumbien	Archipel von San Andres und Providencia und Korallenbank von Quitasuelo
Venezuela-Kolumbien	Streit über die im Meer verlaufende Grenze im Golf von Venezuela
Honduras-Kuba	Streitigkeiten über die im Meer verlaufene Grenze
Guyana-Surinam	Von Guyana beanspruchtes Gebiet zwischen den Flüssen Nuevos und Courantyne/Koetari
Guyana-Venezuela	Das gesamte Gebiet westlich des Flusses Esequibo wird von Venezuela beansprucht
Venezuela-Trinidad und Tobago	Fischfang
Guatemala-Belize	Grenzstreitigkeiten, Guatemala beansprucht Gebiete in Belize
El Salvador-Honduras	
Nikaragua	Im Meer verlaufende Grenze im Golf von Fonseca.
Nikaragua-Honduras	Im Meer verlaufende Grenze in der Karibik
Nikaragua-Costa Rica	Costa Rica beansprucht Schiffahrtsrechte auf dem Fluß San Juan.

Quelle: CIA. *The World Factbook 2000k*, Department of Defense, *Maritime Claims References Manual; International Boundary Research Unit*. Zitiert bei *Europa America Latina*, Nr. 16, *Verwundbarkeit einer friedlichen Region, Lateinamerika zu Beginn des 21. Jahrhunderts*, Juni 2001.

6. Peace Keeping-Missionen mit Streitkräften Süd- und Mittelamerikas

Abgeschlossene Missionen

Wann?	Wo?	Wer?
November 1956 - Juni 1967	Mittlerer Osten	Brasilien, Kolumbien
Juni - Dezember 1958	Libanon	Argentinien, Chile, Peru
Juli 1960- Juni 1964	Kongo	Argentinien, Brasilien
Mai 1965 - Oktober 1966	Dominikanische Republik	Brasilien, Ekuador
September 1965 - März 1966	Entlang der Grenze zwischen Indien und Pakistan	Chile
Oktober 1973 - Juli 1979	Mittlere Osten	Peru
August 1988 - Februar 1991	Iran-Irak	Peru, Uruguay
Dezember 1988 - Mai 1991	Angola	Argentinien, Brasilien
April 1989 - März 1990	Namibia und Angola	Costa Rica, Guyana, Jamaika, Panama, Peru, Trinidad und Tobago
November 1989 - Januar 1992	Costa Rica, El Salvador, Guatemala, Honduras und Nikaragua	Argentinien, Brasilien, Ecuador, Kolumbien, Venezuela
April 1991 - Oktober 2003	Irak/Kuwait	Argentinien, Chile, Uruguay, Venezuela
Mai 1991 -Februar 1995	Angola	Argentinien, Brasilien, Kolumbien
Juli 1991 - April 1995	El Salvador	Argentinien, Brasilien, Chile, Ecuador, Guyana, Kolumbien, Mexiko, Venezuela
Oktober 1991 - März 1992	Kambodscha	Argentinien, Uruguay
Dezember 1992 - Dezember 1994	Mocambique	Argentinien, Bolivien, Brasilien, Guyana, Uruguay
Juni 1993 - September 1994	Ruanda/Uganda	Brasilien
September 1993 - Juni 1996	Haiti	Argentinien, Bahamas, Barbados, Belize, Guatemala, Guyana, Honduras, Jamaika, Saint Kitts und Nevis Saint Lucia, Surinam, Trinidad und Tobago
September 1993 - September 1997	Liberia	Brasilien, Uruguay
Oktober 1993 - März 1996	Ruanda	Argentinien, Brasilien, Guyana, Uruguay
Mai - Juni 1994	Tschad	Honduras
Dezember 1994 - Mai 2000	Tadschikistan	Uruguay
Februar 1995 - Juni 1997	Angola	Brasilien, Uruguay
Dezember 1995 - Dezember 2002	Bosnien und Herzegowina	Argentinien, Chile
Februar 1996 - Dezember 2002	Südliche Grenze zwischen Kroatien und Jugoslawien	Argentinien, Brasilien
Juli 1996 – Juli 1997	Haiti	Trinidad und Tobago
Juni 1997 – Februar 1999	Angola	Argentinien, Bolivien, Brasilien, Uruguay
Januar - Mai 1997	Guatemala	Argentinien, Brasilien, Ecuador, Uruguay, Venezuela
Juli 1998 - 22 Oktober 1999	Sierra Leone	Bolivien, Uruguay
Oktober 1999 - März 2000	Haiti	Argentinien

Laufende Missionen

Wann?	Wo?	Wer?
seit Mai 1948	Mittlerer Osten	Argentinien, Chile
seit Januar 1949	Grenzgebiet zwischen Indien und Pakistan/Kaschmir	Chile, Uruguay
seit März 1964	Zypern	unter argentinischen Kommando auch Truppen aus: Bolivien, Brasilien, Chile, Paraguay, Peru und Uruguay
seit April 1991	West Sahara	Argentinien, El Salvador, Honduras, Uruguay
seit August 1993	Georgien	Uruguay
seit Oktober 1999	Osttimor	Bolivien, Brasilien, Chile, Uruguay
seit Oktober 1999	Sierra Leone	Bolivien, Uruguay
seit November 1999	Kongo	Bolivien, Paraguay, Peru, Uruguay
seit Juli 2000	Äthiopien/Eritrea	Paraguay, Peru, Uruguay
seit Mai 2002	Ost Timor	Bolivien, Brasilien
seit September 2003	Liberia	Bolivien, Brasilien, Ecuador, El Salvador, Paraguay, Peru
seit April 2004	Elfenbeinküste	Bolivien, Brasilien, Dominikanische Republik, Ecuador, El Salvador, Guatemala, Paraguay, Peru, Uruguay
seit Juni 2004	Burundi	Bolivien, Guatemala, Paraguay, Peru, Uruguay
seit Juni 2004	Haiti	Argentinien, Bolivien, Brasilien, Chile, Paraguay, Peru, Uruguay

Quelle: United Nation Peacekeeping, <http://www.un.org/Depts/dpko/dpko/index.asp>, 21.08. 2004.

7. Beteiligung von süd- und zentralamerikanischen Staaten im Irak-Krieg

Land	Truppenkontingent
Costa Rica	nur moralische Unterstützung
Dominikanische Republik	42 Mann
El Salvador	nur moralische Unterstützung
Honduras	378 Mann
Nikaragua	nur moralische Unterstützung
Panama	nur moralische Unterstützung
Kolumbien	nur moralische Unterstützung

Nach dem Rückzug der spanischen Soldaten Mitte April 2004 begann die Koalition der Willigen zu bröckeln. Die Regierungen Honduras' und der Dominikanischen Republik folgten dem spanischem Beispiel

Quelle: <http://www.whitehouse.gov/infocus/iraq/news/20030327-10.html>

8. In Mittelamerika registrierte Schußwaffen (im Jahr 2000)

Land	Gesetzlich registrierte Schußwaffen	Lizenzen für das Tragen von Waffen
Costa Rica	43.241	53.857
El Salvador	170.000	143.126
Guatemala	147.581	125.982
Honduras	N/A	27.500
Nikaragua	52.390	44.089
Panama	96.614	k. A.
Insgesamt	509.826	394.554

Waffen in Privatbesitz und im Besitz der Militärs in Zentralamerika

Gesetzlich registriert	537.326
Illegal	805.989
Bestände der Polizei und des Militärs	152.839
Bestände privater Sicherheitsfirmen	93.324
Insgesamt	1.589.478

Quelle: *Spray Bullets: The Impact of Small Arms Missuse in Central America*, *Small Arms Survey, Occasional Paper Nr. 5, Oktober 2002*

9. Deutsche Rüstungsexporte nach Süd- und Mittelamerika

Diese Aufstellung ist nach Zahlen des Stockholm International Peace Research Institute erstellt worden. Es handelt sich hierbei um die Lieferung/Bestellungen von gebrauchtem Gerät der Bundeswehr und neuen Produkten der deutschen Rüstungsindustrie seit 1990. Bestellung und Lieferung können sich aber über Jahrzehnte erstrecken (Bsp. MEKO 140 für Argentinien).

(Liz) = Lizenz bedeutet, daß die Produktion komplett im Käuferland erfolgt, die deutsche Industrie bei der Produktion also nicht direkt beteiligt ist.

Empfängerland	Art	Bezeichnung	Stück	Bestelljahr	Lieferzeit
Argentinien	Kampfpanzer	(Liz) TAM	120	1994?	1994-98
	Fregatte	(Liz) MEKO 140	6		1985-2002
Brasilien	Patrouillenboot	Grauja-Klasse	2	1994	1995-96
	Patrouillenboot	Grauja-Klasse	2	1984	1994-2000
	Boot	U-(Liz) Typ 209/1400	2	1998	1999
Chile	Schnellboote	Combattante-2	6	1996	1997-98
	Fregatte	MEKO 200	4	2000	2006-09
Kolumbien	Transportflugzeug	Do-328-100	6	1996	1996-98
	Versorger	Lüneburg-Klasse	1	1997	1998
	Versorger	Lüneburg-Klasse	1	1998	1997
Uruguay	Schlepper	Helgoland	1	1998	1998

Quelle: <http://www.globaldefence.net/index.htm?http://www.globaldefence.net/deutsch/spezial/deutscheexporte.htm>, 20.07. 2005.

9. Literaturverzeichnis

- Armony, Ariel, C. (1997): *Argentina, the United States, and the Anti-Communist-Crusade in Central America 1977-1984*, Athens, Ohio Univ. Center for International Studies.
- Báez Tobar, René (2004): *La balada de Lucio Gutiérrez*, http://alainet.org/active/show_text.php3?key=4208 (08/2004).
- Bethell, Leslie (Hrsg.) (1998): *Latin America. Politics and Society since 1930*, Cambridge, Cambridge University Press.
- Bendel, Petra (1996): *Zentralamerika: Die schwierige Institutionalisierung der Demokratie*, in: Wolfgang Merkel/Hartmut Sandschneider/Dieter Segert (Hrsg.): *Systemwechsel*, Band 2, Opladen, Leske+Budrich, S. 315-340.
- Bobeá, Lilian (Hrsg.) (2002): *Soldados y Ciudadanos en el Caribe*, Santo Domingo, FLASCO.
- Bonafini, Hebe de (1999): *La Memoria Fertilizada*, in: *América Libre*, Nr. 14, April 1999, S. 112-144.
- Bologna, Miguel (2004): *Los verdugos latinoamericanos. Las fuerzas armadas: de la contrainsurgencia a la globalización*, <http://www.rebellion.org/docs/5034.pdf> (03/2005).
- Bowman, Kirk S. (2002): *Militarization, Democracy and Development. The Perils of Praetorianism in Latin America*, Pennsylvania, Pennsylvania State University Press.
- Brophy, Robert/Peter Zirmite (1997): *U.S. Military Training for Latin America, Foreign Policy in Focus*, Volume 2, Nr. 48, <http://www.fpif.org/briefs/vol2/v2n48mil.html> (03/2005).
- Calloni, Stella (1999): *Los Años del Lobo, Operación Condor*, Buenos Aires, Continente.
- Castañeda, Jorge C. (1993): *Utopia Unarmed: The Latin American Left after the Cold War*, New York, Alfred A. Knopf.
- Centeno, Miguel Ángel (2002): *Blood and Debt – War and the Nation-State in Latin America*, Pennsylvania, Pennsylvania State University Press.
- Child, John (1980): *Unequal Alliance: The Inter-American Military System 1938-1978*, Boulder, Col., Westview.
- Collier, Simon/William F. Sater (1998): *Historia de Chile 1808-1994*, Cambridge, Cambridge University Press.
- Crandall, Russell (2002): *Driven by Drugs – U.S. Policy toward Columbia*, Boulder, London, Lynne Rienner.
- Cuya, Esteban (2004): *Las Comisiones de Verdad en América Latina*, <http://www.derechos.org/koaga/iii/1/cuya.html>(08/2004).
- Davis, Sonny B. (1996): *A Brotherhood of Arms – Brazil-United States Military Relations 1945-1977*, University Press of Colorado.
- Declaración de Santiago de Chile (1996): *Conclusiones del Seminario Internacional Impunidad y sus Efectos en los Procesos democráticos*, <http://www.derechos.org/koaga/xi/2/conclusion.html> (08/2004).
- Declaración del I Encuentro Hemisférico frente a la Militarización (2003): <http://www.nodo50.org/americanalibre/novedades/encuentro20.htm> (08/2004).
- Dietrich, Wolfgang (1995): *Staat, Militär und Indianer in Guatemala*, in: *Zeitschrift für Lateinamerika*, Nr. 49. S. 53-67.
- Drekonja-Kornat, Gerhard (1995): *Götterdämmerung der Offiziere*, in: *Zeitschrift für Lateinamerika*, Nr. 49. S. 81-90.
- Ethison, Don L. (1975): *The United States and Militarism in Central America*, New York, Washington, London, Praeger.
- Farcau, Bruce W. (1996): *The Transition to democracy in Latin America: The Role of the Military*, Westport, London, Praeger.
- Fazio, Carlos (2003): *ALCA y militarización. Dos caras de un mismo proyecto hegemónico*, Ponencia en el I Encuentro Hemisférico frente a la Militarización, San Cristóbal de las Casas, <http://www.laneta.apc.org/sclc/desmilitarizacion/encuentro/ponencias/fazio.htm> (08/2004).
- Fernández, Gabriel (2004): *Sobre la política militar del presidente Kirchner*, <http://lists.econ.utah.edu/pipermail/reconquista-popular/2004-June/017535.html> (03/2005).
- Fischer, Thomas/Krennerich, Michael (Hrsg.) (2000): *Politische Gewalt in Lateinamerika*, *Lateinamerika-Studien* 41, Frankfurt a. M., Vervuert.
- Fitch, John S. (1988): *The Armed Forces and Democracy in Latin America*, Baltimore, London, J. Hopkins University Press.
- Flemes, Daniel (2004): *Streitkräfte und politischer Wandel in Brasilien*, in: *Lateinamerika Analysen*, Hamburg, 8, Juni 2004, S. 75-106.

- Fuchs, Ruth (2002): Politik mit der Erinnerung, Zur öffentlichen Auseinandersetzung um Gedächtnisorte der Diktatur in Argentinien, in: *WeltTrends*, Nr. 37 (Winter 2002/2003), S. 55-64.
- Goodman, Luis W./Johanna S. R. Mendelson/Juan Rial (Hrsg.) (1990): *The Military and Democracy. The Future of Civil-Military Relations in Latin America*, Lexington, Lexington Books.
- Grabendorff, Wolff (Hrsg.) (2003): *La seguridad regional en las Américas: enfoques críticos y conceptos alternativos*. Bogota, Fescol/Cerec.
- Gratius, Susanne (2003): Kaum Fortschritte in der amerikanischen Sicherheitsdebatte. Zur OAS-Konferenz in Mexiko, Diskussionspapier der Forschungsgruppe Amerika der Stiftung Wirtschaft und Politik, http://www.swp-berlin.org/common/get_document.php?id=396 (03/2005).
- Harnecker, Marta (2001): Los desafíos de la Izquierda, Caracas, Instituto Municipal de Publicaciones.
- Harnecker, Marta (2003): Militares junto al pueblo. Entrevistas a nueve Comandantes venezolanos que protagonizan la gesta de abril 2002, Caracas, Valencia, Vadell.
- Hart, Klaus (2005): Lulas neuer Rechtsruck. Diktaturanhänger wird Verteidigungsminister, <http://www.ila-bonn.de/brasiliertexte/alencarcoimbra.htm> (03/2005).
- Hartlyn, Jonathan/Lars Schoultz/Augusto Varas (Hrsg.) (1992): *The United States and Latin America in the 1990s: Beyond the Cold War*, Chapel Hill, London, University of North Carolina Press.
- Heinz, Wolfgang S. (1991): Konsequenzen der Demokratisierung für die Streitkräfte in Argentinien, Brasilien und Uruguay, in: Waldmann/Tobler (Hrsg.): *Staatliche und parastaatliche Gewalt in Lateinamerika*, Frankfurt a. M., Vervuert.
- Heinz, Wolfgang (2001): *Neue Demokratien und Militär in Lateinamerika – Die Erfahrungen in Argentinien und Brasilien (1983-1999)*, Frankfurt a. M., Vervuert.
- Herrera Jiménez, Héctor (2005): Las FFAA ante la Nueva Agenda Mundial y las lecciones aprendidas de la experiencia venezolana, <http://www.rebelion.org/noticia.php?id=10822> (03/2005).
- Hidalgo, Onésimo/Gustavo Castro (1997): *Militarización y Paramilitarización en Chiapas*, <http://www.ciepac.org/analysis/militar.html> (08/2004).
- Hobbes, Thomas (1984): *Leviathan oder Stoff, Form und Gewalt eines kirchlichen und bürgerlichen Staates*, Frankfurt a. M., 1. Auflage 1651.
- Huntington, Samuel (1962): *Changing Patterns of Military Politics*, New York.
- Huntington, Samuel (1967): *The Soldier and the State: The Theory and Politics of Civil-Military Relations*, Cambridge, Mass.
- Irwin G., Domingo (2000): *Relaciones Civiles-Militares en el Siglo XX*, Caracas, El Centauro.
- Johnson, John J. (1964): *The Military and Society in Latin America*, Stanford, California Univ. Press.
- Joxe, Alain (1997): Siete Características de las Guerrillas Latinoamericanas, in: Instituto de Investigaciones Económicas, UNAM (Hg.), Chiapas, Nr. 5, México D.F.: Era, S. 41-46
- Kernic, Franz (2001): *Krieg, Gesellschaft und Militär, Eine kultur- und ideengeschichtliche Spurensuche*, Baden-Baden, Nomos.
- Kleger, Heinz (1994): *Reflexive Politikfähigkeit. Zur Verschränkung von Bürger- und Staatsgesellschaft*, in: Gebhardt/Schmalz-Bruns (Hrsg.): *Demokratie, Verfassung und Nation. Die politische Integration moderner Gesellschaften*, Baden-Baden, Nomos.
- Knippers Black, Jan (1986): *Sentinels of Empire, The United States and Latin American Militarism*, Westport, New York; London, Greenwood.
- Koonings, Kees/Dirk Kruijt (Hrsg.) (2003): *Ejércitos Políticos. Las Fuerzas Armadas y la Construcción de la Nación en la Era de la Democracia*, IEP, Lima.
- Kossok, Manfred (1966): *Armee und Politik in Lateinamerika*, in: *Asien, Afrika, Lateinamerika*, Leipzig.
- Kossok, Manfred (1971): *Kirche und Armee. Zur Krise traditioneller Machtinstitutionen in Lateinamerika*, in: *Deutsche Außenpolitik*, 16. Jahrgang, Sonderheft 2, Lateinamerika, Berlin.
- Krämer, Raimund (1981): *Der peruanische Reformprozess und die Politik der Militärs in der zweiten Hälfte der 70er Jahre*, in: *asien, afrika, lateinamerika*, Berlin, Heft 5.
- Krämer, Raimund (1983): *Das außenpolitische Konzept und die Regionalpolitik der peruanischen Militärs in den 70er Jahren*, in: *asien, afrika, lateinamerika*, Berlin, Heft 2.
- Krämer, Raimund (1998): *Der alte Mann und die Insel, Essays zu Politik und Gesellschaft in Kuba*, Berlin, Berliner Debatte Wissenschaftsverlag.
- Krämer, Raimund (1998): *Von der Staatlichkeit des Friedens im Extreme Occident*, in: *Österreichisches Studienzentrum für Frieden und Konfliktlösung* (Hrsg.): *Über die Schönheit und Mächtigkeit des Kleinen*, Münster, S. 11-26
- Krujit, Dirk/Edelberto Torres-Rivas (Hrsg.) (1991): *América Latina: Militares y Sociedad*, San José, FLASCO.
- Kurtenbach, Sabine (1991): *Staatliche Organisation und Krieg in Lateinamerika. Ein historisch-struktureller Vergleich der Entwicklung in Kolumbien und Chile*, Münster, Hamburg, LIT.

- La Jornada (2003): *Lula: guerra contra el hambre, no como mecenas, México D.F., 04.01.2003*, <http://www.jornada.unam.mx/2003/ene03/030104/edito.php> (03/2005).
- La República (2002): *Lula quiere a las FFAA en el combate contra el hambre, Montevideo, Uruguay, 31.12.2002, S. 22.*
- Lieuwen, Edwin (1961): *Arms and Politics in Latin America*, New York.
- Lieuwen, Edwin (1964): *Generals vs. Presidents, Neomilitarism in Latin America*, New York.
- Ledebrur, Kathryn (2003): *Bolivia: Los programas antidrogas de EE.UU. promueven la militarización y causan violaciones a los derechos humanos, Ponencia en el I Encuentro Hemisférico frente a la Militarización, San Cristóbal de las Casas*, <http://www.laneta.apc.org/sclc/desmilitarizacion/encuentro/ponencias/ledebur.htm> (08/2004).
- Letz, Malte (1985): *Nikaragua. Dokumente einer Revolution*, Leipzig, Verlag Philipp Reclam jun.
- Lindenberg, Klaus (1971): *Zur politischen Funktion des Militärs in Lateinamerika*, in: ders. (Hrsg.): *Politik in Lateinamerika, Verlag für Literatur und Zeitgeschehen, Hannover, S. 61-81.*
- Lindsay-Poland, John (2004): *U.S. Military Bases in Latin America and the Caribbean, Foreign Policy in Focus, Volume 9, Nr. 3*, <http://www.fpif.org/briefs/vol9/v9n03latamml.html> (03/2005).
- Linz, Juan J. (2003): *Totalitäre und autoritäre Regime*, hrsg. von Raimund Krämer, Potsdamer Textbücher 4, 2. Aufl., Berlin, Berliner Debatte Wissenschaftsverlag.
- Livingstone, Grace (2003): *Inside Colombia. Drugs, Democracy and War*, London Latin American Bureau.
- Lora Cam, Jorge (1997): *El EZLN y Sendero Luminoso. Radicalismo de Izquierda y Confrontación Político-militar en América Latina*, Puebla, México, Benemérita Universidad Autónoma de Puebla.
- Loveman, Brian/Thomas M. Davies (Hrsg.) (1997): *The Politics of Antipolitics. The Military in Latin America, Revised and updated Edition*, Wilmington, Dlw., Scholarly Resources.
- Malaparte, Curzio (1988): *Technik des Staatsstreiches. Essay*, Berlin, Edition TIAMAT.
- Mansilla, H.C.F. (1993): *Ursachen und Folgen politischer Gewalt in Kolumbien und Peru*, Frankfurt a. M., Vervuert.
- Mansilla, H.C.F. (1995): *Violencia im Andenraum, Gedanken zu Politik und Gewalt in Lateinamerika*, in: *WeltTrends*, Nr. 9 (Dezember 1995), S. 57-67.
- Mares, David R. (Hrsg.) (1998): *Civil-Military Relations. Building Democracy and Regional Security in Latin America, Southern Asia, and Central Europe*, Boulder, Col., Oxford, Westview.
- Marx, Karl: *Der achtzehnte Brumaire des Louis Bonaparte*, in: *Karl Marx/Friedrich Engels: Werke (MEW)*, Bd. 8, Berlin, Dietz Verlag.
- McSherry, J. Patrice (1997): *Incomplete Transition. Military Power and Democracy in Argentina*, New York, St. Martins Press.
- Millett, Richard L./Michael Gold-Biss (Hrsg.) (1996): *Beyond Praetorianism, The Latin American Military in Transition*, Miami, North-South Center Press.
- Mols, Manfred (1987): *Begriff und Wirklichkeit des Staates in Lateinamerika*, in: Hättich, Manfred (Hrsg.): *Zum Staatsverständnis der Gegenwart*, München, Olzog, S. 185-220.
- Mols, Manfred/Josef Thesing (Hrsg.) (1995): *Der Staat in Lateinamerika*, Mainz, v. Hase&Koehler Verlag.
- Mondragon, Hector (2003): *El Plan Colombia Ponencia en el I Encuentro Hemisférico frente a la Militarización, San Cristóbal de las Casas*, <http://www.laneta.apc.org/sclc/desmilitarizacion/encuentro/ponencias/mondragon.htm> (08/2004).
- Nelson-Pallmeyer, Jack (2001): *School of Assassins. Guns, Greed, and Globalization*, Maryknoll, New York, Orbis.
- Nunn, Frederick M. (1992): *The Time of the Generals: Latin American Professional Militarism in World Politics*, Lincoln, University of Nebraska Press.
- O'Donnell, Guillermo (1973): *Modernization and Bureaucratic-Authoritarianism: Studies in South American Politics*, Berkeley.
- O'Donnell, Guillermo/Philipp C. Schmitter/Laurence Whitehead (Hrsg.) (1986): *Transitions from Authoritarian Rule*, Baltimore.
- Orgaz, Carlos Alfredo (1996): *La Difícil Convivencia. Fuerzas Armadas y Sociedad Civil en la Argentina*, Buenos Aires, Grupo Latinoamericano.
- Perlmutter, Amos/Plave Bennett, Valerie (Hrsg.) (1980): *The Political Influence of the Military: A Comparative Reader*, New Haven, London, Yale University Press.
- Pfadenhauer, Michaela (1995): *Die Normalität der Gewalt. Konfliktparteien und »Zuschauer« fünf Jahre nach dem Ende der Militärdiktatur*, in: *Chile*, in: Heinz Sahner/Stefan Schwendtner (Hrsg.): *Gesellschaften im Umbruch, Opladen, Leske+Budrich, S. 708-765.*
- Pietschmann, Horst (1994): *Lateinamerikanische Geschichte und deren wissenschaftliche Grundlagen*, in: Bernecker, Walter L. et al. (Hrsg.): *Handbuch der Geschichte Lateinamerikas, Band 1*, Stuttgart, Klett-Cotta.

- Prados, John (1986): *Presidents' Secret Wars. CIA and Pentagon Covert Operations from World War II through Iranscam*, New York, William Morrow.
- Radseck, Michael (2002): *Verfassungswächter in Uniform? Militär und Politik im Chile der neunziger Jahre*, Freiburg, Arnold Berstraesser Institut.
- Radseck, Michael (2004): *Von der Casa Militar zum politischen Führungsinstrument. Eine Funktionsanalyse der Verteidigungsministerien in Argentinien und Chile*, in: *Lateinamerikaanalysen*, 8, Juni 2004, Hamburg, S. 107-136.
- Ramírez Prado, Fidel (2001): *Relaciones Civil-Militares y Democracia*, Lima, Alas Peruanas.
- Riekenberg, Michel (1995): *Caudillismus. Zu einem Grundbegriff der spanischen und hispanoamerikanischen Geschichte*, in: *Neue Politische Literatur*, Jg. 40, S. 237-253.
- Rodríguez, Linda Alexander (1994): *Rank and Privilege. The Military and Society in Latin America*, Wilmington, Dlw., Scholarly Resources.
- Rojas Aravena, Francisco (Hrsg.) (2003): *La Seguridad en América Latina pos 11 de Septiembre*, Santiago, Caracas, FLASCO, Nueva Sociedad.
- Rouquié, Alain (1981): *La Politique de Mars: Les Processus Politiques au sein des Partis Militaire*, Paris.
- Rouquié, Alain (1987): *Amerique Latine. Introduction a l'Extrême-Occident*, Paris.
- Schoultz, Lars/William C. Smith/Augusto Varas (Hrsg.) (1994): *Security, Democracy and U.S.-Latin American Relations*, Miami, North-South Center Press.
- Schultz, Donald E. (1998): *Conference Report: The Role of the Armed Forces in the Americas: Civil-Military Relations for the 21st Century*, Strategic Studies Institute/U.S. Army War College, PA.
- Shirmer, Jennifer (1998): *The Guatemalen Military Projekt. A Violence Called Democracy*, Pennsylvania, University of Pennsylvania Press.
- Smith, Peter H. (2002): *Talons of the Eagle, Dynamics of U.S.-Latin American Relations*, 2. Aufl., New York, Oxford, Oxford University Press.
- Schmitter, Philippe C. (1973): *Military Rule in Latin America: Function, Consequences and Social Change*, Beverly Hills.
- Sierra, Jorge Luis (2003): *Fuerzas Armadas y contrainsurgencia en America Latina*, Beitrag auf einer Konferenz in San Cristóbal de las Casas, Mexiko am 7. Mai 2003, <http://www.laneta.apc.org/scl/desmilitarizacion/encuentro/ponencias/sierra.htm> (07/2004).
- Stepan, Alfred (1971): *The Military in Politics, Changing Patterns in Brazil*, Princeton University Press.
- Stepan, Alfred (Hrsg.) (1973): *Authoritarian Brazil. Origins, Policies, and Future*, New Haven, London, Yale University Press.
- Stepan, Alfred (Hrsg.) (1988): *Rethinking Military Politics. Brazil and the Southern Cone*, Princeton University Press.
- Thalheimer, August (1930) (1974): *Über den Faschismus*, in: Reinhard Kühnl (Hrsg.): *Texte zur Faschismuskonzeption*, Rowohlt, Reinbeck bei Hamburg, S. 14-29.
- Torres Rivas, Edelberto (1995): *Die Transitionen in Zentralamerika*, in: Rafael Sevilla/ders. (Hrsg.): *Mittelamerika - Abschied von der Revolution*, Tübingen, Horlemann.
- Trinkunas, Harold A. (2002): *The Crisis in Venezuelan Civil-Military Relations: From Punto Fijo to the Fifth Republic*, in: *Latin American Research Review*, Vol. 37, Nr. 1, S. 41-76.
- U.S. Department of State (2004): *First Conference of Ministers of Defense of the Americas*, Williamsburg, Virginia, July 24-26, 1995, <http://www.state.gov/t/ac/csbm/rd/6434pf.htm> (07/2004).
- U.S. National Security Council (2004): *National Security Strategy 2002*, <http://www.whitehouse.gov/nsc/nssall.html> (07/2004).
- Vanden Berghe, Kristine/Bart Maddens (2003): *Mexiko: (De-)Konstruktion von Nation und Ethnie im Diskurs der Guerrilla*, in: *WeltTrends*, 11. Jg., Nr. 38, S. 99-107.
- Weber, Max (1986): *Soziologische Grundbegriffe*, Tübingen, Mohr.
- Waldmann, Peter (1994): *Staatliche und parastaatliche Gewalt in Lateinamerika*, in: Junker/Dieter Nohlen/Hartmut Sangmeister (Hrsg.): *Lateinamerika am Ende des 20. Jahrhunderts*, München, Beck, S. 75-103.
- Waldmann, Peter (Hrsg.) (1996): *Justicia en la Calle, Ensayos sobre la Policia en America Latina*, Medellín: Biblioteca Jurídica Diké.
- Youngers, Coletta (2003): *The US and Latin America after 9-11 and Iraq*, *Foreign Policy*, in: *Focus*, <http://www.globalpolicy.org/wtc/targets/2003/06latinamerica.htm> (07/2004).

